LOTTA

antifaschistische Zeitung aus NRW

Preis: 2,50 Euro

Nr. 17
Sommer 2004

www.free.de/lotta

Rudolf-Heß-Märsche

Schwerpunkt: Hintergründe und Aktuelles zu Europas größtem Neonazi-Aufmarsch

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipz
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_lei

ARCHIVEXEMPLA
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Neonazismus in Hamm/Westfalen

Eine regionale Neonazi-Szene im Aufbruch

Revolution im Ruhrgebiet

Die Geschichte der Märzkämpfe 1920

Antifaschistische Reaktion auf die Neonazi-Kampagne
"Opa war in Ordnung" gegen die "Wehrmachtsausstellung"

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Hier nun unsere Sommer-Ausgabe, die Nummer 17. Schwerpunktmäßig haben wir uns dieses Mal das Thema Rudolf-Heß-Märsche vorgenommen. Nachdem diese in den neunziger Jahren an Bedeutung verloren hatten, stellen sie heute die größten Aufmarsche der europäischen Neonazis dar. Mit einer Reihen von Mythen umgeben, eignet sich der am 17. August 1987 durch Selbstmord verstorbene Hitler-Stellvertreter hervorragend für die Geschichtsklitterung der extremen Rechten, für eine Glorifizierung des Nationalsozialismus und für dessen offenen Huldigung, mit freundlicher Genehmigung deutscher Gerichte.

Antifaschistischer Widerstand gegen die Aufmärsche ist heute hingegen nur noch sehr schwach ausgeprägt. Dennoch wird es auch in diesem Jahr antifaschistische Aktivitäten in Wunsiedel geben. Wir geben in dieser Ausgabe sowohl einen Überblick über die Aufmärsche seit 1987 und einen Rückblick nebst Perspektiven antifaschistischen Widerstands, als auch Hintergrundinformationen zur Person Rudolf Heß und zur Mythenbildung um ihn.

Bedanken möchten wir uns bezüglich dieses Schwerpunktes insbesondere bei der lokalen Initiative gegen den Heß-Marsch in der Region Wunsiedel, die sich unseren Interviewfragen stellte. Weiterhin geht ein besonders dickes Dankeschön an AntifaschistInnen aus der Region Hamm für ihren Beitrag über Neonazismus in ihrer Region sowie an Kemal Bozay für seinen Artikel über die "Grauen Wölfe". Und natürlich auch an alle anderen GastautorInnen.

Wir wünschen einen erfolgreichen antifaschistischen Sommer. *See you in Wunsiedel.*

Eure LOTTA-Redaktion

P.*S.: Erscheinungsdatum dieser Ausgabe ist der 12. Juli 2004*

Preisrätsel

Zunächst einmal zur Auflösung des letzten Rätsels. Bei den "Pflastersteinen für DM 0,50", nach denen gefragt wurde, handelt es ich um ein Angebot einer Bäckerei für eine Backware in Form eines Pflastersteines. Das Foto wurde am Rande der neonazistischen Demonstration am 14. April 2001 in Ennepetal aufgenommen.

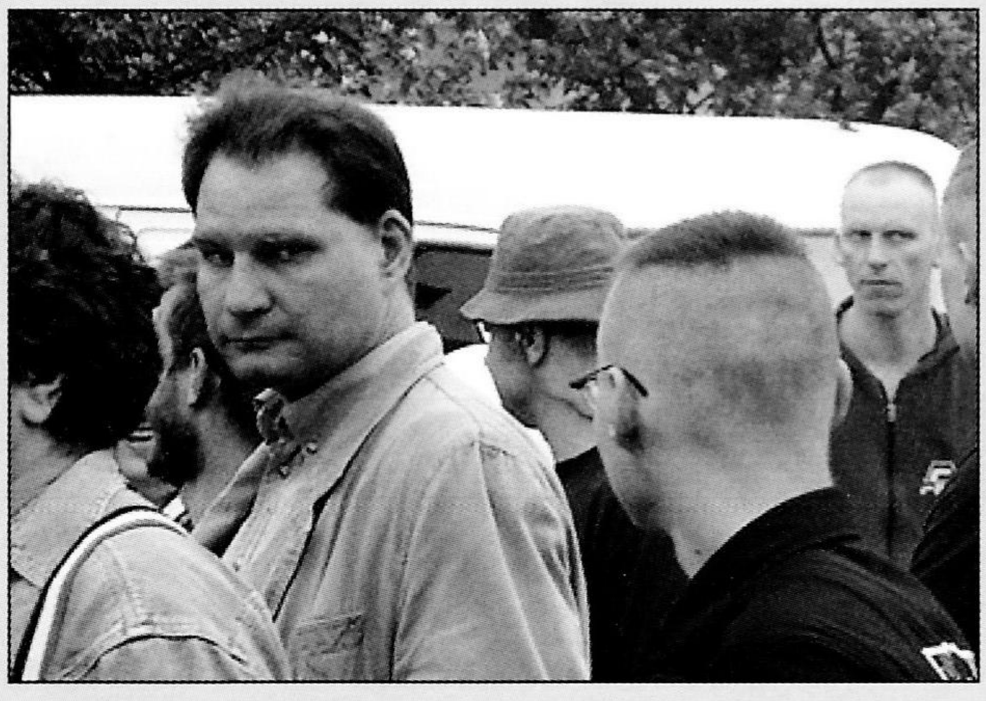
Der unter vier richtigen Einsendungen durch Los ermittelte Gewinner aus Schwelm wurde benachrichtigt.

Neues Spiel, neues Glück:

Thema Mythenbildung: Wo wurde der nebenstehend abgebildete Mann zuletzt gesehen?

a) Am 1. Oktober 1946 in Nürnberg
b) Am 1. Mai 2004 in Berlin
c) Am 17. August 1987 in Berlin-Spandau
d) Am 10. Mai 1941 in Schottland

Antworten bis zum 30. August an . Als Preis winkt einmal mehr ein Jahresabo (bei bestehenden Abos eine Jahresabo-Verlängerung) der LOTTA.



Inhalt

Gesellschaft

In die Röhre gespuckt 4
Bochumer Polizei führt umstrittenes "Massenscreening" durch

Schwerpunkt

Die Reihen fest geschlossen 6
Eine Chronologie der "Heß-Gedenkmärsche"

"Ich bereue nichts!" 10
Die Geschichte von Rudolf Heß

Der "ermordete Friedensflieger" 13
Der Mythos Rudolf Heß

Der tönende Mythos Rudolf Heß 14
Über den "Märtyrer des Friedens" und seinen Abgesang im RechtsRock

AntifaschistInnen gegen die Rudolf-Heß-Märsche 15
Eine Bestandsaufnahme von 17 Jahren Widerstand

"Nur die Spitze des Eisbergs" 17
Interview mit einer Antifaschistin aus dem Raum Wunsiedel

Extreme Rechte

Die Stellvertreterinnen 19
Katja Jarminowski und Karin Lenzdorf

Eine regionale Neonazi-Szene im Aufbruch 28
Neonazismus im Raum Hamm / Westfalen

Von "Schwätzern" und "nützlichen Idioten" 25
Strömungskämpfe bei den "Freien Kameradschaften"

"Unabhängig, gesamtdeutsch" 27
Die Wochenzeitung "Der Schlesier"

"Graue Wölfe" heulen noch 29
Hintergrund und Wirken extrem rechter türkischer Organisationen in der BRD

RechtsRock-Splitter 34

Aufmarsch-Splitter 37

Kurzberichte 38

Schwerpunkt: Rudolf-Heß-Märsche

Alljährlich rüstet die neonazistische Szene im Sommer für den "Rudolf Heß-Gedenkmarsch", dem größten Aufmarsch der NS-Szene in Europa. LOTTA gibt in dieser Ausgabe sowohl einen Überblick über die Aufmärsche und antifaschistischen Widerstand, als auch Hintergrundinformationen zur Person Rudolf Heß und zur Mythenbildung um ihn.

ab Seite 6

Neonazismus in Hamm/Westfalen

In der Region Hamm hat sich in den letzten Jahren eine umtriebige Neonazi-Szene etabliert, die aktuell mit der "Kameradschaft Hamm" (KSH) über eine äußerst aktive Gruppe verfügt. In LOTTA wird die Szene unter die Lupe genommen.

ab Seite 28

Braunzone

"Widerrechtlich konfisziert" 40
Die "Preußische Treuhand": Musterexemplar des deutschen Revisionismus

Grundlagen

Nation und Nationalismus 42
Eine "selbstbewußte Nation" ist ohne Rassismus nicht zu haben

Geschichte

Revolution im Ruhrgebiet 46
Die Geschichte der Märzkämpfe 1920

"Für unsere Freiheit kämpfen wir" 50
Unangepasstes Jugendverhalten im Nationalsozialismus

Von Karla Kraus

In die Röhre gespuckt!

Bochumer Polizei führt umstrittenes "Massenscreening" durch

Seit 1994 sucht die Bochumer Polizei einen Mann, dem im Raum Bochum, Sprockhövel, Dortmund, Hattingen und Witten mittlerweile 21 Fälle von versuchten und vollendeten Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen zur Last gelegt werden. Im Rahmen der bisher erfolglosen Fahndung bedient die Polizei sich dazu neuerdings so genannter Reihenuntersuchungen oder Massenscreenings – einer Art genetischer Schleierfahndung. Dabei sollen Speichelproben vom Großteil der männlichen Bevölkerung Bochums, Hattingens und Sprockhövels entnommen werden – in zirka 10.000 Fällen ist dies bereits geschehen. Im Zuge der Tests rückte auch die Bochumer Ruhr-Universität aufgrund der Tatort-Nähe in einigen Fällen in das Visier der Fahnder und mit ihr ein Großteil der männlichen Studierenden. Seitdem gibt es einen breiter angelegten Protest gegen das rechtspolitisch problematische Verfahren und die Ermittlungsmethoden der Bochumer Polizei.

Sieben recht unterschiedliche Phantombilder hatte die Polizei bereits herausgegeben, um den vermuteten Serientäter, der seit nunmehr 11 Jahren im Raum Bochum sein Unwesen treibt, dingfest zu machen. Aufgrund der sehr divergierenden und vagen Täterbeschreibungen – so soll der Gesuchte etwa zwischen 24 und 40 Jahren alt und mit zirka 1,85 m von durchschnittlicher Größe sein - waren bisherige Ermittlungen nicht von Erfolg gekrönt. Die Hinzuziehung eines so genannten "Geoprofilers" von Scotland Yard ergab, dass der Täter eine gewisse Nähe zum Bochumer Uni-Viertel wie auch nach Sprockhövel haben müsse. Außerdem war sich die Polizei aufgrund von sieben übereinstimmenden DNA-Spuren sicher, dass es sich in allen 21 Fällen um ein und denselben Täter handeln müsse. Was lag da näher, als ein Abgleich der sichergestellten DNA-Spuren mit allen DNA-Proben der ins Raster passenden Männer der fraglichen Umgebung?

Da bleibt dir die Spucke weg!

Die Polizei hat die Bevölkerung zur Mithilfe durch "freiwillige" Abgabe einer Speichelprobe aufgerufen. Alle ins Täterprofil passenden Männer bekamen kurzerhand eine Vorladung zur Zeugenvernehmung und "freiwilligen" Entnahme einer Probe. Bislang wurden bereits an die 10.000 "freiwillig" abgegebene Speichelproben zusammengetragen.

Die Befürchtung, sich verdächtig zu machen, wenn die "freiwillige" Probeentnahme verweigert wird, gekoppelt an die Angst vor Zwangsmaßnahmen, ist ein häufiges – aber auch bedenkliches – Motiv, an dem Test teilzunehmen. Wie der Bochumer Fall zeigt, ist diese Befürchtung nicht unberechtigt: Wer hier zum geladenen Termin nicht erschien, wurde erneut vorgeladen oder zu Hause aufgesucht. Mit im Gepäck der Beamten war das zum Test notwendige Wattestäbchen und die Drohung, den Test notfalls gerichtlich erzwingen zu lassen. Wer sich immer noch nicht willig zeigte, wurde in einigen Fällen darauf aufmerksam gemacht, dass er sich dadurch dergestalt verdächtig mache, dass weitere Nachforschungen – auch im privaten Bereich – unerlässlich seien. So geschehen in

einigen Fällen, in denen die ermittelnden Beamten Arbeitgeber und Familie aufsuchten.

Das Verhalten der Bochumer Ermittlungsbehörden zeichnet sich in den gesammelten Fällen ohnehin durch eine gewisse Beliebigkeit und Willkür aus. Die Polizei verschickte unterschiedliche Varianten schriftlicher Vorladungen, die häufig ganz auf Rechtsbehelfsbelehrungen verzichteten. In einigen Fällen sahen die Beamten bei Erscheinen der Vorgeladenen von einem Test ab, weil die Täterbeschreibung auf die Personen nicht passte. In manchen Fällen akzeptierten sie derartige Entlastungsversuche nicht. Bei anderen Vorgeladenen interessierten die abgegebenen Alibis nicht. So wurden beispielsweise belegbare Auslandsaufenthalte zu Studienzwecken einfach ignoriert.

Widerstand

Eine Initiative sowie die Studierendenvertretung der Ruhr-Universität machen mobil gegen diese fragwürdige Methode. Mehrere Betroffene haben die Abgabe der Proben sowie das Erscheinen bei der Polizei verweigert und Widerspruch gegen die daraufhin erfolgte gerichtliche Anordnung eingelegt. Aber auch in diesen Fällen waren die Ermittlungsbehörden gewappnet: Sie haben die betreffende Person dann einfach aus dem Zeugenstatus in den Beschuldigtenstatus erhoben. Dadurch ist es ihnen dann möglich, mittels der Paragraphen 81a und 81e der Strafprozessordnung (StPO) unter Richtervorbehalt doch noch die Entnahme zu erzwingen.

Beschuldigter in diesem Sinne ist derjenige, gegen den aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist. Danach ist der in Paragraph 152 Absatz 2 StPO beschriebene Anfangsverdacht ausreichend.

Nach wohl herrschender juristischer Ansicht ist eigentlich geklärt, dass das Fehlen eines Einverständnisses, an einer Reihenuntersuchung teilzunehmen, nicht als ein den Tatverdacht begründendes oder verstärkendes Indiz im Sinne der StPO gewertet werden darf und die Anzahl der zu untersuchenden Personen im Falle von Reihenuntersuchungen bestimmt oder zumindest bestimmbar sein muss. In der Juristerei ist ja vieles reine Auslegungssache. "Bestimmbar" heißt dann soviel, dass jedenfalls noch ein mehr oder weniger eng umrissener Personenkreis, hier also alle Personen, die in das Raster der Polizei passen, als mögliche Täter in Betracht kommen müssen. Ob die Bestimmbarkeit aber auch bei bisher allein 10.000 abgegebenen Speichelproben noch gegeben ist, ist jedenfalls extrem fragwürdig.

Das Verfahren der Bochumer Ermittlungsbehörden muss daher als rechtsstaatlich bedenklich angesehen werden. Menschen werden in ihrem Privat- und Arbeitsbereich belästigt und unter Generalverdacht gestellt. Sie avancieren dabei zu Beschuldigten, wenn sie ihre Rechte wahrnehmen und die Abgabe der Speichelprobe verweigern. Unter Umständen müssen sie sich sogar noch einem großen sozialen Druck stellen, um zu erklären, warum sie eine derartige "Mithilfe" bei der Aufklärung eines Verbrechens verweigern.

Nicht mit den Wölfen heulen

Aufgrund der unklaren Rechtslage bei solchen Reihenuntersuchungen ist diese mittlerweile sehr beliebte Methode der Ermittlungsbehörden in früheren Fällen schon ins Blickfeld der Gerichte und Datenschutzbehörden gerückt, nicht zuletzt wegen der Unklarheiten der weiteren Verwertung und des weiteren Verbleibs der Proben.

Die Ermittlungsbehörden hingegen feiern die DNA-Analyse als den Durchbruch in der Verbrechensaufklärung. Aussagen diverser Ermittlungsbeamte weisen darauf hin, dass damit die Hoffnung verbunden wird, in absehbarer Zeit ein Geständnis durch den genetischen Sachbeweis zu ersetzen. So weit sind wir indes noch nicht. In Deutschland wird der so genannte genetische Fingerabdruck seit 1988 in Strafprozessen verwandt, anders als in USA oder Großbritannien allerdings als "ergänzendes Beweisanzeichen ohne unumstößlichen Beweiswert". Das bedeutet, dass bisher noch niemand allein aufgrund einer DNA-Analyse rechtskräftig verurteilt worden ist.

Bürgerrechtsbewegte KritikerInnen verstummten angesichts spektakulärer, durch die Medien gefeierter Fahndungserfolge in den letzten Jahren zusehends. Die verfassungsrechtliche Bedenklichkeit hinsichtlich der Umkehrung der Unschuldsvermutung im Zuge der "Massenscreenings" trat in den Hintergrund. Dabei ist bei der in Bochum praktizierten "Einwilligungslösung", bei der die Bevölkerung um "freiwillige" Mithilfe gebeten wird, nicht einmal die ansonsten erforderliche richterliche Anordnung nötig. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass diese Ermittlungsmethode dazu führt, rechtsstaatlich unverzichtbare Grundsätze und Verfahrensanforderungen, die dem funktionalen Grundrechtsschutz dienen sollen, zu unterhöhlen. Mangels gesetzlicher Grundlage für die genetische Erfassung ganzer Bevölkerungsgruppen zwecks Herausfilterns eines Straftäters bleibt die Annahme, die Durchführung von Tests dieser Art auf freiwilliger Basis sei zulässig, ein relevanter Verstoß gegen die gesetzlich normierte Unschuldsvermutung. In der Logik der Bochumer Ermittlungsbehörden müssen nicht die Ermittlungsbehörden eine Schuld beweisen, sondern die Beschuldigten ihre Unschuld.

In nächster Zukunft ist vor dem Hintergrund des Sicherheitswahns, der Halluzination sich ausweitender "Terrorgefahren" und der Angst vor steigender Kriminalität mit einer hohen Akzeptanz derartiger Verfahren und Verhaltensweisen der Ermittlungsbehörden zu rechnen. Die Beschneidung von bürgerlichen Freiheitsrechten wird damit ein weiteres Stück salonfähiger.

Polizei jagt Vergewaltiger an der Uni Bochum

Studenten verweigern Speichel-Test

SEX-PHANTOM *19 Frauen fielen ihm in neun Jahren zum Opfer*

Von CHRISTIAN RENZ

Bochum – Das Uni-Phantom von Bochum. 19 Frauen fielen dem Sex-Monster in neun Jahren zum Opfer. Hilflos versucht die Sonderkommission „Messer" mit einem Massen-Gentest dem Täter endlich auf die Spur zu kommen. Doch am Widerstand der Ruhr-Uni-Studenten könnte auch dieses letzte Fahndungs-Mittel scheitern...

Es war ein so grausamer Akt. Der Unbekannte griff sich eine 12-Jährige, hielt ihr ein Messer an die Kehle, schändete ihre, neuerdings halbe Jahre später, hat die Polizei sieben ganz unterschiedliche Phantombilder veröffentlicht. Aktenzeichen mit tatsendem Seitenden Ermittlungsergebnissen gefahr und dennoch – es gibt keine Spur, geschweige denn einen Verdächtigen.

Seit 2002 setzen die Täter auf DNA-Tests, wollten so alle männlichen Bochumer der Jahrgänge 1962 bis 1977 überprüfen. 15 000 Tests sind bereits ausgewertet – ohne Erfolg. „Messer"-Ermittlerin Birgit Dienstbier: „Wir sind uns sicher, dass der Täter genaue Orts-Kenntnis besitzt. Feldlich

Straßen im Bochumer Univiertel Querenburg eingegrenzt – Zielgebiet für einen neuen Massen-Test.

Doch hier stoßen die Fahnder auf heftigen Widerstand. Die Studenten-Vertretung ASTA macht mobil gegen das Verfahren. ASTA-Sprecher Thilo Mathesius (27): „Wir sind gegen die breite und unspezifische Anwendung des Tests." Damit so die Studenten, würde die „Umkehr der Unschuldsvermutung" betrieben. Von 500 Test-Kandidaten haben 20 bereits die Teilnahme verweigert. Zwar können sie gezwungen werden – doch da-

Express, 4. August 2003

Anmerkung der Redaktion:

Auf ihrer 75. Konferenz beschlossen die Justizminister der Länder Mitte Juni in Bremerhaven, dass eine Rechtsgrundlage für Massengentests geschaffen werden soll. Damit werden dann wohl auch die letzten rechtsstaatlichen Unklarheiten beseitigt werden. Zukünftig werden die DNA Massengentests dann wohl nicht mehr die Ausnahme sein, sondern eher die Regel.

Vom Antifaschistischen AutorInnen-Kollektiv

"Die Reihen fest geschlossen"

Eine Chronologie der "Heß-Gedenkmärsche"

Alljährlich rüstet die neonazistische Szene im Sommer für den "Rudolf Heß-Gedenkmarsch". Bis zu 4.000 TeilnehmerInnen aus allen möglichen europäischen Ländern, darunter auch schätzungsweise 400 aus NRW, werden beim diesjährigen Marsch am 21. August erwartet. Mit einer Reihe von Mythen umgeben, eignet sich der am 17. August 1987 im alliierten Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau durch Selbstmord verstorbene **Adolf-Hitler**-Stellvertreter **Rudolf Heß** hervorragend für die Geschichtsklitterung der extremen Rechten, für eine offene Glorifizierung und Huldigung des Nationalsozialismus, mit freundlicher Genehmigung deutscher Gerichte. Wegen seiner frühen Inhaftierung im Mai 1941 bietet sich Heß für die neonazistische Szene als Star-Märtyrer geradezu an. Er wird aus dem Kontext der Shoah herausgelöst, genießt den Vorteil, nicht an der militärischen Niederlage des NS beteiligt gewesen zu sein und hat sich zudem bis zu seinem Tod zum NS bekannt.

Seit 2001 dürfen die Aufmärsche wieder in derjenigen Stadt stattfinden, in der Heß beerdigt wurde: In der bayrischen Kleinstadt Wunsiedel, unweit der deutsch-tschechischen Grenze und zwischen Hof und Bayreuth gelegen.

Antfaschistischer Widerstand gegen die Aufmärsche ist heute nur noch sehr schwach ausgeprägt.Dennoch wird es auch in diesem Jahr antifaschistische Aktivitäten in Wunsiedel geben. Wir geben in dieser Ausgabe sowohl einen Überblick über die Aufmärsche und den antifaschistischen Widerstand dagegen, als auch Hintergrundinformationen zur Person Rudolf Heß und zur Mythenbildung um ihn. Abgerundet wird der Schwerpunkt durch ein Interview mit einer im Raum Wunsiedel aktiven Antifaschistin. Wärmstens empfehlen möchten wir zur Vertiefung des Themas die Broschüre von Patrick O'Hara und Daniel Schlüter (Hg.): "Der Mythos stirbt zuletzt". Neonazistisches Gedenken, der Kriegsverbrecher Rudolf Heß, antifaschistische Diskussion. Erschienen im Juli 2002 in der "reihe antifaschistischer texte" (rat).[1]

1988: Das erste Mal

Es waren die Strukturen des später als "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) bezeichneten Netzwerks, die ihre Gefolgschaft am 17. August 1988 zum ersten Heß-Gedenkmarsch mobilisierten. Nach außen wurde der Hamburger **Michael Kühnen** als "Führer" bekannt. Im Hintergrund dieses Netzwerkes standen jedoch die weit älteren Strukturen der NSDAP/AO - einer Organisation, die von Personen u.a. aus NPD, "Wiking Jugend" und verschiedenen Wehrsportgruppen sowie Altnazis und Revisionisten gegründet worden waren. Als Anmelder fungierte der Rheda-Wiedenbrücker **Berthold Dinter** - er war jedoch nur ein Handlanger Michael Kühnens. Der Aufmarsch wurde in erster Instanz verboten. Der Hamburger Anwalt **Jürgen Rieger** erreichte vor Gericht die Aufhebung des Verbots. Das Eingreifen Riegers verdeutlicht, dass es sich nicht allein um eine Aktion Kühnens gehandelt hat. Es war eine Art Test, der vom organisierten Neonazismus beobachtet und mitgetragen wurde. Am 17. August 1988 marschierten zirka 120 Teilnehmer beim ersten Rudolf-Heß-Gedenkmarsch durch Wunsiedel. An Kühnens Seite nahm auch dessen damaliger Adjutant **Christian Worch** teil.

1989: Die Szene formiert sich

Der zweite Aufmarsch im August 1989 hätte einen größeren Umfang und mehr Bedeutung haben können als der erste, wenn nicht der Streit um die Homosexualität von Michael Kühnen die Szene gespalten hätte. Worch übernahm diesmal die Organisation. Berthold Dinter meldete den Aufmarsch wieder an, Rieger klagte ihn durch, die Kameraden marschierten. Rund 250 Teilnehmer aus dem Spektrum von Kühnens "Nationaler Liste" (NL) und erstmals auch der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) waren gekommen. Darunter schon viele der noch heute führenden Neonazi-Kader: **Thomas "Steiner" Wulff**, **Friedhelm Busse**, **Oliver Schweigert, "SS-Siggi"**

Siegfried Borchardt, **Christian Malcoci** und andere. Dazu kamen erstmals ausländische Vertreter, z.B. der Österreicher **Gottfried Küssel** und der Belgier **Bert Erikson**. Auch wenn es nicht gelang, Personen über den organisierten neonazistischen Kreis hinaus einzubeziehen, hatte der Aufmarsch eine wichtige Funktion. Schon zu diesem Zeitpunkt war die europäische Vernetzung erkennbar. Nach innen stellte er eine gemeinsame Aktion der zu dieser Zeit zerstrittenen Gruppierungen dar. Sich dieser Bedeutung bewusst, stellte Kühnen seine persönlichen Interessen zurück und hielt sich von dem Aufmarsch fern.

1990: Der Durchbruch

Große Teile der etablierten Politik, aber auch der Bevölkerung reagierten mit einem aufschäumenden Nationalismus auf die Maueröffnung im Herbst 1989. Für die extreme Rechte galt diese als später Etappensieg. Sie sah ihre Zeit gekommen. Vor diesem Hintergrund gelang es den einschlägigen Organisationen, einen Aufmarsch mit 1.100 Personen durchzuführen. Wie in den Vorjahren waren wieder sämtliche Kader der neonazistischen Szene zugegen, hinzu gewonnen wurden die "eingemeindeten" Neonazis aus der ehemaligen DDR. Erstmals gelang es zudem, mehr ältere Personen einzubinden. Innerhalb der rechten Szene löste dieser Erfolg Aufbruch-Stimmung aus. Sofort nach dem Aufmarsch zogen die Organisatoren die Konsequenz aus der Entwicklung: Sie versuchten, das Spektrum der aufrufenden Organisationen und der Teilnehmer stark zu verbreitern. Ideologische Grundlage für die Entwicklung war die Broschüre "Wunsiedel 90", die von Christian Worch und dem Münchner Neonazi **Ewald Althans** im Herbst 1990 veröffentlicht wurde. Worch und Althans schrieben: "Wir gehen davon aus, daß im nächsten Jahr die linke Gegendemonstration nicht mehr stattfinden darf... Dann wird es zu einer Situation kommen, wo nicht mehr vorwiegend nur die jungen, radikalen, nötigenfalls auch zur Gegenwehr bereiten, Kameraden kommen. Die guten Bürger des Nationalen Lagers, die Schlips- und Kragen-Träger und viele ältere Leute, die aus Angst vor Steinwürfen zu Hause geblieben sind, werden sich anschließen."

1991: Internationale Beteiligung

Tatsächlich zeigte sich schon an der Vorbereitung für den vierten Heß-Gedenkmarsch, die wie in den Jahren zuvor überwiegend in den Händen der kühnentreuen Anhänger lag, dass es gelungen war, das Spektrum durch verschiedene Personen und Organisationen zu erweitern. Die "Rudolf-Heß-Gesellschaft" beteiligte sich zum ersten Mal aktiv an den Vorbereitungen. Das führte dazu, dass mehr Menschen aus dem revanchistischen und rechtskonservativen Lager an dem Gedenken teilnahmen. Auch ihre internationalen Kontakte nutzten die bundesdeutschen Neonazis, so wurden sie z.B. durch die Revisionisten **Ernst Zündel** und **David Irving** unterstützt. Der Gedenkmarsch konnte allerdings nicht in Wunsiedel stattfinden, da über die kleine bayrische Stadt ein zweitägiges Demonstrationsverbot verhängt wurde. Als Ersatz meldete Jürgen Rieger eine Demonstration in Bayreuth an, die sich formal gegen das Demonstrations-Verbot in Wunsiedel richtete. Etwa 1.500 Neonazis nahmen an dem Aufmarsch teil, darunter auch die FAP.

1992: Mehr geht nicht

1992 wurde erneut ein Demonstrationsverbot über Wunsiedel verhängt. Der Versuch, eine Aufhebung des Verbotes zu erreichen, schlug fehl. Auch in Thüringen und Sachsen wurden in mindestens 20 Orten Demonstrationen angemeldet und verboten, sehr zum Ärger des ehemaligen Verfassungsschutz-Spitzels und Anmelders **Thomas Dienel**. Trotzdem wurde konspirativ nach Rudolstadt (Thüringen) mobilisiert. Etwa 2.000 Personen um die üblichen Aktivisten von FAP, NL, "Deutscher Alternative" (DA), "Nationaler Offensive" (NO) und auch Mitglieder der "Wiking-Jugend" (WJ) und der NPD, sammelten sich in der Stadt. Es gelang ihnen dort, eine nicht angemeldete Kundgebung abzuhalten. Schon jetzt zeigte sich allerdings, dass nicht alle potenziellen Teilnehmer bereit waren, an einem solch konspirativen "Spiel" teilzunehmen.

1993: Erste Schatten

Nach einem langen "Katz und Maus"-Spiel auf der Autobahn, an dem Neonazis, Antifaschisten, Journalisten und Polizei beteiligt waren, kam es schließlich zu einer Versammlung in Fulda. Zuvor wurde den Neonazis in verschiedenen anderen Städten verboten zu marschieren. Die Polizei war weder willens, noch in der Lage, auch in Fulda ein Verbot durchzusetzen, da ihrer Meinung nach die ganze Situation spontan entstanden sei. Wie sich später herausstellte, war schon Tage vorher eine Anmeldung für Fulda bei den Behörden eingegangen, allerdings ohne Datum. Zudem mobilisierten die Neonazis schon Stunden vorher über ihre Info-Telefone in die Stadt. Als die Neonazis im Konvoi eintrafen, formierten sie sich zu einer Versammlung vor dem Dom und zogen dann durch die Stadt. Zum ersten Mal hatten es die Neonazis geschafft, gegen ein Demonstrationsverbot einen Aufmarsch durchzusetzen. Konsequenzen aus diesen Ereignissen musste der hessische Staatssekretär des Inneren, **Christoph Kulenkampff,** ziehen: Er war gezwungen, sein Amt aufzugeben. Die Zahl der Teilnehmer hatte sich jedoch durch die widrigen Rahmenbedingungen auf 500, also erheblich verringert. Übrig geblieben war der Kern der neonazistischen Szene. Bemerkenswert war in diesem Jahr die Beteiligung von NPD und JN an Vorbereitung und Durchführung.

1994: Das Debakel

1994 nahm die staatliche Repression gegen die Neonazi-Szene deutlich zu. Das lag zum einen an den gesellschaftlichen Diskussionen nach den Brandanschlägen von Mölln und Solingen und den Pogromen von Rostock und Hoyerswerda. Zum anderen hatten die Bilder von Fulda in

1995: Heß-Marsch in Roskilde (DK)

1997: Kein Heß-Marsch in Königslutter - Neonazi-Kader Christian Hehl wird abgeführt

der Weltöffentlichkeit kein gutes Bild von Deutschland hinterlassen. In dieser Situation wichen die Nazis nach Luxemburg aus. Dort wollten sie einen Aufmarsch vor der deutschen Botschaft durchführen. Alle 180 Teilnehmer wurden allerdings innerhalb weniger Minuten festgenommen. Zu einem Aufmarsch kam es nicht.

1995: Rudis Reste-Rampe

Da nach Einschätzung der deutschen Neonazis ein Marsch innerhalb der BRD zu diesem Zeitpunkt nicht durchsetzbar war, wurde zusammen mit dänischen "Kameraden" ein Aufmarsch im dänischen Roskilde organisiert. Am zweiten August-Wochenende marschierten 140 Neonazis mit Hakenkreuz-Schildern durch die Stadt. Später waren sie gezwungen, ihre Schilder zu nutzen, um sich vor Angriffen von Bürgern und Antifaschisten zu schützen. Dies führte zu einer panikartigen Abreise der Neonazis. Zeitgleich marschierten im niedersächsischen Schneverdingen 250 Neonazis aus dem Spektrum der Anfang 1995 verbotenen FAP. Beim Eintreffen der Polizei lösten sie die Veranstaltung auf und flohen zu ihren Autos. In Hamburg marschierten etwa 50 Neonazis ein paar hundert Meter weit, bis sie von der Polizei festgenommen wurden. Die Szene bewertete anschließend alle Versuche als Desaster.

1996: Aufbäumen

Durch die immer schwierigeren Bedingungen sank die Bedeutung der Aufmärsche. Über den engen Kaderkreis hinaus konnte nicht mobilisiert werden, da die Mobilisierung konspirativ geschehen musste. Um wieder eine breitere Verankerung zu erreichen, riefen die Neonazis 1996 erstmals einen "Gedenkmonat" ins Leben. Im August sollten an verschiedenen Orten kleinere, schwer zu verhindernde Aktionen stattfinden. Dies wurde allerdings kaum umgesetzt. Am 17. August kam es in Worms (Rheinland-Pfalz) zu einem Aufmarsch mit 250 Teilnehmern. Dort sammelten sich die Kader der Neonazis im Dom, um dann einen kurzen Aufmarsch durchzuführen. Bei der Aktion wurden 187 Neonazis festgenommen. Darunter befanden sich jedoch nur noch wenige Kader, da die meisten den Ort in "weiser Voraussicht" schon früher verlassen hatten. Durchgeführt wurde der Marsch von den Kadern der inzwischen verbotenen Organisationen und aus den Reihen der NPD/JN.

Eine zweite Aktion fand in Merseburg (Sachsen-Anhalt) statt. Dort marschierten 250 Personen unter der Leitung von **Frank Schwerdt** von den später mit der NPD vereinigten "Nationalen". Auch im schwedischen Trollhättan marschierten 150 Neonazis, darunter vereinzelt deutsche Kameraden.

1997: Hasenjagd

Auch zum zehnten Jahrestag des Todes von Heß wurde zu "Aktionswochen" aufgerufen. Tatsächlich kam es im gesamten August zu kleineren Aktionen und Aufmärschen. Am 17. August sollte dann ein konspirativ organisierter "Gedenkmarsch" stattfinden. Es wurde aufgerufen, sich im Raum Kassel zu sammeln. Von dort wurden mehrere Zielstädte (Hannover/Salzgitter, Braunschweig, letztendlich Königslutter) bekannt gegeben, in denen der zentrale Aufmarsch durchgeführt werden sollte. Die Polizei verhinderte dies jedoch durch hartes Durchgreifen. Im Laufe des Tages wurden über 500 Personen festgenommen. Trotzdem gelang es den Neonazis, kleinere dezentrale Aufmärsche - meist mit weniger als 50 Teilnehmern - durchzuführen. Auch wenn es nicht gelungen war, eine große Demonstration durchzuführen, fiel die große Anzahl von Neonazis auf, die an diesem Tag unterwegs waren.

1998: Einig im Streit

Die deutsche Neonazi-Szene wollte in diesem Jahr nach Dänemark ausweichen, um nicht wieder in die selbe Situation wie im Jahr zuvor zu kommen. Die dänische Polizei erlaubte einen Aufmarsch der Neonazis um halb acht Uhr morgens im menschenleeren Greve bei Kopenhagen. Dort marschierten 130 Kameraden eine Viertelstunde lang mit Hakenkreuzschildern und -fahnen. Im hochsauerländischen Brilon versuchte sich das "Aktionskomitee Rudolf Hess" an der Durchführung eines nicht angemeldeten und konspirativ geplanten Aufmarsches, der ebenso kläglich an der Polizei und antifaschistischem Widerstand scheiterte wie ein zweiter Versuch im nahen Marsberg. Als führendes Mitglied des "Komitees" trat u.a. der heutige NPD-Landesvorsitzender NRW **Stephan Haase** in Erscheinung.

Auch dank der anhaltenden Aufmerksamkeit von Antifaschisten war ein staatlicher Druck entstanden, der die Bedeutung der "Heß-Gedenkmärsche" gegen Null tendieren ließ. Zu groß war das Risiko, für einige Minuten Aufmarsch festgenommen zu werden, zu gering die Beteiligung, um ein starkes "Wir sind wieder wer"-Gefühl aufkommen zu lassen. Zudem fanden ab 1997 Demonstrationen gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944" statt. Die Funktion der "Rudolf-Heß-Gedenkmärsche" wurde teils durch diese übernommen.

1999: Kleinkram

Die Vorbereitungen für den zwölften "Heß-Gedenkmarsch" übernahm 1999 kein bundesweit agierendes Vorbereitungs-Komitee. Es wurde vielmehr versucht, regional aktiv zu werden und den örtlichen Aktivisten die Organi-

sation zu überlassen. Um Repressionen entgegenzuwirken, erklärten die Neonazis die Zeit vom 9. bis 22. August 1999 zu so genannten Rudolf-Heß-Gedächtnis- bzw. -Aktionswochen. Bereits vorher fand am 31. Juli 1999 im niederländischen Valkenburg ein Aufmarsch von niederländischen und deutschen Neonazis statt. Am 14. August 1999 kam es zur spektakulärsten Aktion im Rahmen des Heß-Gedenkens: 150 Neonazis veranstalteten eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft in Bern/Schweiz. Die Teilnehmer kamen aus Süddeutschland und der Schweiz, als Redner trat **Friedhelm Busse** auf. In Norddeutschland kam es während der Aktionswochen zu einer Reihe kleiner Aktionen. In Rostock marschierten unbehelligt etwa 50 Neonazis. Nicht so gut erging es den 26 Teilnehmern eines unangemeldeten Aufmarsches in Berlin-Hellersdorf: Sie wurden nach ein paar Metern festgenommen. Der Verlauf dieser Veranstaltungen oder der Versuch war für die Nazi-Szene ein Desaster, das zum weiteren, vorübergehenden Bedeutungsverlust des Heß-Gedenkens beitrug.

2000: Propagandaschlacht Nord

Auch in diesem Jahr gab es keinen zentralen Heß-Gedenkmarsch. Es war jedoch auffällig, dass vor allem in Norddeutschland massiv Propagandamaterial verteilt wurde. In diesem Jahr waren Autobahnen beliebte Objekte für das Aufhängen von Transparenten. Aufmärsche fanden in den Niederlanden und in Skandinavien statt: Im niederländischen Echt marschierten 60 Nazis, darunter auch deutsche um Christian Malcoci, durch den Ort. Am 29. Juli liefen zirka 50 dänische, schwedische und deutsche Neonazis durch die dänisch-schwedische Grenzstadt Helsingoer.

2001: Der Schwur wird wahr

2001 lag das Hauptaugenmerk bei der Vorbereitung eines Aufmarsches wieder auf Wunsiedel. Jürgen Rieger meldete dort einen Aufmarsch an. Auch nach dem Verbot der Demonstration durch das Landratsamt ging die Mobilisierung der "Freien Kameradschaften" nach Wunsiedel weiter. Das Festhalten an Wunsiedel als Demonstrationsort stützte sich auf mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts, das im Jahr 2000 wiederholt Aufmarschverbote aufgehoben hatte. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hob das Verbot mit der Begründung auf, dass durch den Aufmarsch selbst keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten und mit antifaschistischen Gegenaktivitäten nicht zu rechnen sei. Die Richter erkannten zwar die Gefahr, dass bei dem Aufmarsch "nationalsozialistisches Gedankengut" verbreitet werden könne, dies reichte jedoch nicht für eine Bestätigung des Verbotes. Beflügelt von dieser Entscheidung meldete Jürgen Rieger Gedenkmärsche bis zum Jahr 2010 an. So kam es dann am 18. August 2001 zum ersten "Heß-Gedenkmarsch" in Wunsiedel seit über zehn Jahren. Es zeugt von einer straffen Organisation, dass 900 Neonazis teilnahmen, obwohl das Verbot erst am Freitagabend aufgehoben worden war. Unter ihnen war fast die gesamte Führungsriege der "Freien Kameradschaften" zu finden. Es beteiligten sich allerdings nur wenige Mitglieder der NPD.

Neben diesem zentralen Gedenkmarsch gab es mehrere kleinere im gesamten Bundesgebiet. Im brandenburgischen Wittstadt demonstrierten 70 Heß-Anhänger und in Laage (Landkreis Güstrow/MV) beteiligten sich etwa 200 Personen an einem spontanen Aufmarsch durch die Stadt. Auch der als möglicher Ersatzort für Wunsiedel angemeldete Demonstrationsort Hagenow wurde von 80 Neonazis heimgesucht.

Der juristisch durchgesetzte Heß-Gedenkmarsch stellte fortan einen zentralen Bezugspunkt der Neonazi-Szene dar. Das mitmarschierende Spektrum beschränkte sich dabei allerdings zunächst auf die eigene Szene.

2002: Mit Gitarre und Gulaschkanone

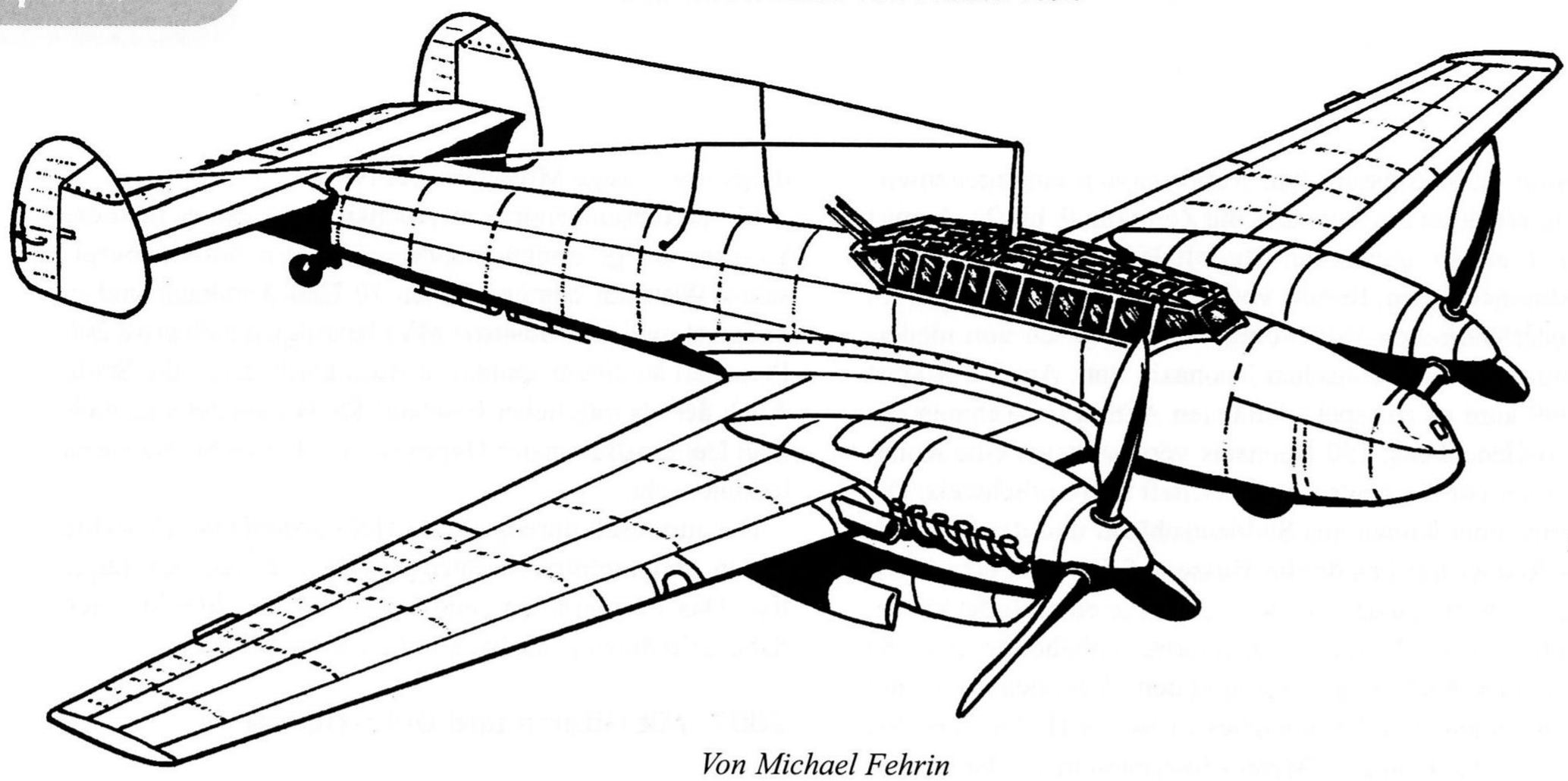
Nach den Erfahrungen aus 2001 mobilisierte die neonazistische Szene dieses Jahr breit und mit größerer Rechtssicherheit durch eine Aufhebung des Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht. Daher schafften sie es, etwa 2.500 Teilnehmer zu mobilisieren. Darunter nicht nur die Elite der "Freien Kameradschaften", sondern auch viele NPDler und erstmals seit Jahren auch Neonazis aus Österreich, der Schweiz, Dänemark, Italien, Spanien, Schweden und aus anderen Ländern. Auch wandelte sich die Form des Aufmarschs, er bekam "Event"-Charakter. Dazu gehörten neben den Balladen des Liedermachers **Michael Müller** auch die Gulaschkanone und der Bratwurststand. Interessant auch die Veränderung der Altersspanne, die deutlich breiter geworden war. So fanden sich fast kindliche Glatzen neben grauhaarigen alten Männern und Frauen. Auch der Anteil an Frauen war in diesem Jahr höher als je zuvor.

2003: Europäisches Neonazi-Volksfest

Ein ähnliches Bild und ein ähnlicher Ablauf bot sich 2003. Wieder gab es eine Aufhebung des Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht. Über 3.000 Neonazis feierten und marschierten durch Wunsiedel. Die Zahl konnte im Vergleich zum Vorjahr noch einmal gesteigert werden, noch mehr internationale Teilnehmer fanden sich ein. So waren beispielsweise die italienischen "Veneto Fronte Skinheads" nicht nur mit einer kleinen Delegation vertreten, sondern gleich mit einem ganzen Bus angereist.

Die Heß-Gedenkmärsche sind zurzeit die wichtigste öffentliche Veranstaltung für die deutsche, verstärkt aber auch für Teile der europäischen Neonazi-Szene. Dabei stellt dieser Aufmarsch ein strömungsübergreifendes Projekt dar, das Modellcharakter bekommen könnte. Deutlich wird an der Chronologie aber auch die Abhängigkeit des Aufmarschs von äußeren Faktoren, genauer von antifaschistischem Widerstand und von polizeilichen Maßnahmen, beziehungsweise von richterlichen Genehmigungen.

[1] Bestellungen gegen Vorkasse (3 Euro plus 1 Euro für Versand) bei:
rat, c/o Schwarzmarkt,
Kleiner Schäferkamp 46,
20357 Hamburg



Von Michael Fehrin

"Ich bereue nichts!"

Die Geschichte von Rudolf Heß

Rudolf Heß gilt bis heute für Kreise aus dem rechtskonservativen und neonazistischen Spektrum als Identifikationsfigur, als Märtyrer und als das ewige Beispiel für eine angeblich ungerechte alliierte Siegerjustiz. Dies ist Grund genug, um sich das Leben dieses Mannes etwas genauer anzuschauen.

Herkunft und Anfänge

Heß wird 1894 in Alexandria in Ägypten geboren. Er stammt aus einer gutbürgerlichen Kaufmannsfamilie, die, wie so viele andere auch, deutschnational und kaisertreu eingestellt ist. Seine Schulausbildung und sein gesellschaftlicher Umgang sind diesen Kreisen entsprechend. Im August 1914 meldet er sich freiwillig zur Armee und wird 1916 vor Verdun und 1917 in Russland verwundet. Danach wechselt er zur Fliegertruppe und erlebt in dieser das auch für ihn enttäuschende Ende des ersten Weltkrieges. Bis dahin kann von einem außergewöhnlichen Lebensweg noch keine Rede sein, obwohl seine Briefe an die Familie bezeugen, dass aus dem 1914 eher skeptischen jungen Mann, der nicht zu den lautesten Hurra-Schreiern gehörte, ein richtiger deutscher Patriot geworden ist. Heß beteiligt sich an der Niederschlagung der Novemberrevolution im berüchtigten "Freikorps Epp" in München, kämpft als Flieger gegen die "Roten" im Ruhrgebiet und sucht Kontakt zur rechten Szene, unter anderem in der "Thulegesellschaft". Außerdem fängt er ein Studium der Wirtschaftswissenschaft an. In Folge dessen befreundet er sich mit dem Geopolitiker **Karl Haushofer**, der sein Mentor wird. Er ist kein eifriger Student, es zieht ihn ins Politische, in die Aktion.

Der aufstrebende Nazi

Es lässt sich nicht exakt feststellen, wann Heß zum ersten Mal **Adolf Hitler** begegnet. Sicher ist jedoch, dass er sehr schnell vom Genie dieses Nachwuchspolitikers überzeugt ist und bereits im Jahr 1920 mit der Mitgliedsnummer 1.600 in die NSDAP eintritt . Zwischen Heß und Hitler entwickelt sich eine intensive Freundschaft. Der unsichere und linkische Heß stellt keinerlei Führungsansprüche, ist kein Konkurrent für den angehenden Führer der Deutschen. Hitler hingegen ist ein Mann aus der Provinz, dem durch Heß, allerdings auch durch **Dietrich Eckart**, die richtigen Umgangsformen beigebracht werden. Die beiden bemühen sich, Türen zu öffnen, die für ihn sonst verschlossen geblieben wären. So versucht Heß vergeblich, den erzreaktionären bayerischen Ministerpräsidenten **Gustav Ritter von Kahr** von Hitlers lauteren Absichten zu überzeugen. Beim General **Erich Ludendorff** hat er da schon deutlich mehr Erfolg. In dieser Frühphase der NSDAP ist Heß einer der ersten SA-Führer und beteiligt sich aktiv am Putsch im November 1923. Seine Aufgabe ist es, missliebige Politiker zu verhaften – dem kommt er mehreren Berichten zufolge ausgesprochen brutal nach. Nach dem Scheitern des Unternehmens flieht er nach Österreich, stellt sich aber den deutschen Behörden, als ihm deutlich wird, dass die Verbrechen der extremen Rechten in Bayern kaum bestraft werden. So kommt er, zu einer kurzen Haftstrafe verurteilt, zu dem bereits einsitzenden Hitler auf die Festung Landsberg. Hier hat er entscheidenden Anteil an der Erstellung von Hitlers Machwerk "Mein Kampf", das ohne sein Redigieren sicherlich noch unlesbarer geworden wäre, als es ohnehin schon ist. Sein inhaltlicher Beitrag ist nicht exakt festzustellen, aber vieles spricht dafür, dass u.a. die geopolitischen Vorstellungen **Karl Haushofers** vom "Lebensraum im Osten" Hitler durch Heß näher gebracht werden. Ein starkes frühes Indiz dafür, dass Heß nicht, wie oft behauptet, eine unwichtige Rolle in der Nazi-Bewegung gespielt hat.

Hitler macht nach der Festungshaft Rudolf Heß zu sei-

nem Privatsekretär. Diese eher interne Tätigkeit bewirkt, dass Heß in rechten Kreisen bis 1933 nie den Bekanntheitsgrad von zum Beispiel **Ernst Röhm**, **Hermann Göring** oder den Brüdern **Gregor** und **Otto Strasser** erreicht. Selbst innerhalb der Nazi-Partei ist er nicht sehr bekannt. Daraus zu folgern, dass er kein politisches Gewicht hat, wäre allerdings falsch, wie Hitlers Politik nach 1933 beweist. Wie viele Zeugen - oft bedauernd – belegen, kommt niemand, der in diesen Jahren zu Hitler will, an dem Sekretär Heß vorbei.

Der Stellvertreter

Ab 1933 wird aus Hitler immer mehr der "Führer" der Deutschen, engagiert vor allem in der Außenpolitik. Die NSDAP interessiert den "Staatsmann" nur noch bedingt. Es gibt in der Frühphase des Regimes eine zunehmende Spannung zwischen Partei und dem Staats- und Beamtenapparat einerseits und – noch stärker - der Partei und der SA. Die Veränderungen oder aber auch nur die Karrieremöglichkeiten durch die Machtergreifung sind vielen nicht weit genug gegangen. Die Nazi-Regierung braucht also einen Apparat, der die Partei kontrollieren kann. An die Spitze dieses Apparats wird Rudolf Heß gesetzt, der so zum Stellvertreter des Führers in der NSDAP und zum Reichsminister wird - allerdings ähnlich wie Röhm ohne klassisches Ressort. Übrigens wird **Martin Bormann** sein engster Mitarbeiter. Dieser wird ihn 1941 in seinen Ämtern beerben. Heß wird formal der dritte Mann im Staat, nach Hitler und Göring. Er wirkt oft unauffällig, ist aber keineswegs unbedeutend. In der kritischsten Phase des frühen Naziregimes ist er kurz vor dem so genannten Röhmputsch einer der entscheidenden Männer. Er hält am 25. Juni 1934 eine programmatische Rundfunkrede, die das kommende Massaker bereits andeutet: "Wehe dem, der die Treue bricht im Glauben, durch eine Revolte der Revolution dienen zu können." Und weiter: "Armselig, die da glauben auserwählt zu sein, durch agitatorisches Handeln von unten dem Führer revolutionär helfen zu müssen." Dieser Führer der Deutschen braucht keinerlei Anregungen, denn: "Einer bleibt von aller Kritik stets ausgeschlossen – das ist der Führer. Das kommt daher, dass jeder fühlt und weiß: Er hatte immer recht, und er wird immer recht haben." Rechte Kreise mögen wegen solchem Gerede Rudolf Heß' Treue rühmen, aber diese und viele ähnliche Zitate verraten seine intellektuelle Begrenztheit. Solche Passagen zeigen, dass Heß ganz gewiss kein harmloser Mann im Hintergrund ist, sondern ein Funktionär, der seinem "Führer" bedenkenlos den Rücken frei hält. Heß gilt als anständiger und bescheidener Parteigenosse. Er ist dies aber in Wahrheit nur im Vergleich zu Akteuren wie **Goebbels** und Göring und vielen korrupten Parteibonzen, die schnell im Volksmund "Goldfasane" genannt werden. Seinen "Führer" verehrt Heß in geradezu religiöser Verzückung. Von sich sagt er, er "liebt diesen Mann". Umso weniger liebt er hingegen beispielsweise jüdische Menschen, seine Reden sind voller Antisemitismus und Volksverhetzung.

Noch vor Entfesselung des Weltkrieges ist Heß führend in der Förderung von NS-Organisationen im Ausland, zum Beispiel im Sudetenland. Am 25. August 1939 hält er eine Rede, in der er ausführt, dass die Geduld mit Polen bald vorbei sei. Am 30. August 1939 wird ein neues Gremium gegründet, dessen Aufgabenfeld die nicht-militärischen Regierungsgeschäfte sind. Heß wird Mitglied in diesem "Ministerrat für die Reichsverteidigung", der dem "Feldherrn" Hitler zu Hause den Rücken frei halten soll.

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges erfährt Heß' verbrecherisches Handeln eine neue Dimension, als er zum Beispiel zu den vehementesten Gegnern eines Gesetzentwurfs aus dem Justizministerium zur rechtlichen Stellung der Polen wird. Der Entwurf beinhaltet wenigstens einen minimalsten Schutz des Lebens der unter deutscher Okkupation lebender Polen. Heß gehört führend zu denjenigen, die dafür sorgen, dass das Leben der Menschen im besetzen Polen vollkommen rechtlos und der Besatzerwillkür schutzlos ausgesetzt bleibt.

Dies sind nur einige Beispiele aus Heß politischer Karriere. Nichts deutet im Frühjahr 1940 darauf hin, dass an ihm irgendetwas anders ist als an anderen hohen Naziführern. Dies ändert sich 1941.

Der Englandflug

Am 10. Mai 1941 fliegt Heß in einer ME110 nach England, um eine von Mythen überwucherte "Friedensmission" zu versuchen. Er ist offensichtlich der Meinung, dass es in der englischen Oberschicht, vor allem im Adel, Kreise gäbe, die einen Frieden mit Nazi-Deutschland abschließen würden. Er landet in Schottland und will den ihm über **Albrecht Haushofer** (einer der Söhne Karls Haushofers) bekannten **Lord Hamilton** sprechen. Er wird festgenommen und von diversen Vertretern der Briten verhört. Dabei kommt eine politisch bestenfalls naive, aber für die deutsche Führung jener Zeit bezeichnende brutale Initiative zum Vorschein. Für den Frieden bietet Heß den Briten den Erhalt ihres Kolonialreiches an. Dafür müssten sie nur die deutsche Hegemonie in Europa akzeptieren und dem Dritten Reich die im Ersten Weltkrieg verloren gegangenen Kolonien wiedergeben. Falls man dies ablehnen würde, wäre der Führer sehr verärgert und Deutschland würde mit der Luftwaffe (die in Wahrheit bereits 1940 über England scheiterte) und mit U-Booten (zu dieser Zeit tatsächlich noch eine tödliche Bedrohung für England) Millionen Briten töten. Der Gipfel der Forderungen und Beschuldigungen war, dass Deutschland nur Frieden schließen könne, wenn die britische Regierung abträte. Als man

U.a. Heß, Himmler und Hitler vor der Feldherrnhalle in München

Hitler, Maurice, Kriebel und Heß in Landsberg

Zum letzten Mal an Hitlers Seite: Heß bei der Reichstagssitzung am 4. Mai 1941

Heß' bruchgelandete ME110

Winston Churchill meldet, dass der Stellvertreter des Führers oder ein ihm äußerlich sehr ähnlicher Mann gelandet sei, antwortet dieser: "Heß oder nicht Heß, ich sehe mir die Marx Brothers an." Ob das Zitat nun stimmt oder nicht, eines wird schnell deutlich: Heß hat sich restlos verkalkuliert. Ob sein Motiv nun die Verhinderung eines Mehrfronten-Kriegs vor dem Überfall auf die Sowjetunion oder eine diffuse Vorliebe für England war, bleibt schwer zu beurteilen. Jedenfalls wurde Heß Kriegsgefangener der Briten. In der Gefangenschaft wird sein seelischer Zustand immer bedenklicher. Heß begeht Selbstmordversuche, redet wirr und wird immer paranoider. Klar wird jedenfalls, dass Hitler von seinem Flug nichts wusste. Die deutsche Propaganda gibt dann auch schnell bekannt, dass Heß sich in geistig verwirrtem Zustand auf seine Mission begeben hätte. Nach dem 22. Juni 1941, als der Überfall auf die Sowjetunion die Menschen beschäftigt, verschwindet er relativ schnell aus den Schlagzeilen.

Gefangenschaft und Mythos

Für das Naziregime ist das Verschwinden des Stellvertreters eine schwierige Situation. In der Bevölkerung kursiert eine ganze Reihe von Rudolf-Heß-Witzen, u.a. folgender: "Winston Churchill begrüßt Heß mit den Worten: 'Also, Sie sind der Verrückte?' Woraufhin Rudolf bescheiden antwortet: 'Nein, ich bin nur der Stellvertreter.'" In Wahrheit sahen sich die beiden niemals. Alle öffentlichen Bilder von Heß werden in Deutschland entfernt, Publikationen entsprechend gesäubert. Der negative Kriegsverlauf hat dann schnell zur Verdrängung des spektakulären Verschwindens eines Mitgliedes der Reichsregierung geführt.

Rudolf Heß wird zusammen mit Hermann Göring, **Albert Speer**, **Ernst Kaltenbrunner**, **Wilhelm Keitel**, **Alfred Jodl**, **Joachim von Ribbentrop** und anderen in Nürnberg angeklagt. Anfangs simuliert er totale Amnesie. Sicherlich ist er geistig gestört, aber das völlige Vergessen nimmt ihm kein Psychologe ab. Selbst im Gespräch mit Hermann Göring tut er so, als ob er den Mann nicht kennen würde. Im Prozess gibt er später zu, dass er simuliert hat und in Wirklichkeit nur Konzentrations-Störungen habe. In seinem Schlusswort betont er seinen Stolz, mit dem Genie Adolf Hitler eng zusammengearbeitet zu haben und endet mit dem Satz "Ich bereue nichts!". Heß entgeht der Todesstrafe und wird zu lebenslanger Haft verurteilt, die Strafe wird im Spandauer Gefängnis vollstreckt. Nach der Entlassung Albert Speers, der 20 Jahre abgesessen hatte, ist er der einzige Insasse dieses Gefängnisses, dessen Bewachung sich die alliierten Siegermächte auch während des kalten Krieges teilen. Im Lauf der Jahrzehnte gibt es immer wieder Bemühungen, eine Freilassung zu erreichen. Manche sind humanistisch orientiert und argumentieren mit Heß' hohem Alter und der langen Haftdauer. Andere instrumentalisieren ihn, um neonazistische oder rechtskonservative Vorstellungen über die NS-Vergangenheit zu propagieren. Heß' Familie gehört zu letzteren und tut ihm damit bestimmt keinen Gefallen. Heß selber ist seelisch instabil und wird im hohen Alter immer gebrechlicher. 1987 erhängt er sich im Alter von 92 Jahren.

Die seitdem von extrem rechten Kreisen verbreiteten Mord- und Verschwörungstheorien sind sicher nicht ernst zu nehmen (*siehe Seite 13*). Ob die extrem lange Haft von 46 Jahren nun gerecht war, kann sicherlich verschieden bewertet werden. Heß war allerdings bis zuletzt ein unverbesserlicher Nationalsozialist und an führender Stelle an massivsten Verbrechen beteiligt.

Der Mythos um Heß, beziehungsweise überhaupt die Möglichkeit, ihn zu kreieren, ist auch davon geprägt, dass er Nazideutschland verlassen hat, bevor die Vernichtungslager gebaut wurden und er "nur" als geistiger und politischer Vorbereiter eine Rolle spielt. Andererseits geistert die Mär von der "Friedensmission" durch die deutschnationalen Köpfe. Eines kann man allerdings sicherlich sagen: Heß gehört zu den ganz wenigen Deutschen, die für ihre Verbrechen wirklich zahlen mussten. Andere, deren Rolle mindestens ebenso wichtig und verbrecherisch war, kamen besser weg. Wer allerdings glaubt, Mitgefühl mit Heß haben zu müssen, sollte seine typische Nazikarriere vom Freikorpskämpfer bis zum rassistischen Volksverhetzer nicht übersehen.

Zum Autor

Der Autor Michael Fehrin ist Referent des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland (ABR) und steht für Vorträge zur Verfügung.
Kontakt über bildungsforum@gmx.de

Literaturhinweise

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker
Rudolf Heß – Der Mann an Hitlers Seite, Leipzig 1999
Wer sich umfassend mit dem Leben des Rudolf Heß befassen möchte, sollte dieses empfehlenswerte Buch lesen. Diesem Werk sind auch die abgedruckten Fotodokumente entnommen worden

Peter Longerich
Geschichte der SA, München 2003
Hier kann man Heß' Rolle bei der Ausschaltung der SA -Führung nachlesen.

William Shirer
Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln 1990
Spannend, weil man in dieser umfassenden Darstellung frühe und erhellende Urteile über die NS-Größen finden kann.

Von Alexander Brekemann

Der "ermordete Friedensflieger"

Der Mythos Rudolf Heß

Bei der unerschöpflichen Mythenbildung der extremen Rechten um ihren Star-"Märtyrer" **Rudolf Heß** stehen zwei Kernlegenden im Vordergrund: Die Mär vom "Friedensflug" sowie die von der angeblichen Ermordung des Hitler-Stellvertreters. Anhand eines Artikels im zwischenzeitlich eingestellten publizistischen Flaggschiff der "Freien Kameradschaften", dem "Zentralorgan" ("Zorg"), soll exemplarisch "Der Fall Hess"[1] aus Sicht der extremen Rechten nachgezeichnet werden.

Die grundlegende Legende ist der Englandflug von Heß am 10. Mai 1941, bei dem es ihm wohl um die Verhinderung eines für das "Dritte Reich" auf längere Sicht schwer zu bestehenden Mehrfrontenkrieges ging. Sollte England dem "Friedensangebot" nebst erpresserischen Forderungen (*siehe Seite 10*) nicht zustimmen, würde man unbarmherzig gegen die Briten vorgehen. "Der Reichsführung war bewusst, dass eine große Gefahr für alle Völker Europas an der Ostgrenze des Deutschen Reiches lauerte und sich zum großen Schlag rüstete", so das "Zorg". "Es galt, den Weltbolschewismus niederzuhalten". Deshalb sei von Hitler eine "Beendigung des unnötigen weißen Bruderkrieges, der nur einen hohen Blutzoll gemeinsamen Blutes bedeuten würde" angestrebt gewesen. Churchill habe aber abgelehnt, Heß eingekerkert und damit, wie es "Volkssänger" **Frank Rennicke** sang (*siehe Seite 14*), "den Weltenbrand entfacht", also den zweiten Weltkrieg eigentlich erst entfesselt. Und dass, so das "Zorg", obwohl Heß "in seinem Gepäck [...] die umfangsreichsten Friedensangebote und weitreichendsten Zugeständnisse" mitgebracht habe, "die die Reichsregierung jemals an die britische Regierung sandte." Aber das "Zorg" 'weiß' noch mehr darüber, was Heß im Köfferlein hatte: "Es soll auch einen weitreichenden Lösungsvorschlag bezüglich der europäischen Juden gegeben haben, der bei einem Friedenschluß das Überleben der vielen hunderttausend Juden in deutscher Obhut sichergestellt hätte." Diese Unterlagen seien "in die Hände des britischen Geheimdienstes" gefallen und "bis heute der Weltöffentlichkeit vorenthalten worden".

Diese abstruse Darstellung beinhaltet so ziemlich alles, was Heß zu einem Star-Märtyrer aufsteigen lässt und gleichzeitig den NS entlastet. Die Briten seien nicht 'nur" schuld am "Weltenbrand" ("Wenn nämlich die kriegerischen Handlungen mit England beendet worden wären, dann hätte sich Stalin niemals getraut, an der deutschen Ostgrenze einen Angriffskrieg vorzubereiten"), sondern auch am Schicksal der europäischen Juden.

"Das war Mord"

Nach der - für das "Zorg" erwartungsgemäß "völkerrechtswidrigen" - Anklage, Verurteilung und Inhaftierung von Heß, seien es auch "im Besonderen [...] die Engländer" gewesen, die sich über die Jahrzehnte immer wieder gegen eine Begnadigung ausgesprochen hätten. Als dann "im Frühjahr 1987 [...] Gorbatschow [...] aus humanitären Gründen und als ein Zeichen der Menschlichkeit" Heß habe freilassen wollen, sei es für die Engländer gefährlich geworden. Schließlich hätten sie befürchten müssen, dass nach einer Freilassung von Heß alles herauskommen könnte. Und was macht so eine in die Enge getriebene englische Regierung? Sie beauftragt 'natürlich' ihren Geheimdienst, die Angelegenheit zu erledigen: "Ein Killerkommando des englischen Geheimdienstes MI5 in amerikanischen Uniformen (!) verschaffte sich [...] Zugang zum Innenhof [...] und lauerte Rudolf Heß im Gartenhäuschen auf. Dort erdrosselten sie ihn und täuschten einen Selbstmord vor", weiß das "Zorg". Dass Heß sich mitnichten erhängt habe, hätten "unabhängige deutsche Gerichtsmediziner" festgestellt, die ein "waagerecht um den Hals verlaufendes Würgemal" festgestellt hätten. Ein "Strangulationsmal" jedoch würde "bei einem Erhängten an einer Stelle am Hals aufwärts verlaufen, logischerweise dort, wo der Knoten des Seils zugezogen wird." Also "Mord"...

Fazit

Mit den genannten Mythen umgeben, eignet sich Heß hervorragend für die Geschichtsklitterung der extremen Rechten. Ein Mann, der im Auftrag des Führers einen angeblichen Angriffskrieg Stalins, also den zweiten Weltkrieg verhindern, gar die europäischen Juden retten wollte, ein Mann der wegen seiner frühen Inhaftierung "selbst" in Nürnberg nicht des Völkermordes für schuldig befunden wurde, ein Mann, der bis zu seiner "heimtückischen Ermordung" niemals dem NS abgeschworen hat: Was will man mehr, um einem solchen Helden zu Ehren und zur Huldigung der Sache für die er stand, also den NS, als europaweit nach Wunsiedel zu mobilisieren um dort einmal jährlich den wohl wichtigsten neonazistischen Event überhaupt zu zelebrieren.

[1] Ohne Autor: Der Fall Heß, in: Zentralorgan, Nr. 3, Juli 1998

Von Ingo Taler

Der tönende Mythos Rudolf Heß

Über den "Märtyrer des Friedens" und seinen Abgesang im RechtsRock

"Märtyrer des Friedens - so wird er von uns genannt
Am 10. Mai '41 flog er nach Engeland
Er wollte dort den 2. Weltkrieg beenden
Wollte Frieden an alle Nationen senden
Doch was dann geschah', hatte er nie geglaubt
Man hatte ihm dort seine Freiheit geraubt"

In dutzenden von Rock-Songtexten huldigt die RechtsRock-Szene ihrem "Märtyrer" **Rudolf Heß**, hier zum Beispiel die zwischenzeitlich aufgelöste Velberter Band "Notwehr". Doch die erste Band, die sich des Themas Rudolf Heß annahm, war wider Erwarten keine RechtsRock-Band, sondern die englische Punk-Band "Angelic Upstarts", die in ihrem 1980 veröffentlichtem Stück "Lonley Man Of Spandau" über die andauernde Inhaftierung von Heß sang. Neonazis missverstanden den Song damals als Sympathiebekundung und Forderung der Freilassung von Heß.

RechtsRock entdeckt Rudolf Heß

Erst 1985 widmete die britische Neonazi-Kultband "Skrewdriver" mit dem Song "Prisoner Of Peace" dem Inhaftierten Rudolf Heß ein eigenes Stück und rückte ihn dadurch nachhaltig in den Blickpunkt der internationalen RechtsRock-Szene. Nachdem die Medien über den 1986 verübten Sprengstoff-Anschlag auf das Spandauer Gefängnis berichteten, dessen einziger Insasse Heß war, mehrten sich Kurzartikel in deutschen Skinhead-Fanzines, die sich mit dem ehemaligen Hitler-Stellvertreter beschäftigten. Die sich Mitte der 80er Jahre hin zum offenen Neonazismus radikalisierende Skinhead-Szene verfasste Aufrufe, in denen sie die Freilassung von Heß forderte.

Größere Beachtung fand das Thema Rudolf Heß in der RechtsRock-Szene aber erst nach dessen Ableben 1987, als diverse Bands zum musikalischen Nachruf ausholten. Schon 1988 veröffentlichten die britischen RechtsRocker von "No Remorse" das Stück "We Salute You" und "Skrewdriver" den Song "Forty-Six Years". International ließen beispielsweise die Bands "Legion 88" aus Frankreich, "Bound For Glory" aus den USA, "Wiking Division" aus Finnland und "Patriot" aus Tschechien Stücke zum Tode von Heß folgen. Mit dem aufkommenden Boom der internationalen RechtsRock-Szene besingen auch zunehmend deutsche Rechts-Rock-Bands und -Interpreten Rudolf Heß als "Märtyrer".

Die Überzeugung, Heß sei durch einen Mord umgekommen, zieht sich in den unterschiedlichsten verschwörungstheoretischen Varianten durch die vielen Heß-Lieder im RechtsRock. Der rechte Liedermacher **Frank Rennicke** besingt 1990 in seinem Song "Damals im Mai - Rudolf Heß", den angeblichen Mord an Heß durch die Briten: "Doch als der Ruß' die Freiheit wollte wagen, aus England kam die Mörderhand. Der Greis sollte die Wahrheit nie mehr sagen, zum Wohle für's deutsche Vaterland!"

NS-Traditionspflege durch Gedenken an Heß

Einhergehend mit der strategischen Bedeutung der Heß-Gedenkmärsche für die Neonazi-Szene als Möglichkeit des öffentlichen direkten Bezugs auf den NS, bleibt Heß auch weiter im Mittelpunkt von RechtsRock-Texten. Die Wuppertaler Band "Entwarnung" verlieh schon 1996, ein Jahr vor dem zehnten Todestag von Heß, einer CD den Albumtitel "Rudolf Heß". Ein Jahr später und somit pünktlich zum groß angelegten Gedenk-Jubiläum erschien dann der Sampler "Rudolf Heß - Gegen das Vergessen", auf dem unter anderem die Bands "Noie Werte", "Tonstörung" und "Spreegeschwader" vertreten sind. Im Innen-Cover des mit dem Untertitel "Tonträger zum Kampftag!" versehenen Samplers waren die abgehaltenen Gedenkmärsche und ihre Veranstaltungsorte aufgelistet.

Doch nicht nur in den Liedtexten wird das Gedenken an Heß aufrecht gehalten: Diverse RechtsRock-Zines räumen dem "Märtyrer" einen besonders hohen Stellenwert ein. So berichtete das Bielefelder Magazin "Unsere Welt" in seiner zweiten Ausgabe von 1997 auf drei Seiten über Gedenkaktionen der Neonazi-Szene.

Durch das vermehrte Aufgreifen des Themas Heß in RechtsRock-Texten gerät der ehemalige Stellvertreter Hitlers auch bei den nachrückenden Neonazi-Generationen nicht in Vergessenheit. Dafür sorgen verschiedenste Bands, wie zum Beispiel "Landser", "Nordmacht" und "Rohstoff" und "Oidoxie", die den Mythos in ihren Texten am Leben halten.

Von der Redaktion der Antifa-Zeitschrift "Enough is Enough"

AntifaschistInnen gegen die Rudolf-Heß-Märsche

Eine Bestandsaufnahme von 17 Jahren Widerstand

Zum 17. Mal begehen am 21. August 2004 deutsche und andere europäische Neonazis den Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß. Seit 2001 können sie dies wieder dort tun, wo im Jahr 1988 die erste Gedenkdemonstration mit damals 120 Teilnehmern durchgeführt wurde und wo der am 17. August 1987 verstorbene Heß beerdigt wurde: im bayrischen Wunsiedel.

Ähnlich wie in den Anfängen des Heß-Marsches fiel es der antifaschistischen Bewegung auch in den letzten Jahren nicht leicht, die politische Dimension dessen, was sich mit den Gedenkmärschen entwickeln kann, frühzeitig zu erkennen und mit adäquaten Mitteln dagegen anzugehen. Im Gegensatz zu 1988 existiert heute allerdings keine vergleichbare bundesweite antifaschistische Struktur, die Mobilisierungsfähigkeit – sowohl personell als auch politisch – ist heute unvergleichlich geringer. Die Neonazi-Szene hat dagegen in den letzten sieben Jahren an Mobilisierungskraft deutlich zugelegt. Die Dynamik, die seit der ersten erneut legal durchgeführten Demonstration in Wunsiedel im Jahre 2001 die Teilnehmerzahl von 400 auf 4.000 hat ansteigen lassen, entspringt einer politischen Entwicklung, in der sich aus einer Szene, bestehend aus einzelnen, vernetzten Organisationen und Parteien, eine Bewegung entwickelt hat.

1988 bis 2003

In den Anfangsjahren der Heß-Märsche, 1988 und 1989, ging es den Organisatoren darum, überhaupt eine Demonstration durchführen zu können. Die antifaschistische Bewegung war damals überwiegend von der autonomen Bewegung geprägt, Neonazi-Aufmärsche konnten praktisch kaum durchgeführt werden. Soweit Aufmärsche, beispielsweise der NPD in Wahlkampfzeiten, polizeilich durchgesetzt wurden, führte dies zumeist zu heftigen Auseinandersetzungen. 1988 und 1989 organisierten regionale AntifaschistInnen den antifaschistischen Widerstand gegen die zahlenmäßig noch unbedeutenden Aufmärsche. Bundesweites Interesse an den Aufmärschen entwickelte sich dann angesichts der im Zuge des nationalen Wiedervereinigungstaumels explosionsartigen Zunahme der Teilnehmerzahl im Jahre 1990. Immerhin hatte die antifaschistische Bewegung damals erkannt, dass die neue politische Situation den Neonazis zu einer enormen Stärkung verhelfen würde. Während 1.100 Neonazis durch Wunsiedel zogen, versuchten etwa 2.500 aus dem gesamten Bundesgebiet angereiste AntifaschistInnen, den Aufmarsch zu verhindern. Dies misslang im wesentlichen aufgrund des massiven Einsatzes der Polizei und der örtlichen Begebenheiten.

Die neue Dimension dieses Aufmarsches führte zu einer enormen Mobilisierung der autonomen antifaschistischen Bewegung. Politisch zielte diese darauf, keinen Wallfahrtsort für die europäische Neonazi-Bewegung entstehen zu lassen. Praktisch ging es darum, die Vormachtstellung "auf der Straße" auch im oberbayerischen Wunsiedel durchzusetzen. Dies führte letztlich dazu, dass sich Politik und Polizei gezwungen sahen, Demonstrationsverbote auszusprechen. Die Jahre 1991 bis 1993 gerieten daher zu einem riesigen Katz- und Mausspiel. Tausende von Neonazis versuchten staatliche Demonstrationsverbote zu umgehen, Tausende von Antifaschisten lieferten sich mit den Polizeikräften ein Wettrennen bei der Verfolgung. 1991 demonstrierten schließlich 1.500 Neonazis aus ganz Europa in Bayreuth gegen das Verbot ihrer in Wunsiedel angemeldeten Veranstaltung, 2.500 AntifaschistInnen gelang es nicht, den Aufmarsch zu stoppen. 1992 mobilisierten die Neonazis konspirativ zum Autobahnkreuz

Hermsdorf und führten eine Demonstration im thüringischen Rudolstadt durch. AntifaschistInnen gelang es nicht, in ausreichend großer Anzahl nach Rudolstadt zu gelangen.

Im Jahr 1993 wiederholte sich dieses Spiel, der Einsatz der Polizei und die massive Präsenz von AntifaschistInnen behinderten jedoch immerhin eine vollständige Sammlung der Nazis, lediglich 500 von ihnen konnten in Fulda eine von der Polizei geduldete Demonstration durchführen.

Die antifaschistischen Aktivitäten wurden in diesen Jahren vornehmlich durch die massive Zunahme faschistischen Straßenterrors und die Begrenztheit der eigenen Mittel hiergegen bestimmt. Die pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992, die mörderischen Brandanschläge gegen ImmigrantInnen, wie in Mölln 1992 und in Solingen 1993, stellten die eigenen politischen Konzepte in Frage. Die "Vorherrschaft auf der Straße" war spätestens seit den Angriffen in Rostock Geschichte. Norddeutsche AntifaschistInnen hatten zwar nach Rostock mobilisiert, man sah sich aber nicht in der Lage, den Mob, der mehrere Nächte lang pogromartig wütete, effektiv zu stoppen.

War es also gerade deshalb um so wichtiger, den symbolhaften Heß-Marsch zu verhindern oder sollten die Kräfte lieber regional eingesetzt werden? Es wurde offensichtlich, dass die Ausrichtung der Gegenaktivitäten als reine Antinazi-Kampagne politisch nicht weiterführte. Das Ergebnis war das Ende der bundesweiten Mobilisierung. Statt dessen wurde versucht, regionale Aktionen durchzuführen, den Neonazi-Kadern bereits die Anreise nach Wunsiedel unmöglich machen und politisch breiter zu wirken.

Aber es wurde nach 1993 auch deutlich, dass die staatlichen Stellen unter erheblichem öffentlichen Druck, sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland gerieten, den Neonazi-Aufmarsch nun endlich zu unterbinden. Im Ergebnis gelang es den Neonazis bis 2001 nicht mehr, eine größere Demonstration durchzuführen. Kleinere Aktionen im Ausland (1994 in Luxemburg, 1995 im dänischen Roskilde, 1996 im schwedischen Trollhättan, 1998 im dänischen Greve, 1999 in Bern) gerieten entweder zum Fiasko oder blieben völlig unbedeutend. Kleinere Demonstrationen und Aktionen in Deutschland (beispielsweise 1996 mit 250 Teilnehmern in Worms, oder 2000 die "Aktionswochen" in Norddeutschland) waren nicht geeignet, politisch die gewünschte Wirkung zu entfalten.

Für die antifaschistische Bewegung nahmen die Heß-Aktionen in diesen Jahren keine besondere Stellung ein. Aus diesem Grunde wurde auch die Diskussion über die inhaltlichen Fragen, die durch das Scheitern der antifaschistischen Kampagnen 1991 bis 1993 aufgeworfen waren, nicht fortgesetzt. Die Tatsache, dass die Verhinderung von Demonstrationen ab einer gewissen Größe neonazistischer Aufmärsche nicht mehr möglich war - nicht zuletzt auch aufgrund einer Verbesserung polizeilicher Taktik - löste kaum weiteres Nachdenken aus. In den folgenden Jahren wurde weiterhin bei den meisten der zumindest ab 1997 zahlreichen Neonazi-Demonstrationen von autonomen AntifaschistInnen auf Verhinderung gesetzt. Einzelne Erfolge wurden symbolhaft verklärt. Das Problem der "Militarisierung" antifaschistischer Politik innerhalb der autonomen Bewegung insbesondere der 80er Jahre wurde höchstens in einigen Diskussionen über Sexismus in der Linken angerissen. Innerhalb der Mobilisierung gegen die Heß-Märsche wurden diese Fragen kurzerhand auf die Entscheidung über eine bundesweite Mobilisierung versus dezentrale Aktionen heruntergebrochen.

Wunsiedel 2004

In der diesjährigen Mobilisierung hat sich nunmehr ein anderes Konzept durchgesetzt. Es soll zwar eine bundesweite Mobilisierung durchgeführt werden, Ziel soll aber nicht die direkte Verhinderung des Aufmarsches sein, sondern eine politische Veranstaltung vor Ort. Auf dieser Basis soll dann in den nächsten Jahren die Mobilisierung ausgebaut werden.

Anknüpfungspunkt soll die neue politische Qualität der Huldigung des Nationalsozialismus in Wunsiedel sein sowie die Einordnung des Neonazi-Aufmarsches in die gesellschaftliche und politische Realität der "Berliner Republik". Gerade an der Geschichte der Heß-Märsche kann die Veränderung des Selbstbildes der politischen Eliten der Bundesrepublik nachvollzogen werden. Selbst die Kohl-Regierung stand unter dem Druck der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, Deutschland als Staat darzustellen, der sich gegen Neofaschismus und Chauvinismus stellt. Mit dem Regierungsantritt der Schröder-Fischer-Koalition, die aufgrund ihrer Vergangenheit in der 68er-Bewegung diesen Druck nicht hat, wurde ein neues Selbstbild des bundesdeutschen Staates als per se antifaschistisch geschaffen. Kurzfristig unterstützte oder ins Leben gerufene Initiativen im Rahmen des "Aufstandes der Anständigen" wurden erwartungsgemäß bereits nach kurzer Zeit wieder fallengelassen. Schließlich ging es nicht um eine Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus in der deutschen Gesellschaft, sondern darum, der Welt ein "sauberes" Deutschland zu präsentieren.

Der Versuch, mit der Mobilisierung über die autonome antifaschistische Bewegung hinauszugelangen soll nicht nur über inhaltliche Fragen, sondern auch mit einem offenen Aktionsangebot unternommen werden. Dabei bleibt natürlich die spannende Frage, ob eine inhaltliche Mobilisierung ohne ergebnisorientierten Aktionsbezug ausreichend viele AntifaschistInnen nach Wunsiedel mobilisieren kann, um als politisches Ereignis wahrgenommen zu werden.

Terminhinweis

Antifaschistische Kundgebung
am 21. August 2004 in Wunsiedel

Gegen deutsche Opferlügen! / Gegen nationalsozialistisches Heldengedenken! / NS-Verherrlichung stoppen!

Neulich in Wunsiedel...

Interview geführt von Britta Kremers

"Nur die Spitze des Eisbergs"

Interview mit einer Antifaschistin aus dem Raum Wunsiedel

Am 21. August dieses Jahres werden erneut tausende Neonazis aus diversen europäischen Ländern zu Ehren von Rudolf Heß aufmarschieren. Um den Widerstand dagegen steht es nicht gut (*siehe Artikel in dieser Ausgabe*). Dennoch gibt es ihn. Und es gibt auch seit Jahren Menschen aus Wunsiedel und der Region, die sich darum bemühen, dem Nazi-Treiben Einhalt zu gebieten. Britta Kremers sprach für LOTTA mit einer Antifaschistin vor Ort.

Kannst du bitte vorab etwas zu eurer Struktur sagen, zum Beispiel dazu, aus welchen Gruppen euer lokales linkes Bündnis gegen den Rudolf-Heß-Marsch besteht?

Die Gegenaktionen werden vor allem von AntifaschistInnen aus DKP und PDS bzw. VVN organisiert.

Wir haben ein recht gut funktionierendes Umfeld, allerdings nicht in der Stadt selbst und bestenfalls eine Aktionseinheit, aber kein Bündnis, weder links noch bürgerlich. Es ist das übliche Problem, den einen ist man zu links, den anderen zu "reaktionär", die einen wollen mit den Verantwortlichen aus der Stadt nach den Erfahrungen der letzten Jahre absolut nichts mehr zu tun haben, die anderen halten es für eine unabdingbare Voraussetzung... Viele haben auch einfach langsam die Nase voll.

Was lässt sich über das lokale politische Klima, über die Ausgangsbedingungen für eure Arbeit sagen? Antifaschistische Arbeit in eurer Region, in Wunsiedel, dürfte ja kein Honigschlecken sein... Wie reagiert die lokale Politik, wie die Bevölkerung auf euer Anliegen und auf die Aufmärsche?

Wir haben in der Stadt in den vergangenen Jahren viele Infostände und Flugblattaktionen gemacht, und die Resonanz der Wunsiedler Bevölkerung war bis auf wenige Ausnahmen sehr positiv. Das heißt aber noch lange nicht, dass man sich mit uns solidarisiert oder uns irgendwie unterstützt. Es gibt aber mittlerweile einige Leute aus Wunsiedel, vor allem Jugendliche, die auch aktiv was tun, aber das sind absolute Ausnahmeerscheinungen.

Die Stadtverantwortlichen verweigern jede Zusammenarbeit, zwischenzeitlich sind wir bestenfalls zähneknirschend geduldet. Die Verbotsbegründungen unserer bisherigen Veranstaltungen stützten sich immer auf unsere angebliche notorische Gewaltbereitschaft. Da wir es aber bisher versäumt haben, die Stadt in Schutt und Asche zu legen, was man wohl ausdrücklich von uns erwartet hat, wird es natürlich immer schwieriger, uns von der Straße zu jagen. Der Abschied von dem Konstrukt "Wunsiedel – ein zweites Genua?" fällt einigen Verantwortlichen nicht leicht. Und fünf Fahnen der DKP vor dem Wunsiedler Rathaus sind offensichtlich ein größeres Problem als fünfzig von der NPD während des Umtriebs.

Mit den Nazis solidarisiert man sich natürlich nicht, sie werden vor allem als Ärgernis für die Stadt wahrgenommen, Wunsiedel lebt ja vom Fremdenverkehr. Und wir gelten erst recht als Störenfriede, weil wir angeblich diejenigen sind, die Nazis und Presse anlocken. Demnach würden die Nazis vermutlich gar nicht erst marschieren, wenn sich nicht dauernd "die Kommunisten mit reindrängen würden", das hören wir dauernd.

Könnt Ihr uns bitte einen Einblick in eure Arbeit gegen den Heß-Märsche der letzten Jahren geben? Wie würdet ihr Erfolge bzw. Mißerfolge einschätzen?

2001 ging ja nach zehn Jahren Pause der Spuk wieder los. Die Stadt hat es natürlich verboten und unsere Gegenaktion auch. Wir haben 2001 und 2002 Kundgebungen und Demos organisiert. Wir haben von Anfang an versucht, nicht an den Wunsiedlern vorbeizumobilisieren. Vor allem wollten wir auch klarmachen, dass es hier nicht um das Prestige der Stadt geht, sondern um das grundsätzliche Problem, dass in Wunsiedel der zweithöchste Mann in der NSDAP öffentlich und mit juristischer Billigung abgefeiert wird, abgesehen von allem anderen, was noch dranhängt. Es hätte natürlich am Kräfteverhältnis grundsätzlich nichts geändert, wenn wir 50 oder 500 WunsiedlerInnen mehr auf die Straße gebracht hätten. Also gab es bei uns auch die Debatte, ob es den Aufwand lohnt, denn die Arbeit vor Ort ist wirklich sehr mühsam. Andererseits war uns wichtig klarzumachen, dass es keine befriedigende Protestform ist, wenn man die Rollos runtermacht und die Stadt verlässt. Das war seit 1988 das erklärte Konzept der Stadt. Uns geht es vor allem darum, auch die Hintergründe des Aufmarsches deutlich zu machen. Dass die Nazis hier marschieren, ist ja nur die Spitze des Eisbergs.

Wichtig war und ist uns vor allem die Jugendarbeit. Es gibt aktive Nazis in Wunsiedel, und da muss man klarstellen, was zu tun ist, und dass es eine Gegenbewegung geben muss. Die antifaschistische Jugendarbeit hier fängt bei Null an.

Kommen wir zu Wunsiedel 2004: Wie sieht Euer diesjähriges Konzept aus, was ist geplant, wozu ruft Ihr auf?

Wir wollten dieses Jahr nicht noch mal zu einer Demo mobilisieren, bei der bestenfalls 300 Leute um fünf Häuserblocks latschen. Wir werden am 21. August in der Innenstadt von Wunsiedel ein Programm mit guter Information anbieten. Geplant ist eine Podiumsdiskussion zum Thema "Opfer werden zu Tätern – Täter werden zu Opfern". Es geht dabei schwerpunktmäßig um Revisionismus, Geschichtsaufarbeitung in den Medien, Gedenkstättengesetz usw.. Dazu gibt es ein Videozelt, Redebeiträge zu verschiedenen Themen, Infotische usw.. Mitte Juli veranstalten wir in Wunsiedel einen Infotag, der sich vorwiegend an die jüngeren Leute richten soll. Schwerpunkt sind Strukturen, politische Ziele und Arbeitsweisen der Nazis, aber wir werden das nicht isoliert im Raum stehen lassen.

Leider ist ja mittelfristig nicht damit zu rechnen, dass der jährliche Nazi-Spuk in Wunsiedel vorbei geht. Wie ließe sich eurer Meinung nach langfristig breiterer Widerstand organisieren? Bei Kundgebungen kann es ja nicht stehen bleiben...

Es wird nicht der Widerstand auf der Straße sein, der zu einem Verbot des Heß-Marsches führen wird. Wenn die Antikriegsbewegung oder der Protest gegen Sozialabbau zehnmal soviel Leute auf die Beine gestellt hätten, es hätte nichts geändert. Aber wir werden die Märsche nutzen, um die antifaschistische Arbeit in der Region auszubauen und zu vernetzen.

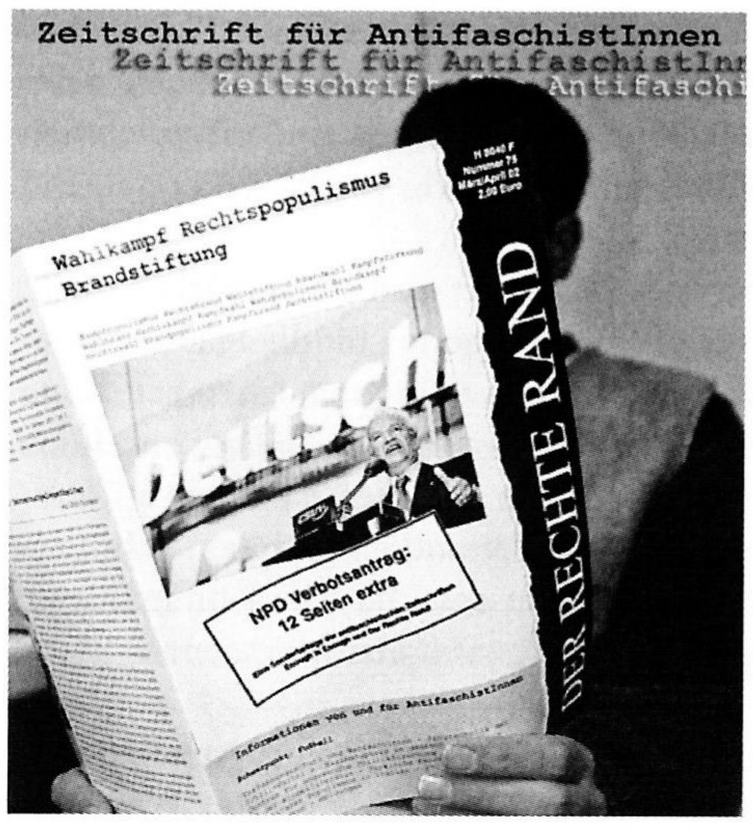
Für 2005 haben wir eine internationale Konferenz geplant, mit Demo, aber das geht nicht ohne breite gemeinsame Vorbereitung.

Letzte Frage: Wo/wie können sich interessierte Menschen über aktuelle Entwicklungen zum 21. August auf dem Laufenden halten?

Eine Webseite der Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen!" ist in Arbeit, und wir werden auch in den anderen linken Webseiten über den Stand der Dinge informieren. Im Moment ist ja noch einiges in Vorbereitung.

Wir danken Dir für dieses Interview und wünschen euch bei eurer Arbeit viel Erfolg.

Anzeige



DER RECHTE RAND

Informationen
über Faschisten
in Bomberjacken
und Nadelstreifen

Der Rechte Rand
Postfach 1324
30013 Hannover
www.der-rechte-rand.de

DRR
Informationen von und
für AntifaschistInnen

Karin Lenzdorf und Katja Jarminowski als Demoleitung

Von Jan Spreuk

Die Stellvertreterinnen

Katja Jarminowski und Karin Lenzdorf

"Kamerad" **Siegfried Borchardt** bekam von der Neonazi-Kampagne gegen die Wehrmachtsausstellung in Dortmund nicht viel mit. Ein paar Tage nach der ersten Demo am 20. September 2003 fuhr er ein. Statt auf Dortmunds Straßen zu marschieren, blieb ihm nur der Hofgang in der JVA Bielefeld. Und so bekam er auch nur aus der Ferne mit, dass **Thomas Wulff** wie **Christian Worch** - sonst in der Beurteilung der Lage selten einer Meinung - Komplimente an die Organisatoren der Kampagne verteilten - in diesem Falle an Organisatorinnen. Da schloss sich denn auch der Obermacho der Dortmunder Neonazis anerkennend an: "Die fast wöchentlichen Standkundgebungen und die Abschlussdemo gegen die Anti-Wehrmachtsausstellung haben alle Erwartungen übertroffen und waren ein voller Erfolg." Die gute Organisation habe man "hauptsächlich unseren weiblichen Kameraden zu verdanken. Grüße und Küsse an Karin, Katja, Danni, Ute, Britta, Sandra, Sabine, Ines, Jvonne, Wendy, Heike und an die vielen anderen Mädels, die dazu beigetragen haben."

"Karin" und "Katja", die er an erster Stelle nannte, sind **Karin Lenzdorf** und **Katja Jarminowski**. Jahrelang hatten sie dem braunen Chauvi von der Mallinckrodtstraße zugearbeitet. Hatten den roten Kameradschafts-Bulli gesteuert, weil Borchardt keinen Führerschein hat, hatten Demos angemeldet, weil der Ex-FAP-Vize schon allein durch seine Unterschrift womöglich einen Verbotsgrund geliefert hätte, hatten im Kameradenkreis schlichten und ausgleichen müssen, wo der schroffe Alte polarisierte. Letzteres hatte jedoch seine Grenzen, wenn die Gegensätze gar zu unversöhnlich war, wenn "SS-Siggi" beispielsweise meinte, der Ex-Kamerad **Michael Kratz** müsse wegen seiner Unbotmäßigkeit mit einer Tracht Prügel bestraft werden.

Doch nun war Borchardt erst einmal aus dem Verkehr gezogen. 13 Monate Haft hat er bis Oktober 2004 abzusitzen. Jarminowski und Lenzdorf bestanden ihre Feuertaufe, als sie die Demos gegen die Wehrmachtsausstellung auf die Beine stellten. Und auch in der Folge blieb die Dortmunder "Kameradschaft" aktiv. Mehr oder weniger spontane Aufzüge gegen das Berliner Landser-Urteil oder gegen die Liquidierung des Hamas-Chefs Scheich Jassin gehörten ebenso zu den Aktivitäten wie die Gegenaktionen gegen eine antifaschistische Demonstration vor dem Szeneladen "Buy or Die". Anfang Juni organisierten beide eine Demo gegen eine Infoveranstaltung über Symbole, Codes und Lifestyle der extremen Rechten. Vorläufiger Höhepunkt ihrer Demonstrationsaktivitäten war am 19. Juni der Aufmarsch gegen den Moscheebau im Stadtteil Hörde, als Jarminowski und Lenzdorf an der Spitze von rund 320 KameradInnen durch den Stadtteil im Dortmunder Süden zogen.

Und auch überregional war die "Kameradschaft Dortmund" unter der Regie von Borchardts Stellvertreterinnen aktiv. Borchardt bilanzierte, dass trotz seiner "Gesinnungshaft" die regionale Unterstützung der politischen Arbeit bundes- und europaweit "in keiner Weise gelitten hat".

Inzwischen ist der Rat von Jarminowski auch in der Nachbarschaft gefragt. Als beispielsweise Hammer Neonazis im Januar bei einer Kundgebung vor dem Hauptbahnhof "Antifa verbieten - Widerstand jetzt" forderten, war sie nicht nur als Ordnerin mit von der Partie, sondern häufig auch Ansprechpartnerin ihrer jungen Kameraden aus der Nachbarstadt, wenn es heikel zu werden drohte.

Lenzdorf kann man als eine der AutorInnen eines Aufrufs "An alle Kameraden und Sympathisanten des freien nationalen Widerstandes Dortmund / Hamm und Umgebung" vermuten, mit der Mitte Mai vor der "Ex-Kameradin" **Ute Korte** gewarnt wurde. Die habe, so schrieben "Karin + Dommi", also Lenzdorf und ihr Weggefährte **Erich Dombrowski**, laut eigener Aussage Kontakt zum Bundesamt für Verfassungsschutz. Es könne "unter Umständen sein, dass sie den VS mit erfundenen Informationen versorgt". Außerdem sei "davon auszugehen, dass der VS sie und vielleicht andere Personen als 'Agent-Provokateur' einsetzen will".

Dortmund kann derzeit als eine der ganz wenigen Neonazi-Szenen in der Bundesrepublik gelten, in der Frauen Regie zu führen scheinen. "Falls diese ‚gefährliche' Entwicklung so weiter voranschreitet", schrieb Borchardt, "werden wir wohl die erste politische Kraft in unserem Raum sein, die eine ‚Männerquote' einführen muss." Doch so ernst gemeint ist das nicht. Wann immer er der Meinung ist, dass es politisch brisant wird, gibt er auch aus dem Knast heraus selbst den Ton an. Anfang Juni beispielsweise verfasste er eine "Stellungnahme des nationalen Widerstandes Dortmund zur Europawahl". Mehr als Stellvertreterinnen sollen Jarminowski und Lenzdorf denn doch nicht sein.

Neonazismus im Raum Hamm / Westfalen

Von AntifaschistInnen aus Hamm

Eine regionale Neonazi-Szene im Aufbruch

Neonazismus im Raum Hamm/Westfalen

Im westfälischen Hamm hat sich in den letzten Jahren eine umtriebige Neonazi-Szene etabliert, die aktuell mit der "Kameradschaft Hamm" (KSH) über eine äußerst aktive Gruppe verfügt. Mit zwei Demonstrationen und einer Kundgebung trat sie an die Öffentlichkeit. Außerdem sind seit einigen Monaten massive Übergriffe zu beobachten.

Zu Beginn der 90er Jahre, als bundesweit die extreme Rechte einen deutlichen Aufschwung erlebte, waren es neben den "Republikanern" – die in den Stadtrat einzogen und bundesweit mit ihrem rassistischen Pamphlet "Hammer Report" auf sich aufmerksam machten – insbesondere AktivistInnen der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF), die am Rande des Ruhrgebiets versuchten, Kräfte zu bündeln. Grüppchen von rechten Skinheads begannen, in Teilen der Stadt das Straßenbild zu dominieren und rapide zu wachsen. Gewalt gehörte dazu: 1993 griff kurz vor Weihnachten eine Gruppe von Neonazis die Asylunterkunft "Klosterstübchen" an der Ostenallee an und warf die Scheiben ein. Am 14. März 1994 trat ein 17-jähriger Neonazi einen Obdachlosen beinahe tot. Ein knappes halbes Jahr später wurde ein 16-jähriger Vietnamese von zwei rechten Skinheads angegriffen und trug schwere Kopfverletzungen davon; die Täter konnten unerkannt entkommen. Einen Monat zuvor, im Juli 1994, fand im Freibad in Hamm-Werries – der Stadtteil war/ist damals wie heute ein Schwerpunkt der lokalen extremen Rechten - eine regelrechte Hetzjagd statt. 20 bis 25 rechte Skinheads jagten - rassistische Parolen grölend - türkische Migranten über das Gelände.

Die Hammer Polizei reagierte auf ihre ganz eigene Art und Weise und machte mit zwei rassistischen Vorfällen bundesweit Schlagzeilen. Zuerst wurde im Dezember 1994 einer Schwarzen auf dem Polizeirevier ein Hundefanggerät über den Kopf gestülpt und sie stundenlang gedemütigt. Einige Wochen später wurde ein 34-jähriger Türke ebenfalls auf einem Revier von Polizeibeamten verprügelt, dem Mann wurden beide Augenbögen, das linke Jochbein und die mittlere Augenhöhlenwand gebrochen.

Auf und nieder der lokalen Szene

Die zahlenmäßig relativ große Neonazi-Szene verschwand in Hamm Mitte der 90er Jahre zunächst einmal

wieder von der Bildfläche, was u.a. auf eine erfolgreiche antifaschistische Arbeit zurückzuführen ist. Nur zum Teil waren die örtlichen "Kameraden" in jenen Jahren in feste Strukturen eingebunden. Man traf einander zwar auch weiterhin immer wieder in der Öffentlichkeit, die Szene in Hamm reduzierte sich aber auf einen harten Kern, der zudem größtenteils unorganisiert zu sein schien.

Spätestens ab 1998 erlebte die örtliche Neonazi-Szene wieder einen Aufschwung. Hammer Neonazis tauchten vermehrt auf Aufmärschen in NRW auf und knüpften Kontakte. Zwar gehörten sie vorerst nur zum Demo-Fußvolk - in ihrer Heimatstadt aber gaben sie sich schnell wieder selbstbewusster. Bei verschiedenen Veranstaltungen traten sie offensiv in die Öffentlichkeit. So wuchs die Zahl der sich offen extrem rechts gebenden Zuschauer beim Eishockeyclub "Hammer Huskies" rasch an. Die örtliche Neonazi-Szene hatte aber noch eher den Charakter eines Freundeskreises. Aus diesem Umfeld entstand dann spätestens ab 1999 eine lebendige RechtsRock-Szene, mit der Band "Reinheitsgebot" als ihrem bekanntesten Exponenten. Ihre zweite CD "Scheint ihr noch zu glauben", im April 1999 auf dem eigenen Label "ham.records" veröffentlicht, wurde gar im lokalen "Saturn-Markt" vertrieben und erst nach mehrmaligen antifaschistischen Interventionen aus dem Programm genommen.[1] Die ebenfalls in Hamm ansässigen Bands "Heil-Kroiter" und "Stahlhelm" kamen hingegen über einen Proberaum-Status nicht hinaus. "Stahlhelm" bot aber über mehrere Monate hinweg auf einer eigenen Homepage zahlreiche MP3-Tracks zum Download an, was wohl auch ausgiebig genutzt wurde. Außerdem bestanden schon früh enge Kontakte zwischen der Hammer Szene und der Bands "Oidoxie" um **Marko Gottschalk** aus Dortmund-Brechten sowie "Weisse Wölfe" aus dem hochsauerländischen Neheim-Hüsten, beides eine halbe Autostunde von Hamm entfernt. Auch zum "Oidoxie"- und "Weisse Wölfe"-Bassisten **Dennis Linsenbarth** aus dem nahen Werne hat die Hammer Szene enge Kontakte.

Bei öffentlichen Großereignissen wie Rosenmontag, der Kirmes "Stunikenmarkt" oder dem ebenfalls jährlich stattfindenden Feuerwerk im Maximilianpark in Hamm-Werries kam es in den folgenden Jahren regelmäßig zu Zwischenfällen mit rechtem Hintergrund. Sowohl im August 1999 als auch 2000 zogen Neonazis durch den Park, pöbelten alternative Jugendliche an und zeigten den Hitlergruß. Ähnliches hatte sich bereits 1998 ereignet, worauf einige der Beteiligten, u.a. Mitglieder von "Reinheitsgebot", zu Geldstrafen verurteilt wurden. Beim "Kurparkfest" versammelten sich im Sommer 2000 rund 60 neonazistische Skins aus Hamm und Umgebung, die restlichen BesucherInnen störten sich an deren lautstarkem Auftreten fast durchweg überhaupt nicht. Aber nicht nur bei solchen "Festlichkeiten" nahmen die Rechten immer mehr die Straße für sich in Beschlag, auch in der Innenstadt prägten neonazistische Skinheads immer mehr das Straßenbild. Am 15. August 1999 attackierten mehrere von ihnen wahllos PassantInnen und grölten neonazistische Parolen; die Polizei erklärte, solche "kleineren Zwischenfälle" würden sich regelmäßig in Hamm ereignen. Bis heute ist das aggressive Auftreten von mal kleineren, mal größeren Neonazi-Gruppen die Regel in Hamm, wobei die örtlichen Neonazis seit dem Jahr 2000 auch in Dortmund und im Hammer Umland auffällig werden. Bei der Razzia in einer Neonazi-Wohnung in Dortmund-Brechten wurden auch Hammer Neonazis angetroffen und auch an der Schändung eines jüdischen Friedhofes im brandenburgischen Perleberg waren sie beteiligt.[2] Der vorläufige Höhepunkt der Übergriffe und Propagandadelikte wurde dann im Winter 2001 erreicht, als es in der Nacht vom 4. zum 5. Februar zu einem rassistischen Übergriff in der "Dorfeiche" kam. An der Schlägerei in der Kneipe, die sich neben dem "Senftöpfchen" an der Südstraße zu einem häufigen Treffpunkt der Neonazis entwickelt hatte, waren auch Personen aus dem Sauerland beteiligt.[3] Am 9. März war bereits ein weiterer Großeinsatz der Polizei nötig: Hammer Neonazis waren nach einem Spiel der Hammer "Huskies" in eine Schlägerei verwickelt, in deren Verlauf auch mal wieder dem toten "Führer" gehuldigt und "Sieg Heil" gegrölt wurde. Drei von ihnen wurden festgenommen. Die sonst in Bezug auf rechte Umtriebe so verschwiegene Lokalmonopolist "Westfälischer Anzeiger" begann nun doch, sich über eine scheinbar doch vorhandene Naziszene Sorgen zu machen.[4]

Die lokale Neonazi-Szene stagnierte in der Folgezeit und trat öffentlich zunächst nicht mehr so stark in Erscheinung. Hinzu kam eine erfolgreiche antifaschistische Kampagne gegen den Szene-Laden "Outfit-Store". Dieser Shop bot nicht nur der rechten Skinhead-Ästhetik angelehnte Kleidung an, sondern wurde im Laufe seiner Existenz auch zum wichtigen Anlauf- und Rekrutierungspunkt der örtlichen "Kameraden". Die meisten Angestellten waren nicht nur deutlich der Neonazi-Szene zuzurechnen, sondern boten auf Nachfrage unter dem Ladentisch auch "alles von den Helden von damals" an - von CDs bis zu verschiedenen Devotionalien. Im Hinterzimmer traf man sich zu geselligen Runden und band den zahlreich geworbenen Nachwuchs mit dort stattfindenden Liederabenden auch sozial ein. Als der Shop, dessen Besitzer **Werner Kahl** aus Kassel auch in Kamen und in Hessen Läden betrieb, durch die Kampagne in der bürgerlichen Öffentlichkeit Hamms in ein zweifelhaftes Licht geriet, blieben nicht nur die unpolitischen, jugendlichen Käufer aus, sondern der Besitzer versuchte auch eilig, sein schlechtes Image loszuwerden. Die VerkäuferInnen wurden nach und nach ausgetauscht und der "Outfit-Store" verlor langsam seine Funktion als Treffpunkt. Das Angebot blieb unterdessen dasselbe, bis der Laden aus Rentabilitätsgründen schließen musste.

Zunehmende Organisierung

Die Szene befand sich in einem Umbruch. Dabei war u.a. **Lisa Sagrudny** behilflich, die aus offenbar privaten Gründen von Köln nach Hamm zog. Im Rheinland hatte sie bereits den "Bund heimattreuer Frauen" (BhF, vgl. Schwerpunkt LOTTA Nr. 8, Frühjahr 2002) aufgebaut und kümmerte sich um die Homepage der Kölner "Kameradschaft Walter Spangenberg". Mit engen Kontakten zum

"Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) wurde in Hamm die "Kameradschaft Paul Hausser" gegründet, die sich mit ihrem Namen auf einen hohen Kader von Reichswehr und SS berief. Für Hamm stellte dieser Organisationsversuch ein Novum dar. Die neue "Kameradschaft" war aber zunächst einmal mit sich selber beschäftigt und trat in der Stadt kaum in Erscheinung. Sie bestand auch maximal aus einer Handvoll AktivistInnen. Es reichte für nicht viel mehr, als zu einem Flugblattabwurf von einem Parkdeck in der Innenstadt, womit für den "Rudolf-Heß-Marsch" in Wunsiedel geworben wurde. Außerdem war die Gruppe an der Organisation eines KDS-Aufmarsches am 1. Juni 2002 in Köln beteiligt. Weiterhin besuchten die Neonazis aus Hamm verschiedene Demos, ohne aber dort sichtbar als Hammer "Kameradschaft" aufzutreten. Nach 2002 war von der "KS Paul Hausser" nichts mehr zu hören, eines ihrer Mitglieder erlitt zudem bei einem Autounfall schwere Verletzungen und schied für längere Zeit aus. Ob Mitglieder der ehemaligen "KS Paul Hausser" Teil der heutigen "Kameradschaft Hamm" (KSH) sind, ist unbekannt, jedoch eher unwahrscheinlich.

Seit 2003 erscheint im gesamten Bundesgebiet die "Kameradschaft Hamm" auf Aufmärschen. Den eigenen Bekanntheitsgrad innerhalb der überregionalen Neonazi-Szene konnte man so deutlich steigern. In der Hammer Szene selbst löste man geradezu Euphorie und eine Aufbruchstimmung aus. Zahlreiche weitere kleinere Gruppen gründeten sich. Auch in benachbarten Orten traten ungefähr zeitgleich neonazistische Gruppierungen an die Öffentlichkeit, wie z.B. die "Beckumer Nationalisten". Diese Zusammenschlüsse hatten meist nur eine kurze Lebensdauer und sind mittlerweile alle nicht mehr existent, teilweise gingen sie auch in der "Kameradschaft Hamm" auf. Weiter selbstständig agiert hingegen der NPD-nahe "Nationale Widerstand Hamm", eine One-man-show von **Florian Deventer**, der in Drensteinfurt wohnt und in den Jahren 2001 und 2002 mehrmals als Redner auf Demonstrationen auftrat, so in Bottrop und in Soest. Zwischen Deventer und der KS Hamm besteht ein angespanntes, gar feindliches Verhältnis. So distanzierte sich der sich nationalrevolutionär gebende NW Hamm sogar ausdrücklich von Aktionen der hitleristischen "Kameradschaft Hamm". Deventers Bedeutung in Hamm ist allerdings nur marginal, seine Aktivitäten beschränken sich auf das Betreiben einer Website und das Verschicken von Presseerklärungen.

Redner auf Aumärschen: Florian Deventer

Mit guten Kontakten ins Ruhrgebiet: "Didi" Surmann (r.), hier mit "Siggi" Borchardt

Bei der Entwicklung in Hamm auffällig ist das äußerst junge Durchschnittsalter der AktivistInnen, die die altbekannten Gesichter aus früheren Jahren beinahe völlig ersetzt haben. Als einer der wenigen Konstanten ist **"Didi" Surmann** zu nennen, der in der "Kameradschaft Hamm" eine Schlüsselposition innezuhaben scheint und auch häufig mit AktivistInnen der "Kameradschaft Dortmund" gesichtet wird. Über ihn laufen viele Kontakte, was nicht weiter verwundert, arbeitet er doch im Dortmunder Szeneladen "Buy oder Die". Auch in den ostwestfälischen Raum hinein hat die "Kameradschaften Hamm" bestehen Verbindungen, so verstehen sich beispielsweise auch Neonazis aus dem östlich von Hamm und Beckum gelegenen Oelde als Teil der "Kameradschaft Hamm", so z.B. **Oliver Rademacher**, der auf kaum einem Aufmarsch fehlt.

Politische Aktionen vor Ort und selbstbewusstes Auftreten

Zur ersten neonazistischen Demonstration in Hamm rief die "Kameradschaft Hamm" am 14. Juni 2003 auf. 190 KameradInnen kamen. Im Vorfeld hatten sich Stadt und Polizei in allgemeiner Beruhigung versucht: Maximal 80 Neonazis würden im Stadtteil Bockum-Hövel aufmarschieren. An die BürgerInnen ging der Appell, sowohl Neonazi- als auch Antifa-Demonstration zu ignorieren und entlang der Neonazi-Route die Jalousien herunterzulassen. Zusätzlich ließ die Stadt zahlreiche braune Mülleimer entlang der Route als Zeichen des "Protestes" aufstellen.

Rund 25 Neonazis gaben sich bei der Demonstration durch Aufdrucke auf ihren "T-Hemden" als Mitglieder der "Kameradschaft Hamm" zu erkennen - was auch realistisch ihre Zahlenstärke wiederspiegelte. Als Anmelder des Aufmarsches unter dem Motto "Gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau" fungierte **Kevin Winker**. Als Redner traten ein heimischer **"Kamerad Marco".** die obligatorischen Neonazi-Kader **Christian Worch** (Hamburg) und **Hartmut Wostupatsch** (Würzburg) sowie Dauerredner **Axel Reitz** (Köln) auf. Auch einige Anhänger des NPD-Spektrums ließen sich blicken. Zudem zahlten sich die guten Kontakte der "Kameradschaft Hamm" zur neonazistischen Szene in den Niederlanden aus. So reisten reichlich "Kameraden" aus den Niederlanden an, von denen einzelne sogar in der ersten Reihe des Aufmarsches mitlaufen durften.

In den folgenden Monaten festigte sich die Neonazi-Szene weiter. Es entwickelte sich rasch ein großes jugendliches Umfeld, das aber mehr durch einen rechten Lifestyle auffällt als durch gefestigtes faschistisches Gedankengut. Diese Jugendlichen machten Punkern, Skatern und anderen alternativen Jugendlichen das Leben schwer. Viele von ihnen wurden nach und nach in die Szene eingebunden, wozu auch die gemeinsamen Fahrten zu Demonstrationen beitrugen. Kontinuierlich wurden neue Jugendliche über Trinkgelage und die Faszination einer vermeintlichen "Herrschaft über die Straße" an die Szene herangeführt. Gerade im Sommer 2003 waren Gruppen von bis zu 30 rechten Skinheads in der Fußgängerzone anzu-

Die "Kameradschaft Hamm" am 27. März 2004 in Hamburg

treffen, am Rosenmontag zuvor waren knapp 20 Jugendliche komplett 'verkleidet' in der Stadt erschienen und mit SS-Runen auf der Wange, mit wehender Reichskriegsflagge und "Hier marschiert der nationale Widerstand" grölend durch die Straßen marschiert.

Schon Monate vorher kündigten die Hammer "Kameraden" dann für den 17. Januar 2004 unter dem Motto "Freiheit für Palästina" eine weitere Demo an, die fleißig beworben wurde, nicht zuletzt über eine ständige Präsenz auf Aufmärschen in anderen Regionen. Kaum ein Aufmarsch des "Nationalen Widerstandes", auf der nicht wenigstens eine Handvoll Aktivisten der "Kameradschaft Hamm" erschien und ihr Transparent spazieren führte.

In Hamm ging unterdessen das Jugendzentrum Werries nach und nach in rechte Hand über, im "Schillereck" am Alten Uentroper Weg im selben Stadtteil traf sich unterdessen vermehrt die ältere Generation der "Kameradschaft Hamm".

Die Aufbruchstimmung und das Selbstbewusstsein der örtlichen Szene spiegelt recht eindrucksvoll ein Vorfall am 15. Januar 2004 wieder, der in völliger Überschätzung der eigenen Kräfte gänzlich außer Kontrolle geriet. 15 bis 20 Neonazis, unter ihnen mit **Dustin Guske**, **David ("Walze") Nastalie**, den Brüdern **Dennis** und **Jens Möller** und **Markus Nikolaus** auch einige der Möchtegernführer bzw. Stammaktivisten der "Kameradschaft Hamm", tauchten mit Teleskopschlagstock und Transparent ausgerüstet bei einer Informationsveranstaltung der Antifa Hamm auf, offenbar um diese anzugreifen bzw. zu verhindern, zumindest aber massiv zu stören. Offenbar glaubte man fest an die unangefochtene Vormachtstellung auf der Straße und hatte mit keinerlei Gegenwehr gerechnet. Ergebnis: Panikartige Flucht und nicht unerhebliche Kollateralschäden in den eigenen Reihen.

Der Aufmarsch der KS Hamm zwei Tage später war dann mit 200 TeilnehmerInnen nicht ganz so gut besucht wie erwartet, was nicht nur am Dauerregen und an der zeitgleich im hessischen Gladenbach stattfindenden Solidaritätsdemonstration für die verurteilte Neonazi-Band "Landser" gelegen hat, sondern auch an fehlender Unterstützung durch die NPD. Dafür hatten sich einmal mehr die neonazistische Prominenz um Worch sowie der KDS und niederländische Neonazis eingefunden und auch die Dortmunder "Freien" halfen fleißig bei der Vorbereitung und Durchführung. Als Redner traten **Phillip Hasselbach** (KDS Essen), **Ivonne Mädel** (Thüringen), **Gerd Ittner** (Nürnberg) sowie die obligatorischen Christian Worch und Hartmut Wostupatsch in Erscheinung. Als Anmelder trat mit dem früheren Neubeckumer Dustin Guske ein Miglied der "Kameradschaft Hamm" in Erscheinung. Guske lässt auch ansonsten kaum eine Demonstration aus, häufig halbvermummt mit Palästinenser-Tuch.

Auf der Demonstration kündigte die sich mittlerweile offen als nationalsozialistisch bezeichnende Hammer "Kameradschaft" wegen der Vorfälle rund um die antifaschistische Informationsveranstaltung für Mittwoch, den 21. Januar, eine Kundgebung unter dem Motto "Antifa verbieten" am Hauptbahnhof an. Zu dieser erschienen trotz kurzfristiger Mobilisierung immerhin 80 Personen, die meisten aus Hamm und dem östlichen Ruhrgebiet. Am Mikrophon wüteten Phillip Hasselbach, Axel Reitz, ein "**Kamerad Hörder**" aus Dortmund sowie erstmalig der erst 17-jährige KSH-Aktivist **Sascha Krolzig** gegen "Abschaum", "Untermenschen" und "Ungeziefer" von der Antifa.

Waren neonazistische Pöbeleien und Übergriffe in Hamm immer schon an der Tagesordnung, so nahmen diese nun völlig neue Ausmaße an. Am 21. Januar wurde das Haus einer unbeteiligten Person, die die Neonazis für den Inhaber der Domain der Antifa Hamm hielten, mit Farbbeuteln beworfen und der Spruch "Anti-Antifa! Wir kriegen euch alle!" an die Hauswand gesprüht. Eine Woche später wurden die Scheiben des Jugendzentrums Südstraße eingeworfen,

Die "Kameradschaft Hamm gegen Massenarbeitslosigkiet und Sozialabbau"

scheinbar weil man hier den Treffpunkt der Antifa vermutete. In der Stadt liefen in den folgenden Wochen kleine Neonazi-Grüppchen regelrecht Patrouille, einige linke Jugendliche konnten meist nur knapp entkommen, u.a. auch am 25. und 26. Februar, als Neonazis teils motorisiert Linke durch die Straßen hetzen. Am 2. Februar schlugen drei Neonazis einen jungen Punker mit Teleskopschlagstöcken krankenhausreif. Eine weitere Steigerung brachte der 22. Februar, als Nazis erst mit ihrem Auto versuchten, AntifaschistInnen von der Straße zu drängen und kurz darauf aus dem fahrenden Auto mit einer Schusswaffe auf diese zielten. Der Fahrer des bedrängten Autos lenkte daraufhin seinen Pkw vor Schreck in den Straßengraben. Die Polizei behauptete auch nach diesem erneuten Vorfall, es gebe in Hamm keine organisierte Naziszene, und im "Westfälischen Anzeiger" wurde der politische Hintergrund der Tat gar komplett verschwiegen. Am darauffolgenden Rosenmontag, dem 23. Februar, attackierten erneut Neonazis, unter ihnen einmal mehr David Nastalie, antifaschistische Jugendliche.

Für eine kurze Zeit war eine Internetseite der "Red Watch Hamm/Anti-Antifa" online, auf der wahllos die Namen von vermeintlichen Linken aus Hamm veröffentlicht wurden. Der Internetauftritt musste mehrmals den Anbieter wechseln und ist inzwischen scheinbar komplett offline.

Bei öffentlichen Festivitäten trifft sich die "Kameradschaft Hamm" mittlerweile auch ungestört auf dem Alten Schützenplatz in Werries, ebenso wie die "Freie Kameradschaft Berge", die sich nach einem. Hammer Stadtteil benannt hat. Es handelt sich hier um eine sehr junge "Kameradschaft", deren Mitglieder oftmals der Gabberszene entstammen. Als Gruppe ist die "FK Berge" bisher aber weder in "ihrem" Stadtteil, noch sonst irgendwo nennenswert in Erscheinung gereten.

Bei besagten Festlichkeiten auf dem Alten Schützenplatz sind oftmals auch die "Supporters Hamm" anwesend, ein Fanclub des lokalen Fußballteams "Hammer Spielvereinigung". Die" Supporters" geben sich explizit unpolitisch, bezeichnen gleichzeitig aber die beiden Hammer "Kameradschaften" als befreundete Gruppen. Sie können als klassisches Rekrutierungsfeld im vorpolitischen Raum gewertet werden, zumal zentrale Rollen bei den "Supporters" mit bekennenden Nationalsozialisten besetzt sind.

Am Abend des 23. April fand auf besagtem Platz eine Grillparty der besagten Gruppe statt, in dessen Verlauf es zu handfesten Auseinandersetzungen mit jugendlichen Migranten und Verletzten auf beiden Seiten kam.

Inzwischen spricht die Polizei zwar doch von einem "Naziproblem", das sie aber im Griff habe. Dass dies mit der Realität nichts zu tun hat, bedarf wohl keiner weiteren Veranschaulichung.

Ausblick

Zwischenzeitlich hat sich die Situation in Hamm wieder etwas entspannt. Das Kapitel "Kameradschaft Hamm" aber dürfte regionale AntifaschistInnen noch längere Zeit beschäftigen. Die Gruppe gibt sich weiterhin umtriebig und war erst kürzlich wieder bei dem Aufmarsch in Dortmund-Hörde (*siehe Seite 37*) anzutreffen.

Die "Kameradschaft Hamm", überhaupt die neonazistische Szene in der Region Hamm, glänzt sicherlich nicht durch ausgefeilte politische Strategien, gar durch besonders intelligente und erfahrene Köpfe, dennoch bleibt sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr, nicht zuletzt durch ihr zahlenmäßig großes Umfeld, durch Unterstützung von erfahreneren auswärtigen Neonazi-Strukturen und durch eine hohe Gewaltbereitschaft. Ihr die Möglichkeit zu nehmen, sich weiterhin relativ ungestört auszutoben, muss die Aufgabe von AntifaschistInnen in nächster Zeit sein.

[1] "Reinheitsgebot" löste sich nach ihrem letzten Auftrittsversuch bei einem Nachwuchswettbewerb Ende 2000 in Kamen auf. Einige ehemalige Bandmitglieder haben sich angeblich von ihrer rechten Vergangenheit losgesagt und spielen nun als "Außer Kontrolle" weiter, einer nicht ganz unzweifelhaften Band, die allerdings auf einem "Rock für Toleranz" der SPD Unna-Massen im Februar 2001auftrat.

[2] Zahlreiche weitere Fälle sind auf der Website der Antifa Hamm im Archiv dokumentiert: www.antifa-hamm.de

[3] Die Kneipe "Dorfeiche" ist mittlerweile geschlossen, das "Senftöpfchen" wird von den Neonazis kaum noch frequentiert.

[4] Siehe WA-Bericht "Naziparolen nach Eishockeyschlager" vom 12.03.2001

Anzeige

Damals, als noch alles gut war... Christian Worch und Thomas "Steiner" Wulff

Von Tomas Sager

Von "Schwätzern" und "nützlichen Idioten"

Strömungskämpfe bei den "Freien Kameradschaften"

Christian Worch weiß um den Ruf, der ihm vorauseilt: "Mit meiner bekannten und bewährten Arroganz" und "von oben herab" ließ er seine Kameraden wissen, wie die Differenzen zwischen ihm, seinem einstigen Hamburger Intimus **Thomas "Steiner" Wulff** und dem NPD-Parteichef zu erklären wären: "Eines der Probleme ist möglicherweise, dass sowohl **Udo Voigt** als auch Thomas Wulff zwar strategisch denken können, aber dass keiner von beiden und auch beide zusammen es nicht so gut können wie ich. Also was jetzt? Soll ich mich dem Primat von Männern unterordnen, die in der Hinsicht zwar gut sind, aber nicht so gut wie ich?!"

Sichtbar wurde das Zerwürfnis zwischen dem Worch-Gefolge auf der einen Seite sowie Wulff-Getreuen und NPD auf der anderen Seite erneut am 1. Mai. Während Worch gemeinsam mit **Lars Käppler** von der "Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) und einigen NPD-Abtrünnigen wie **Jens Pakleppa** nach Leipzig rief, organisierten das "Aktionsbüro Norddeutschland" rund um Wulff und die NPD ihren "Tag der deutschen Arbeit" in Berlin. Knapp 200 Organisationen führten die "Berliner" auf ihrer Homepage als Unterstützer auf - zum großen Teil zwar Parteigliederungen, aber auch viele "Freie", aus NRW zum Beispiel der "Wattenscheider Widerstand", der "Nationale Widerstand Münsterland", der "Leverkusener Aufbruch", die "Aktionsgruppe Duisburg", das "NIT Rheinland", "Freie Nationalisten Ostwestfalen-Lippe", der "Widerstand Hochsauerland", der "Warendorfer Widerstand", die "Freie Kameradschaft Herford", das "Förderturm"-Magazin, und die "Kameradschaft Aachener Land". Die Leipziger Organisatoren hatten auf eine ähnliche Unterstützerliste verzichtet - offiziell, weil man "nicht den unnützen Schmuck optischer ‚Stärke'" benötige, "der ohnehin nur auf dem Papier Bestand hat", tatsächlich aber auch, weil man auf diesem Feld wohl kaum mit NPD und "Aktionsbüro Nord" hätte mithalten können.

Dabei sind es nicht politisch-inhaltliche Fragen, die "Berliner" und "Leipziger" trennten. Ob in Berlin nun "Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn!" das Motto war oder in Leipzig "Für Volksgemeinschaft & Sozialstaat!": Austauschbar wie die Überschriften sind die inhaltlichen Positionen beider Teile des Neonazi-Spektrums. Was Worch und Wulff tatsächlich trennt, ist die Strategie. Und das nicht zum ersten Mal in den letzten Jahren. Schon in der Diskussion über die Anonymität - vor allem im Internet - hatten sich ihre Wege getrennt, später auch in der Frage, wie oft man zu Demonstrationen aufrufen soll.

"Schwätzer und Selbstdarsteller" Christian Worch

"Schützt Personen und Arbeitsstrukturen im nationalen Widerstand durch Anonymisierung! Meidet jeden, der sich dieser Selbstverständlichkeit widersetzt!", hatte es Ende 2002 in einem Aufruf geheißen, den eine "Initiative gegen Schwätzer und Selbstdarsteller" veröffentlichte. Auf Internetseiten, per E-Mail, Rundfax und Telefon werde "eine Flut von Informationen (Klarnamen, Arbeitsstrukturen, Zusammenhänge)" verbreitet - ohne jede Not und zur Freude der Polizei und politischer Gegner: "Wir liefern Staat und Antifa den Strick, an dem sie uns aufhängen können!" Zwar tauchte sein Name in dem Text nicht auf - angesprochen fühlen durfte sich aber auch Worch. Der hatte nicht nur den ehemaligen niedersächsischen FAP-Aktivisten **Casjen Bayen** als Administrator der Homepage "die-kommenden" geoutet, sondern später beispielsweise darüber geplaudert, dass mit **Tobias Thiessen** einer der "Anonymen" eigene Kameraden gegenüber der Polizei belastet habe. Oder darüber, dass der Ex-"Einblick"-Macher **Norman Kempken** hinter der "Anti-Antifa Nürn-

berg" stecke. Die Warnung der "Initiative gegen Schwätzer und Selbstdarsteller" galt denn auch Worch: "Wer da immer noch ohne jede Not Personen und Arbeitsstrukturen offen legt und/oder nicht bereit ist, sie im ausreichenden Maße zu schützen, der handelt verantwortungslos und macht sich zum Helfer/Helfershelfer von Staat und Antifa!" Auch NRW-Neonazis bezogen in der Auseinandersetzung Position: Zu den Unterzeichnern des Aufrufs "Anonymität schützt Arbeitsstrukturen und Personen" gehörten zum Beispiel der "Widerstandwest", das "NIT Rheinland", "freie Kräfte aus dem Hochsauerlandkreis", **Bernd Stehmann** und **Christian Malcoci**.

Etwa zur gleichen Zeit entzündete sich eine Debatte über den Sinn und Unsinn von Demonstrationen zu allen möglichen Themen, beinah allwöchentlich und quer durch die Republik. Worch mochte von seinem Konzept nicht lassen: "Ich für meinen Teil halte - zumindest im Augenblick!!! - Demonstrationen für die wirksamste Waffe gegen Repression und fehlerhafte Politik." Zu seinen Kritikern zählte auch in dieser Diskussion das "Aktionsbüro Nord". Die Hamburger Riege rund um Thiessen schrieb Ende 2002 unter dem Titel "Zu wenig Demotermine?": "Bei verantwortungsbewussten Führungskameraden hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass ein Übermaß an Demonstrationen derzeitiger Prägung ein eher sinnloser Kräfteverschleiß ist."

Getrennt marschiert am 1. Mai

In der aktuellen Diskussion geht es nun wieder einmal um das Verhältnis der "Freien" zur NPD. Wulff postulierte in einem Beitrag auf der Homepage des "Aktionsbüros Nord" und im NPD-Organ "Deutsche Stimme" ein "Gebot nationaler Geschlossenheit". "Dazu sind alle Teile unserer Opposition vonnöten. Unabhängige, freie Kameradengruppen ebenso wie auch die Parteiorganisationen. Alle sind aufgerufen zum Aufbau einer ‚Volksfront von Rechts'!" Am 1. Mai solle dafür ein Zeichen gesetzt werden. Wulff weiter: "Die Wahlkämpfe der nächsten Monate sollten für alle Aktivisten - ob in der NPD organisiert oder nicht - ein willkommener Anlass sein, jetzt dafür zu sorgen, dass auch der parteipolitische Arm unserer Bewegung wieder gestärkt wird." Vor "Gruppenegoismen und persönlichen Vorbehalten" warnte er. Die "Freien" sollten vielmehr "der Kitt der nationalen Opposition" sein.

Worch & Co. hatten hingegen in ihren "Leipziger Leitlinien" geschrieben, man wolle nicht "das Rückgrat und der Resonanzverstärker einer schwächlichen Wahlpartei ohne klare Grundlagen sein". Worch fürchtet, dass seine Kameraden für den Wahlkampf der NPD missbraucht - und dann wieder fallen gelassen werden. So wie die Partei unter dem Eindruck eines drohenden und dann eingeleiteten Verbotsverfahrens die zeitweilige "Symbiose" mit den "Freien" nach dem Spätsommer 2000 beendet habe: "Was damals gelaufen ist, war ein politischer Betrug." Der Sündenkatalog der NPD ist aus seiner Sicht lang: "Politisches Versagen", "Feigheit vor dem Feind", "Beratungsresistenz" wirft er ihr vor; die eingenommenen Gelder würden im Apparat versickern. Ihr Niedergang sei inzwischen "so drängend, dass sie erneut aus der Parteienfinanzierung herauszufliegen droht". Um 440.000 Euro jährlich gehe es, ein Viertel ihres Gesamtumsatzes, rechnet Worch vor. Für ihn ist dies der eigentliche Grund, dass sich die NPD wieder um ein Bündnis mit "Freien" bemüht. Die Partei suche sich "wieder mal ein paar nützliche Idioten, mit denen man es eine Weile machen kann, bis die Bedürfnislage der Partei sich ändert und aus den nützlichen Idioten der schillersche Mohr wird, der seine Schuldigkeit getan hat".

NRW-"Kameraden" setzen mehrheitlich auf "Steiner"

Wo Worch mit den NPD-Oberen so zu Gericht geht, bleibt es nicht aus, dass der ebenso arrogante wie empfindliche Hamburger selbst zur Zielscheibe wird. Noch heute stößt er sich daran, dass ihn der NPD-Vize **Holger Apfel** vor mehr als einem Jahr in der "Deutschen Stimme" einmal als "Hamburger Miesmacher" titulierte. So mancher Parteigänger der "Nationaldemokraten" mag Worch nicht mehr abnehmen, dass es ihm um die "nationale Sache" geht, eher um seine Eitelkeit und einen notorischen Hass auf die Partei.

In dieser Auseinandersetzung scheint Wulff in NRW die deutliche Mehrheit der regionalen Neonazi-Szenen auf seiner Seite zu haben. Eindeutig auf Worch-Linie sind von den relevanteren Gruppierungen eigentlich nur der KDS mit seinen lokalen Ablegern und die "Kameradschaft Hamm". Dass die NPD "vom Kopf her stinkt", lässt beispielsweise KDSler **Axel Reitz** jeden wissen. "Wir als Freie Nationalisten sind Revolutionäre, als solche kämpfen wir in erster Linie für eine Zerschlagung des Systems, die NPD bekennt sich zum System." Für den "echten Nationalrevolutionär" gebe es nur eine Partei, meint Reitz: "Das ist nicht die NPD, sondern jene Partei, die seit 1945 verboten ist!!!"

Allerdings lassen sich die verschiedenen Lager auf der Ebene der "Kameradschaften" längst nicht so klar trennen, wie dies die Schärfe der Kontroversen zwischen Worch und Wulff nahe legen könnte. So überraschte **Siegfried Borchardt**, der Chef der "Kameradschaft Dortmund", die man lange Zeit auf Worch-Kurs sah, vor der Europawahl mit einer Empfehlung zugunsten der NPD. Seine "Kameradschaft" hatte auch zur wesentlich von der NPD organisierten, schließlich aber verbotenen Bochumer Anti-Synagogen-Demo im März aufgerufen. Sogar Reitz handelt nicht konsequent. Ihn und seine Mannen zog es am 1. Mai nicht etwa zur Worch'schen Mai-Demo in Leipzig, sondern nach Berlin. Umgekehrt fanden sich unter den Unterstützern des Aufmarschs in Dortmund am 19. Juni auch solche Gruppierungen, denen man eine Nähe zur Wulff-Linie nachsagen kann. Vorbei sind zwar die Zeiten, da Worch als absoluter Zampano der "Freien" gelten konnte. Mit Wulff hat sich längst ein zweites stabiles Zentrum herausgebildet. Gemeinsame Aktionen ihrer jeweiligen Anhängerschaften sind aber auch künftig nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern höchstwahrscheinlich.

Von Joß Fritz und Jörg Kronauer

"Unabhängig, gesamtdeutsch"

Die Wochenzeitung "Der Schlesier"

Weithin bekannt ist er für seine messerscharfe Zeitanalyse, der "Schlesier". Unbarmherzig hält die Wochenzeitung aus der Ruhrmetropole Recklinghausen der verlotterten deutschen Gesellschaft den Spiegel vor. "Heut tobt man mit frechem Gebaren durch Flitter und Lüge und Glanz", beklagt das Blatt in einem prophetischen Gedicht die Verwahrlosung Kleindeutschlands. Wie anders waren doch die Wehrmachtsoldaten! Kein Glanz mehr, auch kein Flitter: "Sie liegen im Westen und Osten", reimt der Autor traurig, "und ihre Helme verrosten".Woche für Woche erscheint "Der Schlesier" im gleichnamigen Recklinghäuser Verlag. "Unabhängige, gesamtdeutsche Wochenzeitung" nennt er sich im Untertitel, "gesamtdeutsch" ist hier allerdings etwas traditionalistisch gemeint. Die Grenzen von 1937 - in den 1970er Jahren noch vom Bundesverfassungsgericht als völkerrechtlich gültige Grenzen ausgewiesen - dürften den Vorstellungen des "Schlesiers" von Gesamtdeutschland näher kommen als das aktuelle deutsche Staatsgebiet. Das ist entscheidend, denn: In den Grenzen von 1937 gehörte Schlesien noch zum Deutschen Reich.

Ein Herz für Schlesien

"Ein Herz für Schlesien" verlangt ein Porzellankrug im Anzeigenteil der Wochenzeitung. Er ruft in Erinnerung, wieso es den "Schlesier" überhaupt gibt. Die aus dem ehemaligen Schlesien umgesiedelten Deutschen begannen schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg, sich zu organisieren, zunächst in lokalen und regionalen Gliederungen, 1950 auch auf Bundesebene. Seit 1948 wurden die Organisierungsversuche von einer Zeitung begleitet, dem "Schlesier" eben, der von Beginn an auch politische Ziele verfolgte: Den Umgesiedelten wieder einen möglichst großen Einfluss auf ihr Herkunftsgebiet zu verschaffen. Über lange Jahre hin führte "Der Schlesier" nicht das Wort "unabhängig" im Untertitel, sondern nannte sich "Offizielles Organ der Landsmannschaft Schlesien". Hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre des "Vertriebenen"-Verbandes publizierten in dem Blatt, die Landsmannschaft nutzte es regelmäßig zur Verbreitung ihrer Presseerklärungen. Bis dann im Jahr 1985 der ganze Ärger begann, der dem "Schlesier" das Etikett "unabhängig" verschaffte und ihn etwas ins Abseits nahe der rechten Eckfahne drängte.

Grenzübertritt

Im Januar 1985 konnte man im "Schlesier" vorsichtige Überlegungen lesen, die die Möglichkeit beinhalteten, die deutsch-polnische oder die deutsch-tschechoslowakische Grenze nicht zu Fuß, sondern bequem im Panzer zu überqueren und gleich bis in die Sowjetunion weiterzufahren. Was die deutsch-polnische Grenze betraf, so galt deren Rechtmäßigkeit im Umfeld des "Schlesier" ohnehin als zumindest zweifelhaft. Es kam, wie es kommen musste: Missgünstige neideten dem hoffnungsvollen Nachwuchsautor aus dem Bundesvorstand der Schlesischen Jugend den Erfolg. Nach Protesten aus dem Ausland sah sich die Bundesregierung genötigt, ihre finanzielle Unterstützung für den "Schlesier" zu beenden. Noch im vorangegangenen Halbjahr hatte die Landsmannschaft Schlesien 18.000 DM aus dem Bundeshaushalt bezogen, um ihr "offizielles Organ" mittels Stützungskäufen am Leben halten zu können. Damit war nun Schluss. Die Affäre hatte Folgen. Besonders ungelegen kam sie der Landsmannschaft Schlesien, die für ihr Schlesiertreffen im Juni 1985 (geplantes Motto: "Schlesien bleibt unser") den damaligen deutschen **Kanzler Kohl** als Redner geladen hatte. Der Ärger um die anvisierte Panzerfahrt schlug sich auf den Untertitel des "Schlesier" nieder, der vom "offiziellen

Organ" zum "Mitteilungsblatt" degradiert wurde. Kohl erwies sich als nachtragend: Bei seiner Rede vor der versammelten Landsmannschaft (geändertes Motto: "Schlesien bleibt unsere Zukunft") erklärte er die europäischen Grenzen zum Panzersperrgebiet ("unverletzlich").

Kann man die Invasionserwägungen des "Schlesier" noch toppen? Man kann. Am 25. November 1988 legte die Redaktion um den Chefredakteur und Verleger **Hans-Joachim Ilgner** nach. "Im Leitartikel", so **Samuel Salzborn** in seinem Buch "Grenzenlose Heimat", "hetzte das Blatt anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Reichspogromnacht gegen bundesrepublikanische Politiker, denn diese 'verkleiden sich als Juden und dreschen einmütig auf ihr Volk herunter'." "In dem durchgängig antisemitischen Artikel", so Salzborn weiter, "wurde der deutsche Massenmord an den europäischen Juden relativiert und die strafrechtliche Verfolgung der Holocaustleugnung attackiert [...], ein antisemitischer Weltverschwörungsmythos aufgebaut [...] und die Deutschen von der Täter- in die Opferrolle gerückt, die keinerlei Verantwortung für Auschwitz zu übernehmen hätten". "Nach allgemeiner Rechtsauffassung", drehte "Der Schlesier" den Spieß einfach um, "ist die Bestrafung von Nicht-Tätern [...] Blutrache".

Kontakte

Seitdem ist "Der Schlesier" "unabhängig". Die Landsmannschaft Schlesien trennte sich von dem Blatt, dessen Stelle als Verlautbarungsorgan des Verbandes seitdem die "Schlesischen Nachrichten" einnehmen. Ilgner und sein dürres Team führen ihr Zeitungsprojekt bis heute fort, zwar ohne offizielle Unterstützung der Landsmannschaft, aber doch im Kontakt mit Mitgliedern vom rechten Flügel ihres Verbandes. Immer wieder finden sich im "Schlesier" Anzeigen oder Texte von Untergliederungen der Landsmannschaft. Verleger Ilgner selbst war zehn Jahre lang Vorsitzender des Landsmannschaft-Kreisverbandes Recklinghausen - einer Stadt, die für Schlesien-Fans durchaus Bedeutung hat. Die besonderen Beziehungen, die Recklinghausen zum ehemaligen Schlesien hat, reichen zurück bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Der damals boomende Bergbau zog in hohem Maße Arbeiter aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches an, darunter auch Schlesier. Um 1900 galt Recklinghausen als "polenreichste Stadt des Westens". Nach dem Zweiten Weltkrieg griff die Stadtverwaltung auf ihre Sonderbeziehungen zurück. Im Jahr 1952 übernahm sie die "Patenschaft" über "Beuthen" (heute: Bytom), noch heute finden die "Heimattreffen" umgesiedelter "Beuthener" in Recklinghausen statt. Ende 2000 schließlich wurde die einseitige "Patenschaft" in eine reguläre Städtepartnerschaft umgewandelt. "Der Schlesier" geht unterdessen seinen Weg unbeirrt weiter. "Unabhängig" von anderen Organisationen ist er tatsächlich, abgesehen vielleicht vom "Zentralrat der vertriebenen Deutschen". Die 1995 gegründete Organisation versteht sich als rechte Alternative zum Bund der Vertriebenen, **Herbert Jeschioro**, Erster Vorsitzender des "Zentralrats", ereifert sich regelmäßig über die "angepasste" Politik des Massenverbands. Jeschioro selbst verfolgt eine klare rechtsextreme Linie, vertrat sie in Leserbriefen in "Nation & Europa", im Interview mit der "Jungen Freiheit" und der NPD-Parteizeitung "Deutsche Stimme". Und in Artikeln im "Schlesier", der ihm durchaus nahe zu stehen scheint.

Verzicht bleibt Verrat!

In jedem Fall "unabhängig" ist "Der Schlesier" in parteipolitischer Hinsicht. Dies zeigte sich deutlich in den Wahlkämpfen des Jahres 1998. Anzeigen der REPs konnte man mehrfach in dem Blatt beobachten, auch Anzeigen des "Bundes freier Bürger". Die Ausgewogenheit blieb stets gewahrt. "Wir sind die echte Opposition. Verzicht bleibt Verrat!", hieß es im Bundestagswahlkampf in einer Anzeige der NPD, daneben ein inhaltlich passender Artikel: "Polen als Nachbar und EU-Partner". Soll niemand sagen, "Der Schlesier" sei einseitig! Auch der beste Verleger hat mal Pech. "Schlesier"-Herausgeber Ilgner bekam im November 1997 aufdringlichen Besuch. Seine Wohn- und Geschäftsräume wurden von der Polizei durchsucht, die 888 Exemplare eines Bandes der "Kleinen Heftreihe für Geschichtswissen" aus Ilgners Verlag mitgehen ließ. "Zeitgeschichtliche Anmerkungen" hieß das Buch, sein Verfasser: **Heinz Splittgerber**, ein Mitglied der neofaschistischen "Gesellschaft für freie Publizistik". Autor Splittgerber wurde wegen Volksverhetzung und Verharmlosung von NS-Verbrechen angeklagt, Ilgner selbst bekam ebenfalls Schwierigkeiten: Auch die Verbreitung volksverhetzender Schriften zieht bekanntlich strafrechtliche Maßnahmen nach sich.

Akademischer Revisionismuskreis

Dennoch: "Der Schlesier" lässt sich nicht erschüttern. Keine zwei Jahre später stellte der ehemalige REP **Emil Schlee** in dem Blatt klare Thesen auf. Ein "akademischer Revisionismuskreis" müsse ins Leben gerufen werden, erklärte Schlee, der "die Erschütterung der Alleinschuldthese [*gemeint ist die Schuld am Zweiten Weltkrieg*] in wissenschaftlichen Arbeiten, die auch veröffentlicht werden, vornimmt. [...] An einer solchen alternativen Aufarbeitung der Geschichte kommt kein Freiheitswollen der Deutschen vorbei." Und Schlee - beinahe in Vorwegnahme des "Aufstandsplans für das Deutsche Volk" von **Reinhold Oberlercher** - fuhr fort: "Ein 'alternatives Volksvertreter-Parlament' muss als Naht- und Vermittlungsstelle in in Frage kommenden Sammlungsbewegungen und interessierten Volksteilen die informative Verbindung herstellen und halten." Derartige Pamphlete verkaufen sich - wenn man Ilgners Eigenangaben glauben kann - in immerhin 12.000 Exemplaren pro Woche. Die messerscharfe Zeitanalyse des "Schlesier", sie ist immer wieder gefragt. Unabhängig, versteht sich. Und natürlich: Gesamtdeutsch.

Von Kemal Bozay

"Graue Wölfe" heulen noch

Hintergrund und Wirken extrem rechter türkischer Organisationen in der BRD

Mit Sicherheit ist es kein Zufall, dass Bayerns oberster Verfassungsschützer und Innenminister **Günther Beckstein** am 29. November letzten Jahres einer Einladung der "Türk Federasyon", einer Ablegerorganisation der extrem rechten türkischen MHP/"Grauen Wölfe" ("Nationale Bewegungspartei"), anlässlich des Ramadanfestes in Nürnberg gefolgt ist. Stolz posierte Beckstein gemeinsam mit anderen Funktionären der "Türk Federasyon" vor einem Bild des inzwischen verstorbenen MHP-Führers **Alparslan Türkes**. Zu sehen ist Beckstein während einer Gedenkminute für die Opfer des Terroranschlages in Istanbul. Mit dieser Geste folgte Beckstein ohne Zweifel loyal der Tradition des damaligen CSU-Chef **Franz Josef Strauß**, der schon in den 70er und 80er Jahren gute Kontakte zur türkischen extremen Rechten pflegte.

"Graue Wölfe" (Bozkurtlar) als Sammelbecken der "türkischen" Neofaschisten

Für die türkische extreme Rechte symbolisiert der "Graue Wolf" die Militanz einer politischen Bewegung. In den 60er Jahren waren die "Grauen Wölfe" in der Türkei als Kommando-Einheiten der MHP präsent, die sich aus Umfeldorganisationen wie beispielsweise den Idealistenvereinen, idealistischen Jugendvereinen sowie aus dem politischen Kern der MHP zusammensetzte. **Necdet Sevinç**, einer der führenden Ideologen der MHP, stellt die Grundsätze der MHP zur Ideologie, Politik und Strategie folgendermaßen dar: "Ein Idealist ist in der Regel nicht ein Mann des Denkens, sondern immer ein Mann der Aktion (…) Alle Denkweisen, alle Handlungen und alle Meinungen, die von Handlungs- und Denkweise der Idealisten abweichen, besitzen keine Gültigkeit."

Die extrem rechte und faschistoide Bewegung in der Türkei stützt sich ideologisch auf ein Konglomerat von verschiedenen nationalistischen und islamistischen Diskursen:

» **Idealistischer Nationalismus (Ülkücülük)**
Ausgangspunkt der politischen Ideologie der MHP ist ein vom "Panturanismus" geprägter idealistischer Nationalismus. Der "Panturanismus" ist bestrebt, ein Grosstürkisches Reich von Asien bis China zu errichten. Dieser beinhaltet einen ausgeprägten "Rassismus" gegenüber allen nicht-türkischen Bevölkerungsteilen, insbesondere gegen die Minoritäten im eigenen Land.

» **Antidemokratische Grundhaltung**
Im Zentrum der ideologischen Ausprägung der MHP wird eine vielseitige Propaganda gegen Linke, Soziali-

Zur Begrifflichkeit "Grauer Wolf"

Den Göktürken, einem der ersten türkischen Stämme, zufolge, wurde der ihnen angehörige Stamm "A-si-na" während des Krieges von Feinden vernichtet. Nur ein 10-jähriger Junge, dessen Hände und Füße abgehackt worden waren, überlebte diese Ausrottung. Dieses Kind wuchs unter Wölfen auf und wurde in den Altai-Gebirgen zu einem heldenhaften Symbol. Nach einer weiteren Sage habe "Bozkurt" ("Grauer Wolf") die türkischen Stämme vor der Unterjochung des Feindes gerettet und es von China nach Kleinasien geführt.

sten und Kommunisten, aber auch gegen demokratische Institutionen, wie z.B. Gewerkschaften, wissenschaftliche Institutionen u.ä. betrieben.

» **Islam**
Im Laufe der mehr als 35-jährigen Geschichte der MHP wurde die Frage des Islams in verschiedenen Phasen unterschiedlich akzentuiert. In der Gründungsphase wurde der Islam als Kernelement von der politischen Führung der MHP eher abgelehnt. Vielmehr konzentrierte sich die Ideologie der MHP auf die vorislamische Zeit mit ihrer schamanistischen Religion. Somit ist die Relevanz des Islams für die MHP weniger eine religiöse Frage, sondern leitet sich von "idealistisch" etikettiertem Nationalismus ab. Dabei geht es vielmehr darum, inwieweit der Islam zur Konstituierung des "Türkentums" gehört. Gerade in dieser Frage kam es zu einer Umorientierung, da dieser Punkt stets umstritten war und das Wahlergebnis beeinträchtigte. Zwar stand der "idealistische" Nationalismus weiterhin im Zentrum der MHP-Ideologie, doch gewann der Islam eine stärkere Bedeutung.

» **Türkisch-Islamische Synthese (Türk Islam Sentezi)**
Das Konzept der "Türkisch-Islamischen Synthese" als gegenwärtiges Kernideologem des türkischen Rechtsnationalismus wurde in den 70er Jahren im Umkreis des "Heims für Intellektuelle" (Aydýnlar Ocaðý) entwickelt. Dieser von offiziellen Kreisen in der Türkei unterstützte Zusammenschluss rechtspopulistischer und konservativer Wissenschaftler, Unternehmer und Publizisten verstand sich im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses als ein Gegenpol zu dem Einfluss "linker" Ideen. Die zentrale Kernimplikation der "Türkisch-Islamischen Synthese" ist die Vorstellung der Untrennbarkeit von türkisch nationalen und islamischen Bestandteilen in der türkischen Geschichte. Ferner ist sie der Versuch, eine neue türkische Identität aufzubauen, in der türkisch-nationalistische Elemente mit islamistischen Elementen korreliert und verbunden werden. Politischen Rückhalt findet die "Türkisch-Islamische Synthese" in allen konservativ-nationalistisch und islamistisch orientierten Bewegungen. Die Wende zum Islam war insbesondere für die extrem rechte Bewegung in der Türkei aus zweierlei Gründen nützlich. Zum einen hatte eine ähnliche Form des Nationalismus in der Türkei schon einmal existiert, und man konnte sich auf die historischen Theorien von Historikern wie **Ziya Gökalp** beziehen, die nach dem großtürkischen Reich Turan strebten. Zum anderen diente die "Türkisch-Islamische Synthese" als "Rekrutierungsfaktor" für die Beeinflussung breiter islamischer Teile. So wird bereits seit den 50er Jahren der Islam als sicherer Schutz gegen die "kommunistische Gefahr" und als wirksamer Faktor für die nationale Einheit angesehen.

» **Die "Neun-Strahlen"-Doktrin von Alparslan Türkes**
Eines der wichtigsten Kernprogramme der MHP und der rechtsextremen Bewegung in der Türkei bildet die von Alparslan Türkes im Jahre 1965 veröffentlichte "Neun-Strahlen-Doktrin". Die Neun-Strahlen-Doktrin umfasst folgende programmatischen Grundlagen: Nationalismus, Idealismus, Moralismus, Wissenschaftlichkeit, Soziabilität, Förderung der nationalen Landwirtschaft, Liberalismus und Individualismus, Entwicklungsorientiertheit und Volksnähe und die Förderung der Industrie und Technik. Türkes schreibt dazu: "Die grundlegenden Prinzipien und Ziele, die uns zu einer nationalistischen Türkei führen werden, sind in der Neun Strahlen Doktrin aufgezeigt. Unsere Ideologie ist die dynamischste Ideologie unseres Zeitalters, nämlich der Türkische Nationalismus. Ich übergebe euch die Neun Strahlen Doktrin und die Ideologie des türkischen Nationalismus. Ihr werdet es bis zum letzten Schritt verteidigen, es in allen Ecken der Türkei verbreiten." Die Bedeutung der Doktrin besteht in der Festigung der Autorität von Türkes. **Karl Binswanger** und **Fethi Sipahioðlu** stellen fest, dass "Diktion und Inhalt (...) in der Tat an Hitlers 'Mein Kampf' erinnern."

"Servet (24 Jahre), Student und Funktionär der Grauen Wölfe" in Hessen berichtet über seine Aktivitäten bei den Grauen Wölfen und der CDU Hessen

Zugang zu den "Grauen Wölfen"

Als unsere deutsche Lehrerin ein Verbot ausgesprochen hatte, dass es in der Schule verboten war, türkisch zu sprechen, habe ich als SV-Sprecher einen Protest organisiert hat. Darüber habe ich meinen ersten Kontakt zu den "Grauen Wölfen" bekommen. Der damalige stellvertretende Vorsitzende der "Türk Federasyon" hatte auch in dieser Zeitung den Beitrag gelesen und mich angerufen. Er wollte mich kennen lernen. Ich bin dann zum ersten Mal zur Organisation gekommen. Bis dann war die Organisation für mich etwas ganz anderes. Also ich hatte damals das Buch von Jürgen Roth über die "Grauen Wölfe" gelesen [...] Sie wären eine Terrororganisation, illegal und was weiß ich sonst... Sie haben halt ein falsches Bild über die "Ülkücü" Bewegung gemacht. ...

Antipathie gegen Kommunisten

Ich hatte damals den Kommunismus mit dem separatistischen Terror gleichgesetzt. Also, ich hatte kein breites Wissen darüber, nur in unserem Wohnviertel haben sehr viele PKK'ler gelebt. Wenn ich also vom Kommunismus sprach, dann habe ich das mit ihnen in Verbindung gesetzt. Dafür zeigte ich keine Sympathie. Ich wollte nicht, dass wir zum Instrument für so etwas gemacht werden. ...ich hab an Schulungen teilgenommen, dies hat mich sehr interessiert. Natürlich, die Atmosphäre in der Federasyon hat mir das sichere Gefühl gegeben, natürlich unter den Türken zu sein, das war was anderes für mich.

Deutschlandbild

Wenn Deutschland auch nicht meine Heimat ist, ist sie dennoch mein Lebensmittelpunkt. Und ich hab eine direkte Verbindung zu Deutschland. Also, ich hab keinen Plan, in die Türkei zurückzukehren. Für mich ist das, was Deutschland zu Deutschland macht, die türkische Existenz hier. Dies hat eine neue Entwicklung mitgebracht, also

Dynamik des "türkischen" Nationalismus und Rechtsextremismus

Ein zentraler Faktor für das verstärkte Auftreten nationalistischer und extrem rechter Bewegungen in der Türkei hat zweifelsohne auch mit der Entwicklung der kurdischen Nationalbewegung zu tun. So hat das "Kurdenproblem" in der Türkei nach den 90er Jahren eine nahezu nationalistische "Ekstase" hervorgerufen. Dabei geht es nicht nur um die Frage der "Kriegshysterie" gegenüber dem so genannten Separatismus, sondern es wird dadurch eine "chronische Existenzangst" als politisches Instrumentarium geschürt, von ursprünglichen Problemen abglenkt und der türkische Nationalismus neu belebt. Dieses politische Instrumentarium hat ihre Wurzeln vor allem in der Vorphase der Republikgründung bzw. in der Niedergangsphase des Osmanischen Reiches. Durch den gesamten geschichtlichen Prozess hindurch wurde immer wieder das politische Instrumentarium der Separatismusgefahr reproduziert.

Einen weiteren wichtigen Aspekt bildet die Frage der Turkvölkerstaaten in Mittelasien nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion. Der türkische Nationalismus geht von der fatalen Logik aus, dass die Türkei nicht in Anatolien endet, sondern eine große Weltnation darstellt. Die Rollenbestimmung der Türkei als "Modellland für die türkisch-stämmigen Mittelasienstaaten" liegt zentral darin, die aus der ehemaligen Sowjetunion herausgebildeten Mittelasienstaaten ökonomisch und kulturell großzuziehen und den türkischen Weg für eine Regionalmacht zu öffnen. Diese Euphorie bewirkte eine künstliche Förderung des türkischen Nationalgefühls. Dies tritt am Beispiel des aufkommenden türkischen Fußballs oder anderer kultureller Erfolge deutlich hervor.

"Europäisches Türkentum" als rechtspopulistischer Begriff für die "türkische Identität"

Innerhalb der extrem rechten türkischen Organisationen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren der Begriff des "Europäischen Türkentums" (Avrupa Türklüðü) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität in Europa geprägt. Damit sind vor allem die Migranten in Europa gemeint, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in Europa festgelegt haben, aber dennoch ihre türkisch-nationalistische Identität weiter verbreiten sollen. In einer Dokumentation der "Türk Federasyon" heißt es dazu: "Die Türk Federasyon hat für unsere in Europa lebenden Menschen, die bisher als Fremde und manchmal als Deutschländer gerufen wurden, die richtige Bezeichnung des Europäischen Türkentums betont und diese anerkennen lassen." Genutzt wurde dieser ideologische Sammelbegriff zuerst durch Alparslan Türkes, der 1995 auf einer Jahreshauptversammlung der "Türk Federasyon" diese Bezeichnung geprägt hat und seine Gefolgschaft zur aktiven Politik in der CDU/CSU aufgerufen hat.

Vor allem möchte man durch diesen rechtspopulistischen und nationalistischen Sammelbegriff auch auf die Dauerhaftigkeit der "türkischen Existenz" in Europa - vor allem aber in Deutschland - aufmerksam machen. Dadurch sollen die türkischsprachigen Einwanderer (vor allem Jugendliche der jüngeren Generation), die mit der Zeit einen Bruch mit dem "Türkisch-Sein" und allgemein zu den türkisch-nationalen sowie islamischen Werten durchgemacht haben, wieder zu ihren so genannten Wurzeln und ethnisch-nationalen Identitäten geführt werden. Weiterhin entspricht der Sammelbegriff des "Europäischen Türkentums" auch der Logik des "Werde Deutscher, bleibe Türke". Nahezu alle extrem rechten türkischen Organisationen fordern ihre Mitglieder auf, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Vor allem werden sie auch dazu motiviert und aufgefordert, in allen institutionellen, politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen ihre Existenz bzw. ihr "türkisches" Dasein zu präsentieren. Sie sollen zwar die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, doch diese für türkisch-nationale Interessen und die Bildung einer starken türkisch-nationalistischen Lobby nutzen. Man könnte dadurch beispielsweise in der Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei oder auch in problematischen Haltungen der Bundesregierung zur Türkei u.ä. als

das "Europäische Türkentum". Das ist für mich sehr wichtig. Also, zwischen dem Türkentum in der Türkei und dem Türkentum hier gibt es Unterschiede. Die Atmosphäre hier gefällt mir sehr. Also, warum? Hier hat man einmal eine staatliche Sicherheit. Und wie ich schon gesagt habe, es ist eine Besonderheit, Türke zu sein. ...Ich glaube nicht an Multikulturalität oder so was. Also, es kann einen kulturellen Austausch geben, aber die als Synthese bezeichnete Sache, kann es nicht geben. So kann keine Kultur existieren. Denn das ist eine künstliche Schaffung, also eine künstliche Sache. Das ist eine Drohung. ...Jede Kultur und Nation muss seine Ursprünge behalten und weiter beleben. Und dass jede Kultur für sich selbst. ...Aber, diese Multi-Kulti Sachen, dass sind alles künstliche Dinge. Also, das sind Zwänge der "Leitkultur".

Unser Aktivitäten in der CDU

Wir haben uns bei der CDU gemeldet. Zu acht Türken waren wir, also wir wollten Mitglied werden. Dahingegangen sind wir, die Leute haben gesagt "Wollt ihr uns übernehmen?" [...] Wir haben gesagt, nein. Also wir werden euch verteilen, haben sie geantwortet. Es wäre die Gefahr da, den Ortsverband zu erobern. Bei Allah, was hat das damit zu tun? Wir wollen ja nur Mitglied werden. Eine solche Furcht! In der Frankfurter CDU hat es eine außerordentliche Versammlung über unsere Mitgliedsanfrage gegeben. Es ging darüber, "Sollen wir die Türken aufnehmen oder nicht?". Wir sind sechs Monate lang dahingegangen, also zur Partei. Niemals, niemals haben wir verheimlicht, dass wir "Ülkücüs" und "Graue Wölfe" sind. Also, offen gesagt, ich bin Servet, ein Ülkücü und Grauer Wolf. Wir haben unsere Meinung immer gesagt. Sie wussten auf jeden Fall, dass wir türkische Nationalisten sind. Ja, wir haben ihnen auch gesagt, also wenn ihr wollt, dass wir Mitglied sein dürfen, nehmt ihr uns auf, wenn nicht, dann halt nicht. Dann haben sie uns aufgenommen. [...] Wir waren im CDU-Ausländerausschuss in Hessen und in Frankfurt. [...] Es gibt einige Freunde von uns, die in lokale oder regionale Vorstände der CDU gewählt wurden. In dieser Periode bin ich im Vorstand also. Ich bin auch Delegierter der CDU.

"türkische" Lobby mit "deutschem" Pass besser Druck ausüben und entgegenwirken. Politisch gesehen soll durch den Begriff des "europäischen Türkentums" die Bindung der Migranten zu den nationalen Werten, Tugenden und Institutionen des Heimatlandes gestärkt und in den europäischen Aufnahmeländern der Mobilisierungseffekt für eine starke türkisch-nationale Lobby stabilisiert werden.

Extrem rechte türkische Organisationen in Deutschland

Es ist zu beobachten, dass der Einfluss extrem rechter türkischer Organisationen sowie ihrer Netzwerke seit Mitte der 1990er einen Anstieg zu verzeichnen haben. Vor allem haben sich diese Organisationen und Netzwerke überall zu Selbsthilfeorganisationen entwickelt, die starken Einfluss auf die so genannten Ausländerbeiräte und das soziale Leben von türkischsprachigen Zuwanderern ausüben und auch eine wichtige Basis unter Jugendlichen der jüngeren Generation gewinnen konnten.

Diese Strukturen sind von einer politischen Linie oder Ideologie geprägt, die im Mutterland bestimmt wird. Vereine, Verbände und Organisationen fungieren als Zweigstellen von zum Teil türkisch-neofaschistoiden Gruppen und Parteien aus der Türkei und präsentieren sich als auswärtige Vertreter dieser Richtlinien. Gerade hier stellt sich die zentrale Frage, welche Faktoren den Einfluss von ethnisch-nationalistischen Organisationsstrukturen in Deutschland unter der Bevölkerung aus der Türkei sowie unter den türkischen Jugendlichen bestimmen. Die Erfahrung zeigt, dass die politischen Entwicklungen in der Türkei die politische Orientierung, Haltung und Ausrichtung der türkischen und kurdischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland stark beeinflussen. Angesichts dieser Entwicklung besteht die Gefahr, dass türkisch rechts-nationalistische Gruppen am Rande der Mehrheitsgesellschaft eine schwer durchschaubare "Parallelgesellschaft" aufbauen, die den Partizipationsprozess hemmt und verhindert.

Die türkischen und kurdischen Zuwanderer leben heute größtenteils in Parallelwelten. Gerade hier muss erkannt werden, dass die Bedeutung der Traditionen, Werte, Klischees und nationalen Identifikationsmuster für die Zuwanderer aus der Türkei vorgeprägt wird, aber auch nicht von der allgemeinen Einwanderungs- und Zuwanderungspolitik in der Bundesrepublik getrennt gesehen werden darf. Als Reaktion auf den zunehmenden Daueraufenthalt vor allem der Familien aus der Türkei entstand zu Beginn der 80er Jahre ein grundlegender Wandel in der Zuwanderungspolitik. Vor allem wurden türkische und kurdische Migranten in öffentlich-medialen Diskursen zu "Objekten" von politischen Auseinandersetzungen. Im Zuge dessen folgte eine immer stärker werdende Polarisierung und Stigmatisierung. Innenminister **Otto Schily** bezeichnete in einem Interview der "Süddeutschen Zeitung" vom 27. Juni .2002 die "Assimilierung" als die beste Form der "Integration": Demnach sollten sich "Ausländer" - ohne muttersprachliche Förderung und Minderheitenschutz - in die deutsche Kultur und Sprache hineinleben. Auch heftige Diskussionen um die Doppelstaatsangehörigkeit, die so genannte Leitkultur und nicht zuletzt um das Zuwanderungsgesetz sowie die künstliche Kopftuchdebatte haben den Ausgrenzungsprozess von Migranten gestärkt.

All diese Diskurse haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich Zuwanderer - vor allem aber türkische und kurdische Migranten - von den Werten dieser Gesellschaft verstärkter abspalten und ihre Identität in der "ethnischen Nische" suchen. Das verstärkte Auftreten und die politische Präsenz von ethnisch-nationalistischen bzw. Extrem rechten türkischen Organisationen sind neben einer Reihe von anderen Faktoren auch als eine Folge dieser politischen Ausgrenzungsprozesse zu bewerten. Neben zahlreichen islamistisch-nationalistischen Organisationsformen haben sich auf bundesdeutschem Terrain vor allem drei extrem rechte türkische Organisationsstrukturen herausgebildet: "Türk Federasyon" ("Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa", ADÜDTF), ATIB ("Türkisch-Islamische Union Europa") und die ANF ("Föderation der Weltordnung in Europa"). Vor allem die ATIB und ANF sind als ideologisch-politische Abspaltung aus der

Mutterpartei MHP herausgetreten, bekennen sich jedoch

ADÜTF (Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa)
Die Türk Federasyon (ADÜTDF) wurde als Auslandsabteilung der MHP am 18.06.1978 mit Sitz in Frankfurt/ Main gegründet. Alte Parteimitglieder und Funktionäre der MHP sitzen in Schlüsselpositionen der Türk Federasyon. Sie strebt, wie ihre Mutterorganisation, ein Großtürkisches Reich an. Auch das "Europäische Türkentum" wird als Glied dieses Großtürkischen Reiches angesehen. Angeschlossen sind der ADÜTDF in Deutschland ca. 200 Vereine, die gezielt als Eltern-, Kultur-, Jugend- und Sportvereine sowie als Moscheen agieren. Ihr Ziel ist es, die Ideologie der MHP unter den türkischsprachigen Migranten zu verbreiten. Seit 1999 gehört der Türk Federasyon als Umfeldorganisation auch die ATTKO (Türkische Studenten- und Kulturvereine in Deutschland) an, die für die Organisation mobilisieren sollen.

ATIB (Türkisch Islamische Union Europa)
Die ATIB (Sitz in Köln) ist eine Abspaltung aus der Türk Federasyon. Während der 80er Jahre kam es parallel zu der Islamisierung der MHP in der Türkei auch in Deutschland zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen MHP-Flügeln. Im Oktober 1987 spaltete sich schließlich der frühere ADÜTDF-Vorsitzende Musa Serdar Celebi von der Türk Federasyon und gründete die ATIB. Die ATIB, der ca. 100 Vereine angehören, hat Kontakte zur rechtsextremen BBP (Große Einheitspartei) und propagiert den Islam als konstituierendes Element des Türkentums. Gute Kontakte hat sie zur CDU/CSU, FDP, zum Rat Türkischer Staatsbürger und zum Zentralrat der Muslime in Deutschland. Darüber hinaus verfügt die ATIB als Umfeldorganisation auch über den Hochschulverband AYÖG und einer Kultur- und Bildungsstiftung (AKEV).

ANF (Föderation der Weltordnung in Europa)
Die ANF hat sich als Auslandsabteilung der BBP (Große Einheitspartei) etabliert, die sich in der Türkei 1992 von der MHP abgespalten haben. Ihr gehören ca. 30 Vereine an. Sie versucht verstärkter die islamistische Komponente mit den historisch-politischen Ursprung des türkischen Nationalismus zu vereinen. Die ANF versucht vor allem Jugendliche zu gewinnen und sie einer nationalen und islamischen Erziehung zu unterziehen. Sie organisiert sich stärker in Form von Eltern-, Kultur- und Sportvereinen sowie als Moscheen.

auch heute noch zu den Wurzeln des "Grauen Wolfes".

Hofierung und Verharmlosung türkischer Rechtsextremisten

Die extrem rechten türkischen Organisationen in Deutschland werden von Seiten der offiziellen Behörden geradezu als harmlos dargestellt. Der vor kurzem erschienene Verfassungsschutzbericht 2003 benennt zwar die "Gefahr des islamistischen Terrors", hat aber trotz dessen die Gefahren und Aktionsfelder der extrem rechten türkischen Dachverbände in der Bundesrepublik Deutschland ausgeblendet. Während noch in den Verfassungsschutzberichten der 1980er die "Türk Federasyon" als Dachverband unter der Spalte der "Extremen Nationalisten" aufgeführt ist, findet man in den Berichten nach 1993 keine Angaben über die Aktivitäten dieser Organisation. Im Verfassungsschutzbericht 1999 erscheint eine kurze Bemerkung über die Zunahme der Aktivitäten der "Türk Federasyon", die in Beziehung zu dem Wahlerfolg der MHP in der Türkei gesehen werden. In den aktuellen Verfassungsschutzberichten finden die "Grauen Wölfe" keine Erwähnung mehr.

Auf eine im Jahre 1995 gestellte parlamentarische Anfrage der PDS-Abgeordneten **Ulla Jelpke** über die rechtsextremen und fundamentalistischen türkischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland antwortete das Bundesinnenministerium, die "Türk Federasyon" (ADÜTDF) bezwecke "bevorzugt in Form von Folklore- und Saalveranstaltungen [...] die Interessen der Türkischen Republik im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland zur Geltung zu bringen." In dieser Antwort kommt nicht nur eine verharmlosende Haltung zum Ausdruck, sondern auch eine Fehlbeurteilung der politischen Ideologie der "Türk Federasyon".

Auf dieser Linie liegt auch, dass die Ausländerbeauftragte des Landes Berlin-Brandenburg, **Barbara John**, und der Polizeihauptkommissar **Lüder** von Berlin-Kreuzberg im Oktober 1994 das Zentrum "Berlin Türk Ülkücüler Birligi" ("Bund der Türkischen Idealisten in Berlin") besuchten und gegenüber der konservativ-nationalen Tageszeitung "Türkiye" erklärten: "Die Idealisten sind, wie angenommen wird, keine Gewalttäter. Im Gegenteil sie sind kultivierte Menschen, die die Gesetze achten. Wir hatten bisher keine Probleme mit den Idealisten. Die Idealisten sind unsere Freunde. Von Zeit zu Zeit werden wir die Türk Ülkücüler Birliði besuchen kommen." In dieser Aussage wird die "Türk Federasyon" gelobt, ja sogar politisch in Schutz genommen.

Oft geht diese Verharmlosung Hand in Hand mit einer erschreckenden Unkenntnis, wie zum Beispiel beim Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg, **Franz Schulz** ("Bündnis '90/ Die Grünen"). Dieser hatte sich nichts dabei gedacht, eine Delegation der "Türk Federasyon" anlässlich einer Verbandskampagne unter dem Motto "Kampf den Drogen - Kampagne zum Schutz der Jugend" zu empfangen. Als jedoch in die Öffentlichkeit kam, dass es sich bei der "Türk Federasyon" um einen extrem rechten türkischen Dachverband handele, distanzierte sich Bezirksbürgermeister Schulz von dieser Organisation und bemerkte, dass er über die Hintergründe nicht informiert gewesen wäre. Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Mannheim. Im Rahmen des Baus der größten Moschee in der Bundesrepublik Deutschland überließ die Mannheimer Kommune aus Unkenntnis dem Anführer der "Grauen Wölfe" die Leitung der Moschee.

Aber die "Grauen Wölfe" werden auch in Kenntnis ihrer Ideologie und Aktivitäten geradezu hofiert, wie das bereits erwähnte Beispiel des Besuches eines ihrer Vereine anlässlich des traditionellen Ramazanfestes durch Bayerns Innenminister Günter Beckstein zeigt. Beckstein stellte sich damit in eine bewährte CSU-Tradition: Sein ehemaliger Landesvater Franz Josef Strauß hatte sich im Jahre 1978 sogar persönlich mit Türkeþ getroffen.

Deutsche und türkische extreme Rechte

"Die Gemeinsamkeiten unserer Parteien hinsichtlich der Ziele haben mich besonders gefreut. Wir haben gemeinsame ideologische Ziele. (...) Wir haben den Vorschlag des gegenseitigen Besuchs von Jugendgruppen einstimmig akzeptiert", schrieb im Jahre 1970 der damalige Vorsitzender der NPD in einem Brief an Türkeþ. In einem Interview vom März 1978 schilderte **Michael Kühnen**, Gründer der neonazistischen Organisation "Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten" (ANS): "Wir haben sowohl im Inland als auch im Ausland gute Beziehungen. Wir kennen die Grauen Wölfe und wir haben Respekt vor ihnen. Wir hegen für ihre Ziele Sympathie." Von einer wahrnehmbaren Kooperation zwischen türkischer und deutscher extremer Rechter kann indes trotz ideologischer Gemeinsamkeiten nicht die Rede sein, erst recht nicht an der Basis. In einem aktuellen Aufkleber in deutscher und türkischer Sprache des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" heißt es: "Über Hundert Jahre Deutsch-Türkische Freundschaft; Deutscher sei stolz, Deutscher zu sein! Türke sei stolz, Türke zu sein!" - Gemeinsam gegen Rassenmischung und Multikultur!" Dass "der Türke" diesen Kampf ausschließlich in "seiner angestammten Heimat" zu führen habe, versteht sich für den KDS natürlich von selbst. Er hätte es auch kürzer fassen können: "Türken raus!" Dabei darf aber ein Punkt nicht außer Acht gelassen werden: Die Parole "Gemeinsam gegen Rassenmischung und Multikultur!", wird in ihrem Kern auch von der türkischen extremen Rechten vertreten. Auch sie lehnen alle Ansätze von Multi- und Interkulturalität ab und propagieren ein Leben in 'ethnischen Nischen', in der alle Nationalitäten getrennt voneinander für ihre "nationalen Werte" leben müssen. Dieser ethnopluralistische Ansatz verfestigt die ideologische Verwandschaft zwischen türkischer und deutscher extremen Rechten.

Aufkleber des KDS

RechtsRock-Splitter

RechtsRock-Konzert in Gelsenkirchen

Etwa 200 Gäste ließen sich am 24. April im alten Schalker Bahnhof unter starkem Polizeischutz "Livemusik in gemütlicher privater Atmosphäre" nicht entgehen. "115. Glatzen-Geburtstagsparty" hatte es zuvor in Anspielung auf den vier Tage zurückliegenden 115. "Führergeburtstag" für kurze Zeit auf einer Skinhead-Homepage im Internet geheißen, bei kurzzeitiger Nennung des genauen Austragungsortes. Organisiert wurde das Konzert offenbar vom Gelsenkirchener Szene-Laden "**Viking-Ship**". Auf der Bühne gaben sich die Bands "**Faustkampf**" und "**Cherusker**" - Konzertberichten zufolge eine Gruppe mit Bochumer Musikern und einem Sänger aus dem Sauerland - die Ehre. "Schade das **Sturmwehr** und **Oidoxie** nicht aufgetreten sind", äußerte sich ein Besucher enttäuscht im Internet. Immerhin war zuvor "Jens B. (Sturmwehr)", also ein Soloauftritt des Gelsenkirchener **Jens Brucherseifer**, angekündigt worden. Und immerhin hatte man 20 Euro Eintritt für das - wie es im Internet heißt - "sehr tabulose Konzert" zahlen müssen.

Die für das Konzert ausgewählte Räumlichkeit scheint sich zwischenzeitlich zu einer regelmäßigen Lokation für die Szene zu entwickeln. Am 27. Mai berichtete die WAZ von einem weiteren Event am 22. Mai, währenddessen wohl schon der dritte "innerhalb von vier Wochen". "Der Mieter", so die WAZ, "wird dem rechten ‚Vikingship'-Umfeld zugerechnet, will in dem Gebäude ein Veranstaltungszentrum mit Shop und Kiosk einrichten. Eine Bauvoranfrage liegt bei der Stadt vor."

Ausreden

Erneut war es der Gelsenkirchener **Jens Brucherseifer** von "**Sturmwehr**", der sich am 4. Juni 2004 den Unmut seiner "Kameraden" zuzog, als er nur eine halbe Stunde vor Beginn eines geplanten Balladenabends in der hessischen Wetterau per SMS mitteilte, dass er nicht kommen könne. Die Organisatoren glaubten ihm wohl nicht, dass er keinen Fahrer gefunden habe.

Marco Laszcz weiter emsig dabei

Musste sich **Marco Laszcz**, Kopf der Band "**Sleipnir**" noch im Frühjahr neue Mitstreiter suchen, erschien im Juni die CD "Exitus" der Band. Bei dieser handelt es sich nicht wie zumeist bei "Sleipnir" um eine Balladen-CD, sondern um Rockmusik. Laszcz half auch bei der aus Mecklenburg-Vorpommern stammenden Band "**Hagalaz**" aus, welche ihre CD "In die Heimat zurück" auch gleich bei "Boundless-Records", dem Label von Laszcz, veröffentlichte. Auch in nächster Zeit wird Laszcz als Liedermacher zu hören sein, so soll er auf dem Pressefest der "Deutschen Stimme" im August spielen.

"Knock Out" bringt erste CD heraus

Unter diesem Namen erschien die erste CD der Gütersloher Band "**Knock Out**". Die Band um ihren Sänger **Maurice Quakernack**, der über Jahre bei "**Sleipnir**" aktiv war, orientiert inhaltlich auf die Fußball-Szene. So sind die Texte auch nicht offen rechts, sondern beschäftigen sich mit Fußball, den siegreichen Deutschen und einem nebulösem "Widerstand". Auch wenn man sich nach außen unpolitisch gibt, sind es doch zumeist die klassischen Versände des RechtsRock, welche die CD anbieten.

Neue "Halgadom"

Anfang Mai erschien die CD "Sein und Werden" der Bad Hennefer Band "**Halgadom**" um **Frank Krämer**.

Diese dritte CD beinhaltet nicht nur metallastige, sondern auch Neofolk-Stücke, die mittels altertümlicher Instrumente, z.B. einer Bratsche, eine rückwärtsgewandte Stimmung schaffen. Inhaltlich geht es um heidnische Themen, die Runen, die Ahnenverehrung und den Kampf überhaupt. Erschienen ist die CD beim hauseigenen "**Sonnenkreuz Label**".

Neue "Nordwind"-DVD

Landauf, landab priesen die Angebotslisten die DVD "Donnerhall" der Fürther Gruppe "**Nordwind**" als "erste professionelle Musik-DVD". Ein Blick in das Filmmaterial lässt jedoch das Grauen aufkommen, langweilige und langwierige Einstellungen, in denen mehr schlecht als recht versucht wird, extrem rechte Inhalte an Mann und Frau zu bringen. Laut Cover soll die seit März 2004 breit vertriebene DVD schon im Jahr 2003 bei **VGR** in Hilden erschienen sein. Die Bezeichnung "RN-DVD 001" deutet auf einen Zusammenhang mit dem RechtsRock-Hochglanzmagazin "**Rock Nord**", das bei VGR erscheint. Dass sich VGR zu dem Produkt bekennt, verwundert etwas. In den letzten zwei Jahren erschienen zwar bereits eine Reihe CDs, die vom optischen Eindruck her deutlich auf VGR hinwiesen, auf denen sich aber nie ein Hinweis auf das Label finden ließ.

"Bloodrevenge"

Auch die ostwestfälische Band "**Bloodrevenge**" steht am 10. Juli 2004 beim "Nationalen Open Air" in Gera auf dem Programm. Das RechtsRock-Konzert ist angemeldet und soll mitten in der Stadt stattfinden. Neben "Bloodrevenge" sollen noch "**Confident of Victory**", "**Eugenik**", "**T.H.O.R.**" und "**Territorium**" spielen.

"Herrlich Hermannsland"

Im Juni 2004 erschien die Nr. 3 des RechtsRock-Fanzines "**Herrlich Hermannsland**" aus Bad Salzuflen. Neben Berichten über hauseigene Konzerte und diverse Partys finden sich Artikel zum Thema Odin, Berichte über diverse Aufmärsche der "Freien Kameradschaften" sowie ein Interview mit "Christiane" vom "**Club 88**" aus Neumünster. Gemeint sein dürfte **Christiane Dollscheid**.

"Stahlgewitter" goes Schulhof

Angeblich 280.000 CDs sollen n der nächsten Zeit kostenlos durch Aktivisten der Neonazi-Szene vor Schulen verteilt werden. Auf der CD mit dem Titel "Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund" ist auch die Band "**Stahlgewitter**" vertreten. Das Propagandaprojekt, das unter dem Titel "Schulhof" fungiert, soll den Schülern RechtsRock näher bringen.

"Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten"

Am 1. Juli wurde die CD "Braun ist beautiful" von "**Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten**" veröffentlicht. Unter dem Spitznamen "Gigi" firmiert in der Szene **Daniel Giese**, Mitglied der Bands "**Saccara**" und "**Stahlgewitter**". Dieser stand in Verdacht, auch hinter der Combo "**Zillertaler Türkenjäger**" zu stecken. Auf diese CD wird in den Ankündigungen der neuen CD auch immer wieder Bezug genommen. Im Booklet ist auch ein Bericht über die Durchsuchungsmaßnahmen gegen "Stahlgewitter" abgedruckt, die in Meppen, Köln, Bonn und im schweizerischen Winterthur stattfanden.

RechtsRock-Stars-Sampler

Im "WB-Versand" erschien Ende Juli der zweite Teil des Samplers "Amalek". Darauf ist die Creme de la Creme der deutschen RechtsRock-Szene versammelt. Neben "**Kraftschlag**", dem "**Landser**"-Sänger **"Lunikoff"** und "**Hauptkampflinie**" ist auch "**Stahlgewitter**" mit den zwei Liedern "Ehre" und "V-Mann" vertreten.

Livemusik in Bad Salzuflen

Ein Konzert mit den Bands "**Blood Revenge**" und "**Gegenschlag**" fand am 3. April 2004 im Raum Bad Salzuflen statt. Zum Abschluss spielte mit Unterstützung der Frontmann von "Oidoxie", **Marko Gottschalk**, auf. Zirka 100 Besucher fanden sich ein.

Kavlak muss sitzen

Das Schöffengericht Arnsberg hat am 25. Juni den Neonazi **Stefan Kavlak** aus Neheim-Hüsten zu einer Haftstrafe von eineinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt. Kavlak gehört zum Umfeld der RechtsRockband "**Weisse Wölfe**"; in der Vergangenheit war er selbst auch mit dem Bandprojekt "**Weaponed Hate**" in Erscheinung getreten. Verurteilt wurde er wegen zwei Körperverletzungsdelikten, der Beleidigung Polizeibeamten – er hatte sie als "Wichser" und "Arschloch" tituliert – und wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Gerade dieser Widerstand hatte das Gericht Presseberichten zufolge am längsten beschäftigt. Bei einem nächtlichen Polizeieinsatz wegen einer Ruhestörung in der Wohnung des "Weisse Wölfe"-Sängers **Stjepan Jus** soll er auf die Beamten losgegangen sein. Kavlaks Verteidiger **Andre Picker** hatte den Polizeieinsatz als Verstoß gegen den Grundgesetzartikel, der die Unverletzlichkeit der Wohnung garantiert, gewertet. Das Gericht sah das anders. Auf Bewährung mochte es auch nicht mehr entscheiden, da Kavlak zuvor schon viermal wegen Körperverletzungen vorurteilt worden war und schon dreimal Bewährungsstrafen gegen ihn verhängt waren.

Dumm gelaufen, Herr Gottschalk

"**Oidoxie**"-Sänger **Marko Gottschalk** (32) hat nun auch Ärger mit der Polizei in Hamburg. Wie der Verfassungsschutz der Hansestadt im April mitteilte, hatte der Zoll bereits am 7. Februar Gottschalks Wagen im Hamburger Freihafen durchsucht – und war dabei fündig geworden. 120 CDs stellten die Beamten sicher, u.a. von "Oidoxie", "**Spreegeschwader**", "**Hauptkampflinie**", "**Chaos 88**", "**Brutal Attack**", "**No Remorse**" und "**Blue Eyed Devils**". Zudem fanden sie bei Gottschalk

eine CD der Gruppe "**Rassenhass**" mit, wie der Hamburger VS betont, "extrem antisemitischen, fremdenfeindlichen und volksverhetzenden Texten". Gottschalk transportierte an jenem Tag in seinem Wagen außerdem T-Shirts und Sweatshirts mit den Logos verschiedener RechtsRock-Gruppen und "Combat 18"-Parolen. Angeblich wollte Gottschalk zu einer "Geburtstagsfeier" in Geesthacht fahren. Tatsächlich fand jedoch an jenem Abend im 25 Kilometer von Geesthacht entfernten Boizenburg ein Konzert mit "**Ultima Frontiera**", "**Legion of Thor**", "**Path of Resistance**" und "**Einherjer**" statt, bei dem **Christian Worch**, als dessen Hausband "Oidoxie" gelten kann, gegenüber der Polizei als Verhandlungsführer der Organisatoren auftrat.
Weitere Ermittlungen gegen das "Oidoxie"-Umfeld hat die Dortmunder Polizei aufgenommen. Wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt sie nun auch gegen die Betreiber des Forums auf der "Oidoxie"-Homepage.

"Oidoxie" weiter aktiv

Am 12. Juni 2004 trat die Dortmunder Band "**Oidoxie**" auf einem RechtsRock-Konzert in Mittelhessen auf. Dabei soll sie im Internet kursierenden Berichten von Neonazis zufolge auch indizierte Lieder der "**Weissen Wölfe**" gespielt haben.

"Vergeltungsschlag" in Hamm

Eine neu gegründete RechtsRock-Band scheint es in Hamm zu geben. Berichten im Internet zufolge soll diesen den einfallsreichen Namen "**Vergeltungsschlag**" tragen und in Kürze ein Demo mit dem Titel "Hamm ist unsere Heimat" veröffentlichen. Songtitel wie "Gladenbach", in Anspielung auf die jüngsten Aufmärsche in der gleichnamigen mittelhessischen Kleinstadt, deuten auf eine Nähe zur "**Kameradschaft Hamm**" hin (siehe Seite 28).

Liederabend in Velbert

Einmal mehr fand am 17. April Informationen der neonazistische Gruppe "Die Moite Essen/Duisburg" zufolge ein Liederabend in Velbert, Kreis Mettmann statt. "War der Abend geil!!!" begeistert sich ein unter "Walhalla" schreibender Neonazis auf der "Moite"-Homepage. Und ist voll des Dankes: "Gruss und Dank an die Gastgeber und Aaskeraja aus Velbert".

VAWS rausgeflogen

Antifaschistische Proteste gegen den extrem rechten "Verlag und Agentur **Werner Symanek**" (VAWS) zeigten endlich Wirkung. Bis zum 18. Mai unterhielt der Verleger extrem rechter Musik und Publikationen seine Büroräume auf der Oberhausener Marktstraße. Zwar war es lokalen AntifaschistInnen vor fast zwei Jahren schon einmal gelungen, ihn aus seinen Geschäftsräumen zu vertreiben, damals konnte er sich aber hundert Meter entfernt neu einmieten. Das "Antifaschistische Bündnis Oberhausen" (ABO) protestierte daraufhin bei dem zuständigen Vermieter, richtete eine Informationsveranstaltung aus, verteilte Flugblätter auf der Marktstraße und informierte die Nachbarn von VAWS. Die vielfältigen Proteste zeigten ihre Wirkung. Hinzu kam, dass mehrfach die mit rechten Devotionalien bestückten Schaufenster zu Bruch gingen. Der Vermieter handelte nun: VAWS musste gehen. Inwiefern der Umzug den Geschäftsbetrieb von VAWS nachhaltig beeinträchtigt, lässt sich jedoch noch nicht einschätzen. Für Anfang Juli plant Symanek jedenfalls ein Festival mit rechten Gothic- und Darkwave-Bands. NRW meidet er jedoch als Austragungsort, das ganze soll unter dem Motto "Heiliges Österreich" in Kärnten stattfinden. Die "Grünalternative Jugend" (GAJ) Kärnten/Koroska ruft zu Protesten auf.
(ABO)

Fronttransparent des Aufmarsches am 19. Juni 2004 in Dortmund

Aufmarsch-Splitter

8. Mai 2004, Marienfelds (Rheinland-Pfalz): Zahlreiche Neonazis aus NRW zog es am 8. Mai erneut in das rheinland-pfälzische Dörfchen Marienfels. Im vorigen November waren sie dort erstmals aufmarschiert, weil der Gemeinderat den Abriss eines „Ehrenmals" für die Waffen-SS verlangt hatte. Diesmal protestierten sie, weil Unbekannte die Sache selbst in die Hand genommen und den drei Meter hohen Steinaufsatz beschädigt hatten. Zwischen 150 und 200 Neonazis folgten dem Aufruf zur Demo, auf die auch **Martin Scheele**s **Siegener Kameradschaft 2/130** hingewiesen hatte. Führend mit von der Partie waren Neonazis aus NRW. Als Redner traten der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer**, der Führungskader der „Freien Kameradschaften" **Ralph Tegethoff** und der NPD-Kreisvorsitzende Bonn **Robert Klug** auf. Das Wort ergriff auch **Constant Kusters**, der Vorsitzende der „**Nederlandse Volks-Unie**", und zur Moderation sein Parteisekretär **Christian Malcoci** (NVU).

3. Juni 2004, Dortmund: Zwischen 50 und 60 Neonazis kamen zu einer Kundgebung der „**Kameradschaft Dortmund**" vor dem „Kommunikativen Bildungswerk KOBI" in der Adlerstraße. Dort referierte an jenem Abend ein Mitarbeiter des „Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums" (apabiz) über „Symbole, Codes und Lifestyle der extremen Rechten". Unter dem Motto „Gegen linke Hetze und Intoleranz" hatten die Dortmunder Neonazis zu ihrem Gegenaufmarsch aufgerufen. Ans Mikrofon traten dabei **Katja Jarminowski** (Dortmund), **Pascal Zinn** (Dortmund) und **Axel Reitz** (Köln).

19. Juni 2004, Dortmund: Gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Hörde und unter dem Motto „Nein zu Multikulti" marschierten deutlich mehr als 300 Neonazis auf. RednerInnen waren **Sascha Krolzig** aus Hamm, **Hartmut Wostupatsch** aus Würzburg, **Thorsten Heise** aus Thüringen, **Christian Worch** aus Hamburg, **Ivonne Mädel** aus Thüringen und **Axel Reitz**.aus Köln. Angemeldet worden war die Demonstration von **Katja Jarminowski** und **Karin Lenzdorf** von der „**Kameradschaft Dortmund**". **NPD**-Funktionäre aus NRW „glänzten" bei der Veranstaltung weitgehend durch Abwesenheit. Begründet wurde dies vom stellvertretenden Landesvorsitzenden **Timo Pradel** später mit einer an diesem Tag im Märkischen Kreis stattfindenden Sonnenwendfeier. Worch fand dies offenbar nicht besonders glaubwürdig: „Da es von Dortmund in den Märkischen Kreis wohl nicht viel mehr als vielleicht 30 Fahrkilometer sind, hätte jeder, der Interesse gehabt hätte, erst an der Demonstration und anschließend an der Sonnwendfeier teilnehmen können."

26. Juni 2004, Bochum: Nachdem Mitte März das Verbot einer Neonazi-Demonstration gegen den Neubau einer Synagoge in Bochum bis hin zum Bundesverfassungsgericht Bestand gehabt hatte, durften Neonazis Ende Juni dann doch, „Hopp, hopp, hopp – Synagogenstopp" grölend, am Rand der Innenstadt aufmarschieren. Die Karlsruher Richter hatten in letzter Instanz das Veranstaltungsverbot aufgehoben. Die Polizei zählte 210 Teilnehmer, die Organisationsleitung der Neonazis 250 bis 300. Veranstalter der Demo waren der **NPD**-Landesverband NRW und „**Freie Nationalisten**". Redner waren NPD-Landesvize **Timo Pradel**, der Vorsitzende der niederländischen **NVU Constant Kusters**, **Axel Reitz** (KDS), der „Freie" **Sven Skoda**, NPD-Landes-Vize **Claus Cremer** (der zusammen mit der Sauerländerin **Daniela Wegener** auch führend an der Vorbereitung beteiligt war), NPD-Landespressesprecher **Stephan Flug** und NPD-Vorstandsmitglied **Willibert Kunkel**. Während bei den Rednern die NPDler in der Mehrheit war, dominierten im Demonstrationszug die „Freien". Ihr Block war mindestens doppelt so groß wie der der NPD-Mitglieder. Von der Demonstration ausgeschlossen hatte die Polizei 26 Neonazis, die es mit dem Alkoholverbot nicht ganz so ernst genommen hatten. Gegen Cremer leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein. Die Organisationsleitung der Neonazis kündigte weitere Aktionen gegen den Synagogenbau in Bochum an.

Kurzmeldungen

Neonazis postieren sich vor dem Szene-Shop "Buy or Die". Links: Inhaber Peter Voss.

Nazi-Aktivitäten gegen Antifa-Demo gegen „Buy or Die"

Rund 250 AntifaschistInnen demonstrierten am 8. Mai in Dortmund gegen den Neonazi-Szeneladen „**Buy or Die**". Ein Teil seiner Kundschaft versuchte sich derweil in „Anti-Antifa"-Arbeit. „Es wird Widerstand geben", war wenige Tage vor der Demo im Forum der Essen/Duisburger Gruppe „Die Moite" gedroht worden. Am Veranstaltungstag selbst „schützten" etwa 50 Neonazis das Geschäft an der Rheinischen Straße 135. Mindestens drei Neonazis liefen in dem Demonstrationszug mit, um - am „Buy or Die" angekommen - zu provozieren. Sie wurden von der Polizei festgenommen. Weitere Neonazis beobachteten den Demonstrationszug von außerhalb, um Fotos zu machen und Videos aufzunehmen. Die Polizei berichtete am Ende von elf Festnahmen: fünf Demonstranten gegen den Laden und sechs Neonazis.

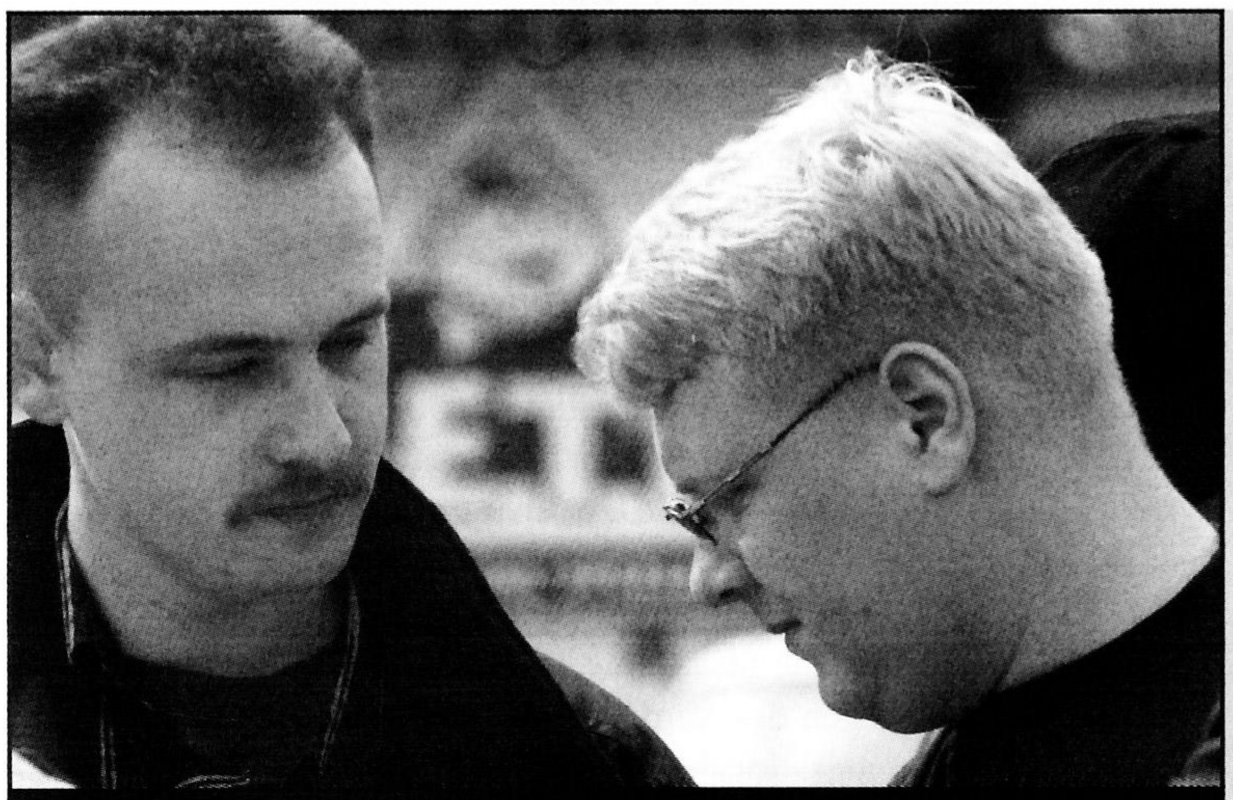
Wie eine Dortmunder Zeitung berichtete, ist gegen den Betreiber des Ladens an der Rheinischen Straße, **Peter Voss** (23), inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet worden.

Europawahl-Ergebnisse

Extrem rechte Parteien kamen bei der Europawahl am 13. Juni in NRW insgesamt auf 2,5 Prozent der Stimmen (bundesweit 3,6 Prozent). Die „**Republikaner**" erreichten in NRW 1,2 % (1999: 0,9 %), die **NPD** 0,6 % (0,3), die Gruppierung „**Ab jetzt...Bündnis für Deutschland**" 0,4 %, die „**Deutsche Partei**" (DP) 0,2 % und die „**Bürgerbewegung Solidarität**" (BüSo) 0,1 %. Die REPs gewannen in NRW knapp 10.000 Wähler hinzu; für sie stimmten 62.811 Wähler. Die NPD konnte ihre Wählerschaft mehr als verdoppeln: von 14.374 auf 31.600. Für die Gruppierung „Bündnis für Deutschland" und die Deutsche Partei, die 1999 nicht angetreten waren, stimmten 22.098 bzw. 10.548 Wähler. Die REPS erzielten ihre besten Ergebnisse in Herne (3,1 %), Gelsenkirchen (3,0 %), Hagen, Wuppertal und Hamm (2,2 %). Die NPD kam in Gelsenkirchen und Oberhausen auf 1,1 %, in Bochum, Herne und im Märkischen Kreis auf 1,0 %.

Neonazi-Aktivitäten am 8. Mai

Für die einen Neonazis ist es der „Tag der Ehre", für die anderen der „Tag der Erniedrigung". So oder so: Am 8. Mai zog es sie vor die Ehrenmale im Lande. Der „**Nationale Widerstand Münsterland**" beispielsweise organisierte gemeinsam mit einer „**Aktionsgruppe Bocholt**" sowie Neonazis aus Hamminkeln eine Gedenkstunde mit Kranzabwurf am Ehrenmal in Bocholt. „Aktivisten der **NPD** und des freien Widerstands in Wattenscheid" führten nach eigenen Angaben mit 20 Teilnehmern eine „Spontanaktion" am Ehrenmal im Stadtteil Günnigfeld durch. Zwei Mitglieder des NPD-Landesvorstands und ein „Freier" ergriffen dort das Wort, nachdem die Neonazis von ihrem Aufmarsch in Marienfels *(siehe Seite 37)* zurückgekehrt waren. Neonazis aus Ostwestfalen fuhren zunächst in den Nachbarkreis Schaumburg, wo die erste Kranzniederlegung stattfand. Mit Fackeln bestückt marschierten sie später zu einem Ehrenmal in Ostwestfalen: „Es folgten einige Redebeiträge, gemeinsam wurden einige Lieder gesungen, in einer Schweigeminute die Fahnen gesenkt und die Kränze für die gefallenen Helden niedergelegt."



Das damalige NPD-Landesvorstandsmitglied Axel Hellmann (li.) am 1. Mai 2001bei einer Besprechung mit Versammlungsleiter Timo Pradel

Fluchthelfer verurteilt

Das Amtsgericht Wuppertal verurteilte Anfang Mai zwei Männer wegen versuchter Strafvereitelung, da sie im Juli 2000 nach dem neonazistischen Angriff auf eine antifaschistische Gedenkstättenveranstaltung am Mahnmal Kemna in Wuppertal Fluchthilfe für die Täter geleistet hatten. Angefordert worden war die Fluchthilfe von dem Haupttäter des Angriffs, dem Schwelmer **NPD**-Ratsherren **Thorsten Crämer**. Und so verwundert es auch nicht, dass es sich bei einem der beiden zu jeweils 100 Tagessätzen zu je 40 Euro verurteilten Täter um den mit Crämer eng verbandelten NPD-Funktionär **Axel Hellmann** aus Schwelm handelt, der bis vor kurzem Mitglied des NPD-Landesvorstandes war. Bei dem zweiten handelt es sich um **André Hüsgen** aus Wuppertal. Verteidigt wurden die Angeklagten durch die Hofanwälte der nordrhein-westfälischen extremen Rechten

"Es gibt jetzt Krieg"

Vor dem Kölner Landgericht hat der Prozess gegen den ehemaligen Rhodesien-Söldner **Thomas Adolf** (45) begonnen, der im Oktober letzten Jahres drei Menschen in Overath erschossen hatte. Vor Gericht macht Adolf aus seiner Nazi-Gesinnung keinen Hehl. Schon 1994 hatte er für die "**Deutsche Liga für Volk und Heimat**" in Köln kandidiert und gehörte zu den damaligen Mitstreitern von **Manfred Rouhs** und **Markus Beisicht**, die heute für die "**Bürgerbewegung pro Köln**" aktiv sind. Ende der 90er Jahre hatte ein Overather Anwalt Mietrückstände von Adolf eingetrieben, der bis 1999 in der "Schwellenbacher Mühle" zwischen Overath und Much lebte. Hier, im Bergischen Land, soll Adolf auch neofaschistische Kameradschaftstreffen und Sonnenwendfeiern veranstaltet haben. Kontakte unterhielt er auch zur Neonazi-Truppe "**Sauerländer Aktionsfront**", weswegen er zeitweise auch vom VS beobachtet wurde. Der Overather Anwalt wurde für Adolf zum Hassobjekt. 1998, im selben Jahr stellte der VS Adolfs Beobachtung ein, wurde der Ex-Söldner von seiner Ex-Freundin wegen Körperverletzung angezeigt. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei eine Schusswaffe und neofaschistisches Propagandamaterial. Der bereits mehrfach wegen Körperverletzung verurteilte Adolf musste deswegen eine Geldstrafe über 2700 DM bezahlen. Nach seinem Rauswurf aus dem alten Gut bei Overath wohnte Adolf im Zentrum von Geilenkirchen bei Aachen, einem Aktionsgebiet der neofaschistischen "Kameradschaft Aachener Land". Auch hier blieb Adolfs neonazistische Gesinnung nicht unbekannt. Immer häufiger fielen auf dem Platz vor dessen Wohnung junge Männer mit schwarzen Bomberjacken und Springerstiefeln auf.. Vor Gericht rechtfertigt der Angeklagte seine persönliche Abrechnung mit dem Overather Anwalt und seiner Familie als Beginn einer geplanten "Anschlagserie", bei der es darum gegangen sei, "Hochverräter" zu "exekutieren." Die "**39. SS Division Götterdämmerung**" habe eine "Todesliste" aufgestellt, auf der neben Juristen auch Journalisten, Schriftsteller, wie z.B. **Ralph Giordano**, Politiker und Staatsschützer gestanden haben sollen. Fakt ist jedenfalls, dass Adolf nicht alleine war mit seiner Nazi-Gesinnung. Mit "Kameraden" habe man sich in Köln-Ehrenfeld getroffen, bestätigte auch dessen Mitangeklagte und Ex-Freundin. Wehrsportübungen seien in einem Bunker im Siebengebirge durchgeführt worden. Dabei habe, so Adolf, ein Offizier der Schweizer Armee die Gruppe im Häuserkampf und im Umgang mit Sprengstoff geschult. Auch ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes soll der Gruppe angehört haben. Auch zu Treffen anderer neofaschistischer Gruppen im Bundesgebiet sei man gefahren, weiß die Ex-Freundin von Adolf.

Von Joß Fritz

Haftstrafe für Neheim-Hüstener Neonazi

Zu einer Haftstrafe von vier Jahren und einem Monat hat das Arnsberger Amtsgericht im April den 24-jährigen **Marcel Jähne** aus Neheim-Hüsten verurteilt. Unter anderem war dem Mann, der zum Umfeld des „Weisse Wölfe"-Sängers **Stjepan Jus** gerechnet wird, schwere Körperverletzung vorgeworfen worden: Einem 32-Jährigen hatte er eine Flasche auf den Kopf geschlagen, ihn mit Fäusten traktiert und dem schon am Boden Liegenden mit Springerstiefeln ins Gesicht getreten – „wie auf einen Fußball", stellte ein Gutachter fest. Das Opfer musste mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden. Neben weiteren Körperverletzungsdelikten war er u.a. auch angeklagt, weil er den Hitler-Gruß gezeigt hatte.

"Blood & Honour"-Veranstaltung

Auch in diesem Jahr organisierte die niederländische Division von „**Blood & Honour**" eine Saalveranstaltung zum Hitler-Geburtstag. Am 24. April nahmen daran nach einem Bericht der „**Division Niederlande**" etwa 50 Neonazis teil, „darunter eine Abordnung von C18-Sympathisanten aus dem westlichen Teil des Altreiches sowie ein Kamerad des **WAW-Berlin**". Deutsche Redner gab es diesmal nicht. Vorgesehene Referenten sagten ab („1 musste zu einer Aktion, 1 im Krankenhaus, 1 in Gesinnungshaft"), so dass man sich auf den niederländischen Hauptredner beschränkt habe, der „mit klaren unzensierten Worten auf die heutigen Verhältnisse und den geschichtlichen Teil" eingegangen sei. Abends trat auch ein „Balladenspieler" ans Mikro: „So manches alte Lied von den braunen Bataillonen" sei „kräftig mitgesungen" worden, heißt es in einem Bericht der „B&H-Division Niederlande".

Markus Beisicht (Burscheid), **Andre Picker** (Dortmund) und **Björn Clemens** (Düsseldorf). Sie versuchten ebenso wie die NPD, die damalige Tat als vom Verfassungsschutz provoziert darzustellen. Immerhin war 2000 der damalige NPD-Landeschef **Udo Holtmann** noch als V-Mann unterwegs gewesen. Aber nicht nur Holtmann gilt der NPD als Übeltäter. „Von den gegen ‚antifaschistische' Übergriffe geplanten Präventivmaßnahmen in Schwelm und Wuppertal wussten", so der NPD-Kader **Dieter Koch** aus Sprockhövel, „u.a. der langjährige NPD-Landesvorsitzende Udo Holtmann, [...], sein Stellvertreter Wolfgang H. aus Bochum, der Ende 2002 plötzlich unter dubiosen Umständen von der Bildfläche verschwand, sowie das ehemalige Landesvorstandsmitglied Wolfgang K. aus Herten." Mit „Wolfgang H." ist der langjährige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Wolfgang Henning** gemeint, mit „Wolfgang K." das ehemalige NPD-Landesvorstandsmitglied **Wolfgang Kevering** aus Herten. Eben diesen Kevering, „der bereits in früheren Jahren von vielen in der NPD des Agententums verdächtigt wurde", sieht die NPD als besonderen Schlimmfinger in der Angelegenheit. Schließlich sei er es gewesen, der Crämer über eine vermeintliche Gefahr eines am 9. Juli 2000 anstehenden „Antifaschistischen Stadtrundganges" informiert hätte, obwohl dieser bereits am Tag zuvor stattgefunden hätte. Und damit Crämer dazu gebracht habe, „jene Schutzmaßnahmen" zu veranlassen, „die später unter offenkundiger Federführung von Agents provocateurs wie **Axel Boris Hausweiler** und **Norbert Wölk** in Gewalttaten umschlugen." Kevering sei, nachdem er mit seinem Ansinnen, Crämer aus der Partei ausschließen zu lassen, gescheitert war, „urplötzlich" aus der Partei ausgetreten und „verschwand völlig von der Bildfläche - im Januar 2002, kurz vor der Enttarnung einiger Agenten im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren."

Von Jörg Kronauer

"Widerrechtlich konfisziert"

Die "Preußische Treuhand": Musterexemplar des deutschen Revisionismus

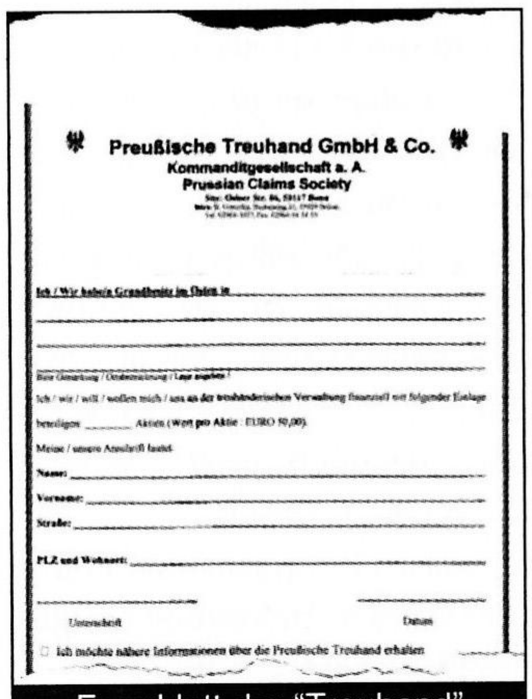
Prunkvoll strahlt der Palac Mierzecin in der Frühlingssonne. Mitten in einem hübschen Park liegt das zum Hotel umgebaute Schloss am Rande der wilden Puszcza Notecka im Westen Polens. "Ein besonders schönes Fleckchen Erde", wirbt der Hotelbesitzer - und hat damit nicht einmal Unrecht. Auch das Schloss selbst beeindruckt, gilt in der Region als eines der am besten restaurierten Baudenkmäler. Es stammt aus der Zeit, da die nahe Kleinstadt Gorzów Wielkopolski noch Landsberg an der Warthe hieß - und zu Preußen gehörte.

"Der polnische Staat hat deutsches Eigentum widerrechtlich konfisziert. Das kommt einem Raub gleich", behauptet **Alexander von Waldow** in der REP-Parteizeitung "Zeit für Protest". Der Spross eines preußischen Adelsclans hält sich für den rechtmäßigen Eigentümer des Palac Mierzecin und der umliegenden Ländereien. Seine Vorfahren hatten das Schloss ("Schloss Mehrenthin") 1861 bis 1863 erbauen lassen, inmitten eines 3.500 Hektar großen Grundbesitzes, den sie auf Kosten kleinerer Bauernwirtschaften zusammengepresst hatten. Nach der deutschen Kapitulation im Jahr 1945 wurden die Waldows enteignet, Alexander - inzwischen über 80 Jahre alt - verlangt nun Rückgabe und Entschädigung.

Das Instrument, das Waldow helfen könnte, sein Verlangen durchzusetzen, ist die "Preußische Treuhand" aus Düsseldorf. Waldow ist Mitbegründer der Organisation, die aus intensiven Strategiedebatten in den "Vertriebenen"-Verbänden heraus entstanden ist. Sie hat es im vergangenen Jahr vor allem in Polen zu erheblicher Bekanntheit gebracht und gilt dort inzwischen als Musterexemplar des deutschen Revisionismus.

Die Wende

Die historische Ausgangssituation, die schließlich die Gründung der Preußischen Treuhand zweckmäßig erscheinen ließ, entwickelte sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa. War es zuvor noch undenkbar, deutsche Ansprüche in den Herkunftsstaaten der deutschen Umgesiedelten durchzusetzen, so änderte sich dies schlagartig mit den Umwälzungen ab 1989. Von "neue[n] Möglichkeiten" für die Umgesiedelten, die sich seitdem auftun, spricht die Preußische Treuhand, nicht zuletzt im Hinblick auf ein besonders heikles Thema: "Die zentrale Frage der Rückkehr zu Haus und Hof, insbesondere die damit verbundene Rückgabe des konfiszierten Eigentums".



Preußische Treuhand GmbH & Co.
Kommanditgesellschaft a. A.
Prussian Claims Society

Ich / Wir haben Grundbesitz im Osten in

Ich / wir / will / wollen mich / uns an der treuhänderischen Verwaltung finanziell mit folgender Einlage beteiligen _____ Aktien (Wert pro Aktie : EURO 50,00).

Meine / unsere Anschrift lautet

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ und Wohnort: _____

Unterschrift Datum

☐ Ich möchte nähere Informationen über die Preußische Treuhand erhalten

Formblatt der "Treuhand"

Rückgabe konfiszierten Eigentums? Eigentlich sollte man meinen, seit dem Potsdamer Abkommen sei die Sache klar. Die Alliierten, so heißt es im Abschnitt XIII des Dokuments, "erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss". Entsprechend erfolgte die Umsiedlung der Deutschen, zurückgebliebenes Eigentum ging an die vom Nazi-Terror befreiten Staaten.

Offene Vermögensfragen

Alles rechtmäßig, lautet die international vorherrschende Meinung. Schließlich hatten die Deutschen den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen, hatten Osteuropa mit einem Vernichtungskrieg überzogen und einen nicht wieder gutzumachenden Zivilisationsbruch vollführt. Gar nicht rechtmäßig, lautet die deutsche Position. Das Potsdamer Abkommen sei "ein abgeschlossenes historisches Kapitel", verlautet das Auswärtige Amt, Bundespräsident **Johannes Rau** nennt die Umsiedlungen "furchtbares Unrecht". Waren die Umsiedlungen aber Unrecht, so folgern die "Vertriebenen"-Verbände, dann gilt dies auch für die Enteignung der Umgesiedelten.

"Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen", schrieb "Bund der Vertriebenen" (BdV)-Generalsekretärin **Michaela Hriberski** kürzlich in einem Leserinnenbrief in der FAZ, "hat zuletzt am 29. Januar 2004 in Übereinstimmung mit seiner bisherigen Politik und mit allen Bundesregierungen (!) seit 1949 festgestellt, daß die Vermögensfragen der Vertriebenen offen sind." Wie soll man nun die angeblichen "offenen Vermögensfragen" lösen? So lautet die strategische Frage, die derzeit zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der "Vertriebenen"-Verbände, aber auch zwischen "Vertriebenen"-Verbänden und Bundesregierung führt.

Politische Lösung?

Der BdV, das bestätigt Hriberski in ihrem Leserinnenbrief, "strebt [...] eine politische Lösung der offenen Fragen an". "Wir fordern die Bundesregierung und die Regierungen der betroffenen Staaten auf", heißt es in einer Presseerklärung des Verbandes vom 26. April 2004, "den Weg dafür frei zu machen und eine politische Lösung zu suchen." Regierungsverhandlungen also und am Schluss eine Einigung zwischen Staaten, die allen Umgesiedelten zumindest eine gewisse Entschädigung sichert: Das will der BdV.

Genau dies jedoch sucht die Bundesregierung zu ver-

meiden. Denn deutsche Forderungen gegenüber osteuropäischen Staaten, darüber ist man sich in Berlin im Klaren, hätten selbstverständlich Gegenforderungen zur Folge. Für die Verwüstungen, die Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg angerichtet hat, hat man in Osteuropa nie Entschädigungen erhalten, und sollte der Rechtsnachfolger des Aggressors sich erdreisten, Ansprüche zu stellen, dann kämen im Gegenzug Entschädigungen für die deutschen Massenverbrechen auf die Tagesordnung. Entsprechend besteht die deutsche Regierung darauf, politische Verhandlungen über die angeblichen "offenen Vermögensfragen" zu vermeiden. Privatrechtliche Forderungen jedoch, das hat Bundespräsident Rau im vergangenen Oktober bestätigt, wird man keinesfalls behindern.

Privatklagen

Genau hier setzt die "Preußische Treuhand" an. Privatklagen, so sehen es die Initiatoren, werden das vorrangige Instrument deutscher Rückgabe- und Entschädigungsforderungen sein, solange die Bundesregierung es für nicht opportun hält, auf staatlicher Ebene einzugreifen. Privatklagen aber haben seit dem 1. Mai 2004 bessere Aussichten: Seit der EU-Osterweiterung untersteht etwa die polnische Justiz in letzter Instanz den europäischen Gerichten. Kann man annehmen, dass das höchste polnische Gericht nicht im Sinne der Deutschen entscheiden würde, so ist das beim Europäischen Gerichtshof in Luxembourg oder beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg weniger klar.

Privatklagen aber bringen eine Schwierigkeit mit sich: Die einzelnen Umgesiedelten, die solche Klagen einreichen müssen, sind inzwischen recht alt, Kraft und finanzielle Kapazitäten für den anstrengenden Rechtsweg haben längst nicht alle von ihnen. Sterben sie, dann könnten - so schreibt die Preußische Treuhand - "die Ansprüche untergehen, weil kein Erbe bestimmt worden ist oder weil die Angaben an den Erben nicht ausreichend weiter gegeben worden sind."

GmbH & Co. KG a.A.

Um derlei Widrigkeiten vorzubeugen, gründeten Mitglieder der drei großen "preußischen" "Vertriebenen"-Verbände ("Landsmannschaft Ostpreußen", "Landsmannschaft Schlesien", "Pommersche Landsmannschaft") am 14. Dezember 2000 die "Preußische Treuhand" GmbH. Die Organisation nahm am 18. September 2001 die Form einer "GmbH & Co. KG a.A." an und verkauft seitdem Anteilscheine ("Aktien"), die ihre Kapitalbasis (bisher ein sechsstelliger Betrag) erweitern sollen. Die "Preußische Treuhand" ist formal vom BdV unabhängig, jedoch mit der "Landsmannschaft Ostpreußen" und der "Landsmannschaft Schlesien" eng verflochten: Beide sind mit insgesamt 50 Prozent an ihr beteiligt. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, **Rudi Pawelka**, als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende werden der "Ostpreuße" **Hans-Günther Parplies** (BdV-Vizepräsident und BdV-Landesvorsitzender in NRW) und der "Pommer" Joachim von Waldow genannt. Die "Preußische Treuhand" hat ihren Sitz in der Düsseldorfer Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen NRW.

Die "Preußische Treuhand" betrachtet sich als "Selbsthilfeorganisation der Vertriebenen für deutsches Vermögen in den Vertreibungsgebieten". Ihr Ziel ist es, die Kräfte der einzelnen Umgesiedelten zu bündeln, "die Eigentumsansprüche der einzelnen Vertriebenen jeweils individuell [zu] sichern bzw. [zu] erhalten [...] und diese treuhänderisch für die jeweiligen

Vertriebenen oder dessen Erben rechtlich und wirtschaftlich [zu] handhab[en]". Dabei will sie den Rechtsweg bis hin zu den europäischen Gerichtshöfen gehen - und strebt gegebenenfalls auch Sammelklagen in den USA an. Vorbild: Die "Jewish Claims Conference", an die auch der englische Name der Treuhand anklingt - "Prussian Claims Society".

Scharfe Auseinandersetzungen

Viel Aufsehen hat die "Preußische Treuhand" in Polen hervorgerufen. Dort führt die Angst vor deutschen Ansprüchen inzwischen zu Gegenmaßnahmen. Das Stadtparlament der polnischen Hauptstadt hat die Schäden berechnen lassen, die die Deutschen zwischen 1939 und 1945 in Warszawa anrichteten - mehr als 30 Milliarden US-Dollar sind das vorläufige Ergebnis. In Poznan entsteht derzeit eine Initiative, die Ansprüche polnischer NS-Opfer bündeln will. Scharfe Auseinandersetzungen zeichnen sich ab.

Traurig stimmt der Charakter dieser Auseinandersetzungen. Der prunkvolle Palac Mierzecin - einst von dem preußischen Adelsclan von Waldow genutzt - wurde 1949 einem Staatlichen Landwirtschaftsgut zur Verfügung gestellt, das Kindergarten und Speisesaal darin einrichtete und den Prachtbau so der Bevölkerung zugänglich machte. Die Zeiten sind vorbei, inzwischen ist das Schloss privatisiert, die Zimmerpreise kann sich kaum jemand leisten. Die neuen polnischen Eliten sehen ihr kostbares Eigentum von deutschen Revisionsansprüchen bedroht - man wird alles daran setzen müssen, diese Ansprüche zu unterbinden. Ein erneuter Erfolg des deutschen Revisionismus, das zeigt die Geschichte, wäre schließlich fatal.

Vom Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

Nation und Nationalismus

Eine "selbstbewußte Nation" ist ohne Rassismus nicht zu haben

*"**Volk**: eine durch gemeinsame Herkunft, Geschichte, Kultur und meist auch Sprache verbundene Gesamtheit von Menschen. Die Begriffe Volk und Nation sind im Hinblick auf den Sprachgebrauch nicht klar voneinander abgrenzbar. [...] Ursprünglich war Volk die Bezeichnung für 'Heerhaufen', 'Kriegsschar'"*[1]

*"**Staat**, eine Herrschaftsordnung, die durch ein Volk auf abgegrenztem Gebiet durch hoheitliche Gewalt zur Wahrung gemeinsamer Güter und Werte verbunden ist."*[2]

*"**Nation** (lat. natio; 'Geburt', 'Geschlecht', 'Art', 'Stamm', 'Volk'; von nasci 'geboren werden') Die durch Einheit der Sprache und Kulturüberlieferung bestimmte Kulturnation ist unabhängig von staatlichen Grenzen, während die Staatsnation durch die gemeinsame staatlich-politische Entwicklung geformt ist.*[3]

*"**Ethnie**, Ethnos (grch.), Gruppe von Menschen mit gleicher Kultur und Sprache, die nicht politisch geeint sein muß, aber ein Gefühl der Zusammengehörigkeit hat. Meist wird E. als kleine Einheit schwankender Zusammensetzung dem Volk als der großen, geschichtlich gewordenen Einheit gegenübergestellt. ethno ..., Ethno ... (grch. ethnos ; ‚Schar', ‚Volk'), volks..., Volk..., Stamm... Ethnogenes (grch.) die Volkswerdung."*[4]

*"**deutscher Michel**, eine Darstellung des Deutschen als Karikatur. Michel ist die Kurzform von Michael, des Erzengels und Schutzpatron der Deutschen. Der d. M. ist das Gegenteil des strahlenden Gotteskämpfers: ein Bauernbursche in Zipfelmütze und Kniehosen, der Inbegriff der Einfalt und gutmütigen Schwerfälligkeit."*[5]

Im heutigen Sprachgebrauch gilt der Nationalismus als "übersteigertes Nationalgefühl", als aggressive Ideologie, die von "gesundem Patriotismus" oder "natürlichem Nationalgefühl" zu unterscheiden sei. Nationalist zu sein gilt als rückschrittlich und gefährlich. Kein Wunder, war doch der deutsche Nationalismus ein zentrales Begründungsmoment für einen deutschen Imperialismus, mit dem die Deutschen zwei Weltkriege entfachten. Gilt daher die "nationale Übersteigerung" als problematisch, so stellt zugleich ihr "gemäßigtes" Spiegelbild eine Art von politischer Selbstverständlichkeit dar. Die Unterteilung der Menschheit in Nationen und Völker, konstituiert in Nationalstaaten ist so selbstverständlich, dass eine andere Vorstellung von menschlichem Zusammenleben als geradezu unnatürlich erscheint. Nation, Volk und Staat bilden eine untrennbare Einheit, welche im politischen Alltagsverstand als quasi unabdingbare Voraussetzung für eine gesellschaftliche Ordnung angesehen wird. Mit dieser Legende wurde folgenreich Politik betrieben und der Mythos der Nation hält sich auch heute noch in der Welt des globalisierten Kapitalismus. Der britische Sozialwissenschaftler Stuart Hall entwickelt einen Begriff der Nation als einer "symbolischen Gemeinschaft", welche "Systeme kultureller Repräsentationen"[6] entfalte: "Eine nationale Kultur ist ein Diskurs - eine Weise, Bedeutungen zu konstruieren, die sowohl unsere Handlungen als auch unsere Auffassungen von uns selbst beeinflußt und organisiert. Nationale Kulturen konstruieren Identitäten, indem sie Bedeutungen der ‚Nation' herstellen, mit denen wir uns identifizieren können; sie sind in den Geschichten enthalten, die über die Nation erzählt werden, in den Erinnerun-

gen, die ihre Gegenwart mit der Vergangenheit verbinden, und in den Vorstellungen, die über sie konstruiert werden."[7]

Konstruktion der Nation

Nationalstaaten wie Nationen im modernen Sinne sind eine europäische Erfindung: als ein staatsrechtlich anerkannter Begriff taucht "Deutschland" erst im 19. Jahrhundert auf. Der Nationalismus ist ein politisches Prinzip, das die Übereinstimmung von ethnischen und staatlichen Grenzen erheischt. Die Verbindung von eingebildeten ethnischen Einheiten mit territorial-staatlichen Strukturen erfolgte durch gewaltsame Durchsetzung einer gemeinsamen "Kultur" im Sinne eines normativen Lebens- und Verhaltensstils und einer gemeinsamen Sprache. Hierbei erhielten die Begriffe "Volk", "Nation", "Staat" und "Kultur" eine völlig neue Bedeutung: Die Nationalisierung des Politischen und Ideologischen war ein Prozess bürgerlich-kapitalistischer Emanzipation von der rückschrittlichen Herrschaftsordnung des Feudalismus, die in zunehmenden Widerspruch geriet zu der Entfaltung der bürgerlich-industriellen Welt. In der mittelalterlichen Welt hatte der Begriff "populus"/Volk ständisch-rechtlichen Charakter und diente der Abgrenzung zum "vulgus"/Pöbel, womit der "große Haufen", der "gemeine Mann" gemeint waren. Als "Volk" galt also ausschließlich die Oberschicht aus Klerus, Adel, Kriegern und Freien. Genau so verhielt es sich mit der "Nation": Ludwig XIV definierte jene exemplarisch: "Die Nation ist kein Staatsstand (corps d'Etat)", sondern "die Nation ist vollständig in der Person des Königs verkörpert."

In diesem Kontext hatte die Nationenbildung einen zunächst progressiven Kern: die Befreiung von Fremdherrschaft und die Überwindung des Feudalismus sowie die Partizipation des "Dritten Standes" durch Entfaltung der demokratischen Staatsidee. Auf ökonomischer Ebene beinhaltete dies den Siegeszug des Liberalismus und die Bildung großer wirtschaftlicher Räume unter dem staatlichen Reglement "freier Staatsbürger". Seit dem 19. Jahrhundert sind "Nation" und "Nationalismus" Kennzeichen der europäischen Moderne, die mit Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der Ausbreitung der industriellen Revolution geformt wurde. Ihr Ausgangspunkt waren die amerikanische und die französische Revolution.

In der Herleitung des Verständnisses von "Nation" wird allgemein differenziert zwischen der politischen *Staats*nation nach französischem Vorbild und der ethnisch begründeten sowie sprachlich hergeleiteten *Kultur*nation.[8] Bei der so genannten Staatsnation ist das einheitsstiftende Prinzip der gemeinsame Bezug auf eine gemeinsame Verfassung. Das Kriterium der Zugehörigkeit zur französischen Nation revolutionärer Prägung war: Franzose war, wer sich mit der Verfassung des neuen französischen Staates identifizierte. Als klassische Definition dieser neuen, revolutionären Auffassung gilt die normative Setzung der Nation durch den Abbé Sieyes im Revolutionsjahr 1789: "Eine Gesellschaft, welche unter einem gemeinschaftlichen Gesetz lebt und durch ein und dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten wird." "Gemeinschaftliches Gesetz" meint, dass das Gesetz für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied gleich gilt. Ein solcher Nationenbegriff beinhaltet einen demokratischen und revolutionären wie zugleich auch ausgrenzenden Impetus. Demokratisch, weil er die politische Beteiligung der ganzen Gesellschaft fordert, revolutionär, weil er auf die Abschaffung des feudalen Herrschaftssystems gerichtet ist. Zugleich forderte Sieyes jedoch eine von der "fränkischen" Aristokratie "gereinigte Nation", die "nur aus Abkömmlingen der Gallier und Römer zusammengesetzt" sei. Auch die republikanische Version der Nation beinhaltete demnach ethnisierende Vorstellungen. Zentral jedoch ist bei diesem Konzept von "nation-building" die Normierung als Willensbekundung: Nationen sind hierbei nicht naturgegebene Verbände, sondern "gedachte Ordnungen". Erst der Nationalismus schafft demnach die Nation. Jener moderne, bürgerlich-"revolutionäre" Nationalismus war es daher, welcher die Nationalisierung der Massen und die Umwälzung der europäischen Landkarte in Gestalt des modernen Imperialismus durch Napoleon voran trieb, denn er war der adäquate Ausdruck kapitalistischer Durchdringung der Staatengebilde. Napoleon "schuf im Innern [...] die Bedingungen, worunter erst die freie Konkurrenz entwickelt, das parzellierte Grundeigentum ausgebeutet, die entfesselte industrielle Produktivkraft der Nation verwandt werden konnte, und jenseits der französischen Grenzen fegte er überall die feudalen Gestaltungen hinweg, [...] um der bürgerlichen Gesellschaft in Frankreich eine entsprechende, zeitgemäße Umgebung [...] zu verschaffen".[9]

In einer so genannten Kulturnation hingegen wird die Einheit nicht durch eine Verfassung, sondern durch den Mythos des Blutes und der homogenen Kultur gestiftet. So genannte Volks- und Kulturnationen sind in dieser Sicht naturgegebene "Schicksalsgemeinschaften". Auf der Grundlage einer angeblich biologischen Einheit leitet sich die Forderung nach einer nationalen Einheit ab. Als Kriterium für die nationale Einheit gelten die gemeinsame Abstammung, Sprache, Religion oder Kultur, nicht demokratische oder allgemein politische Werte. Ein derartiges Konzept von Nation bestimmte die "verspätete Nation" Deutschland.

Die "nationale Frage" der Deutschen

Der deutsche Nationalismus hatte keine bürgerliche Revolution vorzuweisen und war mit dem Vorsprung entwickelter Nationen wie England und Frankreich konfrontiert, die in der Staatsreform und im kolonialistischen Verteilungskampf weit voraus waren. Brachte Napoleon via imperialistischer Eroberung mit dem "code civile" zugleich ein modernes Verständnis von Staat und Nation über der Rhein, so wurden Staat und Nation im deutschen Reich selbst nach 1871 noch keine Einheit. Auch die Schaffung des kleindeutschen Nationalstaates ging nicht einher mit einer Demokratisierung der Gesellschaft. Ökonomisch herrschte staatlicher Protektionismus. Im Gegensatz zur englischen oder amerikanischen Freihandelsdok-

trin bestimmte staatlicher Protektionismus die ökonomischen Leitlinien des preussischen Obrigkeitsstaates, in dem sich ein schwaches liberales Bürgertum nicht gegen Adel und Großbürgertum durchsetzen konnte. In Abgrenzung zu Aufklärung und Liberalismus und zur Revolution des "Erbfeindes" Frankreich prägten völkisch-mystifizierende Nationsvorstellungen und konservativ-reaktionäre Vorstellungen den deutschen Nationalismus. Schon Johann Jacob von Grimmelshausen, Literat des siebzehnten Jahrhunderts, gibt in seinem Werk "Der Teutsche Michel" einen komprimierten Einblick in die Vision vom "deutschen Wesen": Germanentum von "reiner Rasse", das Königs- und Ahnengeschlechter hervor gebracht und sich dem römischen Adler widersetzt habe und das geprägt sei durch eine "in, an und für sich bestehende Heldensprache".[10] Der Philosoph Johann Gottfried Herder propagierte schon 1792 folgenreich einen völkischen Nationalismus: "Die Natur erzieht Familien; der natürlichste Staat ist also auch ein Volk, mit einem Nationalcharakter. Jahrtausendelang erhält sich dieser in ihm und kann, wenn seinen mitgebornen Fürsten daran liegt, am natürlichsten ausgebildet werden; denn ein Volk ist sowohl eine Pflanze der Natur als eine Familie, nur jenes mit mehreren Zweigen. Nichts scheint also dem Zweck der Regierungen so offensichtlich entgegen als die unnatürliche Vergrößerung von Staaten, die wilde Vermischung der Menschengattungen und Nationen unter einem Zepter."[11]

Johann Gottlieb Fichte verstieg sich in seiner berühmten "Rede an die deutsche Nation" 1807/1808 in die Vorstellung eines deutschen "Urvolks" und leitete dies von den Germanen ab. Jenen "verdanken wir, die nächsten Erben ihres Bodens, ihrer Sprache, und ihrer Gesinnung, daß wir noch Deutsche sind, das der Strom ursprünglichen und selbstständigen Lebens uns noch trägt, ihnen verdanken wir alles, was wir seitdem als Nation gewesen sind, ihnen, falls es nicht etwa jetzto mit uns zu Ende ist, und der letzte von ihnen abgestammte Blutstropfen in unseren Adern versiegt ist, ihnen werden wir alles verdanken, alles, was wir noch ferner seyn werden."[12] Jenes bis heute vorherrschendes Phantasma von einer germanisch hergeleiteten deutschen Nation ist ein ethnisch konstruierter Mythos. "Germania" und "Gallia" waren von der römischen Antike bis ins Mittelalter und die Neuzeit hinein geographische Begriffe. In mittelalterlichen Quellen zielt das Wort "Germania" auf geographische Grenzen und nicht auf ethnische Abstammungen der Bevölkerungen. Die nach Gallien eingewanderten Franken waren hiernach ebenso "Germanen" wie die diesseits des Rheins gebliebenen, welche sich allesamt selbst nicht als "Deutsche" bezeichneten. Sinnbild jenes "Überlebenskampfes" eines "deutschen Wesens" gegen "Fremdherrschaft" ist das 1838 bei Detmold erbaute und dann 1875 von Kaiser Wilhelm I. eingeweihte Hermanns-Denkmal, das sich auf die so genannte Varus-Schlacht, den Cherusker-Aufstand unter Arminius gegen das römische Imperium im Jahre 9 bis 21 n. Chr. bezieht. Der etymologisch verfälschend zum "Hermann" eingedeutschte Arminius erhebt auf jenem Denkmal drohend sein Schwert in Richtung Frankreich. Exemplarisch hieß es zur Eröffnung des Denkmals in der "Norddeutschen Allgemeinen": "'Was ist des Deutschen Vaterland?' so ward Jahrzehnte hindurch gefragt und gesungen. Nun wohlan: Es ist der Sieg: In ihm finden sich alle wieder, die getrennt waren, und so strahlt denn mit vollem Recht als höchster Punkt des ganzen Denkmals, als Vereinigungspunkt für alle Augen, alle Herzen: die Waffe Hermanns, die Spitze des deutschen Schwertes!"

Nationalismus und Rassismus sind im deutschsprachigen Kulturraum eng mit einander verzahnt: "In dem Maße, in dem der Rassismus Versatzstücke einer völkischen Ideologie beinhaltet, weist der Nationalismus Elemente einer rassistischen Ideologie auf."[13] Von einem *völkischen Nationalismus* muss laut Helmut Kellershohn dann gesprochen werden, wenn an "die Stelle der rationalistischen, in der Tradition naturrechtlicher Argumentation stehenden Gleichsetzung von Einzelwille und gemeinschaftlichem Willen [...] die Identifizierung von Ich und Nation über die ursprungsmythische Konstruktion der Vermittlungsinstanz ‚Volk'" tritt. Kellershohn verweist hierbei zusammenfassend auf folgende Kernideologeme, unter welchen ein völkischer Nationalismus in unterschiedlicher Ausprägung erkennbar ist: Eine Gleichsetzung von Volk und Nation; eine Überhöhung des Volkes zu einem Kollektiv-Subjekt; die Rechtfertigung eines "starken Staates"; die Heroisierung des "anständigen Deutschen" und die völkisch/rassistische Konstruktion eines inneren Feindes; ein biopolitisches Verständnis des "Volkskörpers" sowie ein chauvinistisches Machtstaatsdenken.

Zu den Erkennungsmerkmalen des völkischen Nationalismus gehört laut Hannah Arendt, "daß er im Grunde alles, was zur sichtbaren Existenz der eigenen Nation gehört, ihre Traditionen, ihre politischen Einrichtungen, ihre Kultur an [...] fingierten Maßstäben des ‚Blutes' mißt und beurteilt."[14]

In seiner Untersuchung zur Verzahnung von Nationalismus und Antisemitismus entwickelt der Soziologe Klaus Holz sechzehn Hypothesen, deren zehnte den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und den Begriffspaaren Volk/Staat/Nation beleuchtet: "Grundsätzlich werden diese Begriffe nicht verwendet, um Unterscheidungen vorzunehmen. Vielmehr bezeichnen sie einen konstitutiven Zusammenhang: ein Volk, ein Staat, eine Nation. Der Staat beruht auf der Abstammungsgemeinschaft, den Abstrakta und der Wesensidentität der Wir-Gruppe. Durch den Staat wird diese basale Identität auf ein höheres Niveau gehoben. Durch den Staat (ver)sichert und steigert sich die Identität der Wir-Gruppe. Insofern 'Nation' einen von den anderen Begriffen (Staat, Volk) unterscheidbaren Sinngehalt evoziert, bezeichnet 'Nation' diese höhere, im und durch den Staat realisierte Identität der Wir-Gruppe."[15]

Der Nationalismus ist zugleich Ausdruck antagonisti-

scher Gesellschaften und der internationalen Konkurrenz in der Epoche des Imperialismus: "Erst aus diesen harten Grundstrukturen erklärt sich die Anziehungskraft, die von einem Freund-Feind-Nationalismus ausgehen konnte, mit anderen Worten: die Gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft und der Staatengesellschaft schlugen sich auch im Nationalismus nieder, nährten ihn und begünstigten eine bestimmte Rangfolge nationaler Wertideen. Diese Verschränkung von Nationalökonomie, Politik und Ideologie gestattet es auch, das schnelle Vordringen rassistischer Vorstellungen in den Nationalismus einleuchtend darzustellen."[16]

Deutschland entfaltete unter der ideologischen Karte von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus zwei Weltkriege und ein geschichtlich singuläres Grauen eines industriell organisierten Massenmordes. Es käme daher einer Verharmlosung gleich, jene Ideologien als bloß rückständig zu interpretieren. Denn erst im Kontext einer konzertierten staatlichen Umsetzung in Verbindung mit einer umfassenden Ausnutzung aller Produktivkräfte der kapitalistischen Moderne konnten diese ihre unfassbare Vernichtungskraft erhalten: "Ohne den durchlaufenden Oligopolismus der Großunternehmen, Kartelle und Verbände, in der internationalen Konstellation und imperialistischen Expansion lässt sich die Ausbreitung des deutschen Rassismus überhaupt nicht hinreichend begreifen, wohl aber kann man sie ideengeschichtlich verharmlosen."[17]

Endlich eine normale Nation?

Im postnazistischen Deutschland war die unverhohlene Artikulation von Nationalismus bis zur Wiedervereinigung weitestgehend eingedämmt. Ursächlich dafür waren die internationalen Machtkonstellationen sowie die Verankerung der Erkenntnis im öffentlichen Bewusstsein, dass unter eben jenem nationalistischen Identitätsangebot in dessen Verknüpfung mit einem eliminatorischen Antisemitismus und einem mörderischen Kriegschauvinismus die schrecklichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte begangen wurden. Jenes allgemeine Wissen war in der alten Bundesrepublik trotz exzessiver Erinnerungsabwehr und Geschichtsverdrängung real vorhanden. Diese allgemein vorherrschende Form von Erinnerungs- oder auch "Schuldbewusstsein" erfuhr im Zuge der Wiedervereinigung einen historischen Einschnitt. Annette Treibel erkennt hierin eine erneute Genese ethnischer Wir-Gefühle: "Die Wiedervereinigung hat - so meine These - das ‚Sortiment' der kollektiven Zugehörigkeiten in Deutschland ins Wanken gebracht. [...] Im wiedervereinigten Deutschland sind besonders die nationalen und ethnischen Wir-Gefühle eng aufeinander bezogen."[18] Gerade jene ethnisch hergeleiteten Wir-Gefühle eines sich "selbstbewußt" gierenden Deutschtums sind es, die sich aus Ablehnung oder gar Aggression gegenüber "Fremden" herleiten: "Zwischen der Art und Weise, wie Deutsche sich selbst sehen und wie sie Gruppen anderer ethnischer Zugehörigkeit im eigenen Land sehen, besteht ein Zusammenhang: Die Anwesenheit von ethnischen Minderheiten wie Türkinnen und Türken, Italienerinnen und Italienern oder Flüchtlingen aus Sri Lanka wird in einer historischen Phase, wo ‚das Deutsche' neu definiert werden muß, als störend empfunden."[19]

Eine solche Haltung fand ihren Niederschlag nicht nur in gesetzgeberischen Maßnahmen wie der Verstümmelung des Asylrechts und einer begleitenden medialen Bedrohungskampagne in Bezug auf Migration und Multikulturalismus sowie einem seit der "Wende" bzw. der Wiedervereinigung 1989/90 im gesellschaftlichen Alltag etablierten "Normalzustand" rassistischer Gewalt. Jener identifikatorische Habitus fand zudem Eingang in öffentliche Kampagnen der so genannten politischen Mitte, bei denen völkische und rassistische Ressentiments in der Bevölkerung entfacht und potenziert wurden.

Eine "selbstbewußte Nation" - ob nun völkisch oder "verfassungspatriotisch" hergeleitet - ist ohne Rassismus nicht zu haben. Der Abstand von jeglicher Identifikation mit dem Konstrukt Nation ist daher Voraussetzung für linke Politik.

Zu den AutorInnen:

Das "Antirassistische Bildungsforum Rheinland" steht für Vorträge, Seminare etc. zur Verfügung. Eine Themenübersicht und Selbstdarstellung kann unter bildungsforum@gmx.de angefordert werden.

[1] dtv-Lexikon,Bd. 18, München 1997, S. 210
[2] Ebd., Bd. 17, S. 192
[3] Ebd., Bd. 12, S. 57
[4] Ebd., Bd. 5, S. 156
[5] Ebd., Bd. 4, S. 59
[6] Stuart Hall, Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg/Berlin 1994, S. 200
[7] Ebd., S. 201
[8] Vgl. Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt am Main 1991; Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, Hamburg 1995; Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Berlin 1998
[9] Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire, in: MEW, Bd. 8, S. 116
[10] Zit. nach: Leon Poliakov, Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus, Hamburg 2000, S. 113
[11] J.G. Herder, Ideen zur Philosophie der Reschichte der Menschheit, Bd. 1, Berlin/Weimar 1965, S. 368
[12] J.G. Fichte, Reden an die deutsche Nation, Berlin 1808, S. 268
[13] Gudrun Hentges, Schattenseiten der Aufklärung. Die Darstellung von Juden und "Wilden" in philosophischen Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts, Schwalbach/Ts. 1999, S. 243
[14] Siehe Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1958, S. 345
[15] Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001, S. 162
[16] Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1983, S. 110
[17] Ebd., S. 110
[18] Annette Treibel, Transformation des Wir-Gefühls. Nationale und ethnische Zugehörigkeit in Deutschland, in: Reinhard Blomert/Helmut Kuzmics/Annette Treibel (Hrsg.), Transformation des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus, Frankfurt am Main 1993, S. 314
[19] Ebd.

Maschinengewehrposten der Roten Armee beim Einschießen

Von Paul Pante

Revolution im Ruhrgebiet

Die Geschichte der Märzkämpfe 1920

"Ganz allgemein ist zu sagen, dass die Waffenabgabe als ungenügend bezeichnet werden muss. Bei den bisher abgelieferten Waffen handelt es sich zum größten Teile wohl um Kriegsandenken, die sich in den Händen des Bürgertums befanden, ein großer Teil der Bevölkerung, der zweifellos Waffen aus anderen Gründen im Besitz hat, hat der Ablieferungspflicht noch nicht genügt."

Mit diesen Worten beklagte die Duisburger Polizeiverwaltung im September 1920 die mageren Ergebnisse des just erlassenen "Gesetzes zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung". Dieses Gesetz war aus Furcht beschlossen worden. Den Regierenden war unheimlich zumute bei dem Gedanken, jene denkwürdigen Ereignisse des März und April 1920, die im folgenden in Erinnerung gerufen werden sollen, könnten sich eines Tages wiederholen.

Rückblende: Wir schreiben Januar 1920. Im Ruhrgebiet herrschen unruhige Verhältnisse. Weite Teile der Arbeiterschaft sind unzufrieden, es brodelt im "Pott", denn die "Revolution" von 1918 hat ihnen nicht das gebracht, was sie erhofft hatten: die Entmachtung der verhassten Gruben- und Zechenbesitzer, die gründliche Umgestaltung jenes Staates, der sie vier Jahre in die Schützengraben geschickt beziehungsweise in der Kriegswirtschaft mehr denn je ausgebeutet und ihre Familien dem Hunger preisgegeben hatte. Die wenigen Errungenschaften - vor allem der Acht-Stunden-Tag - stehen erneut zur Disposition, denn ab Januar 1920 muss Deutschland die Zeche bezahlen für den Krieg, den seine verblendete Führung in jenem August 1914 vom Zaun gebrochen hat. Um sicher zu gehen, dass die Ruhrarbeiterschaft auch diese bittere Pille schluckt, hat Reichskommissar **Carl Severing** (SPD), den Ausnahmezustand erlassen. Kein Streik soll die anlaufenden Reparationszahlungen gefährden.

Doch nicht nur im Ruhrgebiet ist die Stimmung brisant. In Berlin sammelt sich eine Verschwörergruppe um **General Lüttwitz** und Generallandschaftsdirektor **Kapp** - Regierungspräsident von Ostpreußen - die nicht einverstanden sind mit der neuen, demütigenden Rolle, die Deutschland nach dem Krieg zwangsweise eingenommen hat, und schon gar nicht mit dem neuen politischen System. Anstelle der ihr verhassten bürgerlichen Demokratie soll ein rechts-autoritärer Führerstaat entstehen. Die Gruppe kann mit der Unterstützung weiter Teile der alten kaiserlichen Eliten rechnen. Zahlreiche führende Militärs sind von dem Putschvorhaben informiert - wobei unklar ist, ob sie sich am Putsch beteiligen werden. Am 13. März 1920 ist es schließlich soweit: Die Verschwörer putschen, erklären die reguläre Regierung **Bauer** (SPD) für abgesetzt, diese flieht sofort nach Stuttgart, der Umsturz scheint geglückt. Die Marinebrigade Ehrhard defiliert durchs Brandenburger Tor: "Hakenkreuz am Stahlhelm, Schwarz-weiß-rotes Band, die Brigade Ehrhard, werden wir genannt!" Die Reichswehr greift nicht ein - "Truppe schießt nicht auf Truppe", erklärt der Chef des Truppenamtes, Generalmajor **von Seeckt**. In den Arbeiterquartieren des Landes herrscht große Unruhe, in den Industriestädten kommt es spontan zu Massendemonstrationen, so zum Beispiel in Hagen: "Jeder Einzelne dieser Massen fühlt, welch fürchterliches Unheil über die Arbeiterklasse hereinbricht, wenn es nicht gelingt, den Schlag der Reaktion zu parieren [...] Die Novemberstimmung des Jahres 1918 lag in der Luft", meldet das Hagener USPD-Blatt.

Generalstreik

Was ist zu tun? In diesem Moment greifen die Gewerkschaften das erste Mal in ihrer Geschichte zu ihrer stärk-

sten Waffe: dem Massenstreik. Sie rufen zum Generalstreik auf, und werden dabei von KPD, USPD und sogar der SPD unterstützt. Die Massen machen mit. Überall wird gestreikt. Der für den Ruhrbezirk zuständige Kommandeur des Wehrkreises VI (Münster), **General Freiherr von Watter**, wendet sich gegen den Streik. Er erklärt am 15. März sogar den "verschärften Ausnahmezustand". Seine Haltung zu den neuen Machthabern in Berlin ist nicht eindeutig, er vermeidet eine klare Festlegung (auch der westfälische Oberpräsident **Würmeling** (Zentrum) spricht sich erst am 16. März für die Republik aus). Steht er auf Seiten der Putschisten? Zumindest tun dies mehrere Freikorps-Truppen, so die Freikorps "Schulz" und "Lichtschlag", die seit der Niederschlagung der Aufstände im Frühling 1919 im Ruhrgebiet stationiert sind. Provozierend marschieren sie unter den schwarz-weiß-roten Fahnen des untergegangenen Kaiserreiches durch Mühlheim und Remscheid.

Der erste Zusammenstoß zwischen Freikorps und Arbeitern erfolgt in Wetter. Die "Batterie Hasenclever", zugehörig zum berüchtigten Freikorps "Lichtschlag", ist von einem Fabrikanten gerufen worden, der mit Hilfe des Militärs den Generalstreik abwürgen will. Ob sie die Putschisten unterstützen, ist unklar - ihr Auftrag ist, "Ruhe und Ordnung" herzustellen. In einer entschlossenen Aktion gelingt es den Arbeitern, denen 2.000 Genossen aus Hagen zu Hilfe kommen, die Soldaten zu entwaffnen. So ähnlich verläuft es auch in anderen Ruhrgebietsstädten: wo die Kapp-Anhänger, oder solche, die im Verdacht stehen, welche zu sein, mit Waffengewalt vorgehen, stoßen sie auf entschiedenen Widerstand der Arbeiter. Die Konterrevolution ist stark: Reichswehr in Düsseldorf, Remscheid, Velbert, Mülheim, Hamborn, Dorsten, Wesel, Bielefeld. Sicherheitspolizei in Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Elberfeld, Wesel. Freikorps in Remscheid, Mülheim, Velbert, Münster, Bielefeld und Osnabrück. Bei der Sicherheitspolizei kann zwar nicht prinzipiell angenommen werden, dass sie auf der Seite der Kappisten steht - überall aber versucht sie, die Aktionen der Arbeiter gegen die Putschisten mit dem Argument, "Ruhe und Ordnung" herstellen zu wollen, mit Gewalt zu verhindern. Das Proletariat schlägt zurück, überall organisiert sich der Widerstand: Von Hagen aus kämpft sich eine immer schneller wachsende Rote Armee Richtung Westen. Mindestens 50.000 Mann kämpfen in ihren Reihen, andere Schätzungen sprechen von über 100.000 Mann, ständig werden neue Kräfte an die Fronten gefahren. Die Arbeiter bewaffnen sich mit dem, was sie Militär und Polizei abnehmen können: Karabiner, Maschinengewehre, Minenwerfer. Kasernen, Polizeiwachen und Rathhäuser werden erobert, um Waffen zu erbeuten. In vielen Städten werden die Gefängnisse gestürmt, um politische Gefangene zu befreien - derer gab es nach der Niederschlagung der Unruhen im Vorjahr viele.

Vormarsch der Roten Armee

Die Rote Armee leistet erstaunliches: unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit - Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten und Syndikalisten ziehen an einem Strang. Ungünstig wird sich später allerdings das Bestehen mehrerer Gefechtsleitungen auswirken. In fast allen Städten bilden sich Aktionsausschüsse und Vollzugsräte, die die Stadtverwaltungen kontrollieren. Sie organisieren Arbeiterwehren und stellen Regimenter auf, die an die Front gefahren werden, um die Putschisten zu bekämpfen. Konsumbäckereien versorgen die Kämpfenden, Arbeiter-Samariter-Kolonnen kümmern sich um die Verwundeten. Unternehmer und Stadtverwaltungen werden dazu gezwungen, die Kosten für den Unterhalt der Roten Armee zu übernehmen. Am 16. März kapitulieren die Freikorps "Lichtschlag" und "Manstein" in Herdecke bzw. Kamen. Am 17. März folgen Dortmund, Elberfeld und Barmen, am 18. März Gelsenkirchen und Remscheid, an demselben Tag erreicht die Rote Armee Essen. Von hier aus soll der Angriff auf Mühlheim erfolgen, wo das Freikorps "Schulz" stationiert ist, doch die Sicherheitspolizei will den Aufmarsch verhindern und es kommt zu erbitterten Kämpfen. Zuletzt wird nur noch der Essener Wasserturm von Einwohnerwehr (24 Mann) und Sipo (22 Mann) verteidigt. Nach einigen Stunden erkennen die Verteidiger ihre Chancenlosigkeit, kapitulieren und hissen die weiße Fahne. Doch als die Arbeiter herannahen, knattert das Maschinengewehr, eine Handgranate wird auf sie geworfen. Die aufgebrachten Arbeiter stürmen den Wasserturm, wobei neun Mann der Besatzung getötet werden.

Dieser Zwischenfall wird später der von den Nazis und der bürgerlichen Geschichtsschreibung fälschlicherweise immer wieder als Musterbeispiel für den "zügellosen Terror" der "Roten" herangezogen - dass nach der Kapitulation geschossen wurde, bleibt natürlich unerwähnt. Die Klage der Bürgerlichen über den "Terror" der Roten Armee ist im übrigen allgegenwärtig. So meldet der Düsseldorfer Regierungspräsident **Hoffmann** zwei Wochen später in seinem Bericht nach Berlin: "Zahlreiche Grausamkeiten. Abschlachten der Sicherheitspolizei." Unstreitig ist, dass es während der Kämpfe auch zu Übergriffen kommt - so wird beispielsweise in Essen der Fabrikbesitzer **Seberg** nach seiner Festnahme (auch er hatte Truppen um Hilfe gerufen, um die Streikenden zur Arbeit zurückzuzwingen) ermordet. Diese halten sich aber in Grenzen und sind zudem in den meisten Fällen eine Reaktion auf die nachgewiesenermaßen brutale, auch das Leben von Zivilisten nicht schonende Kampfweise von Sipo und Freikorps. In besagtem Bericht wird auch deutlich, was Hoffmann tatsächlich unter "Terror" versteht: "Öffnungen der Gefängnisse, Plünderung von Läden, Lagern und Haushaltungen, Morde, Erpressungen bei Banken, Post- und Stadtverwaltungen für Löhnung der Roten Armee. [...] Terror wurde täglich unerträglicher." Die eigene Machtlosigkeit und die überwältigende Macht der sich wehrenden Arbeiterschaft - das ist es, was Hoffmann als "Terror" empfindet. Um die eigene Schwäche zu kaschieren und zu entschuldigen, muss der Gegner als besonders grausam und rücksichtslos dargestellt werden. (Im April ordnet Hoffmann intern eine eingehende Untersuchung der Märzunruhen im Regierungsbezirk an, wobei er explizit das Sammeln von "Beweisen" für Gräueltaten der Roten Armee

anordnet, das Ergebnis ist enttäuschend. Auch dies ist ein Grund, weshalb sich die Propaganda später auf Einzelfälle konzentriert, die dann auch noch - siehe das Beispiel Wasserturm - verfälscht werden).

Die im westlichen Ruhrgebiet und Düsseldorf verbliebenen Truppen (Reichswehr, Freikorps, Sipo) erhalten am 19. März den Befehl, sich in Dinslaken zu sammeln. Das Freikorps "Schulz" wird beim Durchmarsch in Hamborn aufgehalten: Schulz will den Widerstand brechen und lässt Hauptstraße und Häuser mit Maschinengewehrfeuer belegen - wird aber zurückgeschlagen. Das stolze Düsseldorfer Regiment 61 unter Major von Rudorf bekommt die Quittung für Schulz' Verhalten: als es, immer wieder um sich schießend, über die heutige B8 Richtung Duisburg und dann nach Hamborn zieht, wird es immer wieder in Scharmützel verwickelt. Alle Waffen hat es übrigens nicht mitnehmen können - diese sind nunmehr in den Besitz der Düsseldorfer Arbeiterschaft übergegangen, die die Kontrolle über die Stadt übernimmt. Am 22. März ist das ganze Ruhrgebiet von Reichswehr und Sicherheitspolizei befreit.

Das Bielefelder Abkommen

Der erfolgreiche Generalstreik zwingt die Kapp-Lüttwitz-Regierung bereits am 17. März zur Kapitulation. Gemeinsam versuchen nun Regierung, Gewerkschaften und Seeckt, durch Versprechungen an die Arbeiterschaft den Generalstreik abzuwürgen: öffentliche und private Betriebe sollen von "gegenrevolutionären Kräften" gereinigt, die Putschisten und ihre Anhänger entwaffnet und ihre Formationen aufgelöst werden. Die Sozialgesetzgebung soll ausgebaut und mit der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige sofort begonnen werden. Der Generalstreik bricht am 22. März fast im gesamten Reich zusammen - nur das Ruhrgebiet zeigt sich weiter kämpferisch. Um die Lage im Ruhrgebiet in den Griff zu bekommen, lädt Staatskommissar Severing (SPD), der den General Watter in seinem Bestreben, wieder "Ruhe und Ordnung" im Ruhrgebiet herzustellen, unterstützen will, zahlreiche Kommunalpolitiker, Vollzugsratmitglieder und Vertreter der Roten Armee nach Bielefeld. Dabei kommt ihm zugute, dass die Rote Armee über keine einheitliche Kampfleitung verfügt. So werden am 24. März Waffenstillstandsbedingungen ausgehandelt, die nicht von der Gesamtheit der Roten Armee akzeptiert werden. Diese Bedingungen sehen eine generelle Amnestie für die Soldaten der Roten Armee wie der Putschisten vor, soweit sie sich keinen gewöhnlichen Verbrechen zu Schulde haben kommen lassen. Mit der Sozialisierung soll sofort begonnen werden, die Reichswehr darf nicht ins Ruhrgebiet einmarschieren. Doch diese Bedingungen werden nicht eingehalten: die Reichswehr setzt, unvermindert - durch herbeigeschaffte Kräfte aus dem Reich laufend verstärkt - ihren Vormarsch fort. Der am 25. März geschaffene "Zentralrat der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland/Westfalen" spricht sich dafür aus, die militärische Abwehrfront vorerst aufrecht zu erhalten. Als General Watter am 28. März im Auftrag der Reichsregierung ein Ultimatum an die an die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft richtet, unverzüglich die Waffen auszuliefern und die Vollzugsräte aufzulösen, antwortet der Zentralrat mit einem erneuten Aufruf zum Generalstreik. Damit gelingt es wenigstens, das Ultimatum bis zum 2. April zu verlängern. Dann marschiert die Reichswehr ins Ruhrgebiet ein - und mit ihm der "weiße Schrecken".

"Weißer Terror" im Ruhrgebiet

Die Rote Armee fällt zunehmend auseinander, nur kleine Gruppen wollen noch weiter kämpfen, auch der Aufruf des Essener Zentralrats zum Generalstreik findet nur wenig Echo. In kleinen Gruppen versuchen sich die Rotarmisten, ins von den Engländern besetzte Gebiet südlich des Ruhrgebiets zu fliehen. Reichswehr und Freikorps sind ihr dicht auf den Fersen und kennen kein Pardon. Sie haben genaue Instruktionen von General Watter: "In jedem Bewaffneten ist der Feind zu sehen. Unbewaffnete Massen haben ebenfalls auf der Straße nichts zu suchen. Sie müssen durch Feuer zersprengt werden, ehe sie an die Truppe herankommen. [...] Verhandelt wird nicht. [...] Standgerichte sind überall zu bilden." Es sollen möglichst wenige Gefangne gemacht werden, weil es kaum Möglichkeit gebe, diese ausreichend zu bewachen. Dieser Befehl übertrifft alles, was bisher an Geheimbefehlen zur Bekämpfung von Unruhen ergangen ist. Es ist der totale Bürgerkrieg. Weiter aufgeputscht durch Schauermärchen über die grausamen "Roten" beginnen die Soldaten ihren Vernichtungsfeldzug. **Josef Ernst**, Leiter der Hagener Kampfzentrale, erinnert sich: "Wenn sie einen Ort besetzten, blieb am ersten Tage des Einmarsches alles ruhig. [...] Am zweiten Tage begannen plötzlich die Verhaftungen und Erschießungen. Planmäßig war der Mord an der Arbeiterklasse organisiert. Auch das feige Bürgertum beteiligte sich an diesem Vorgehen. [...] Arbeiter wurden aus ihren Wohnungen geholt und sofort erschossen. Vernehmungen und Verhandlungen gab es nicht."

Aussagen der Gegenseite bezeugen übrigens das Vorgehen der Soldaten. So schreibt ein Student, der in der "Brigade Epp" mitkämpft, in einem Brief an seine Kameraden im Lazarett: "Wenn ich Euch alles schreiben würde, da würdet ihr sagen, das sind Lügen. Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch. Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich. Unser Bataillon hat 2 Tote. Die Roten 200 bis 300. Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch mit der Kugel. [...] Gegen die Franzosen waren wir im Feld viel humaner." Mit und ohne Standgerichte werden die Aufgegriffenen erschossen, vorher oft noch grausam misshandelt. Sogar Leichen werden verstümmelt. Auch SanitäterInnen und ZivilistInnen, die Rotarmisten Unterschlupf gewährt haben, aber auch völlig Unbeteiligte fallen der wütenden Soldateska zum Opfer. Zahlreiche Frauen werden vergewaltigt. Allein in Pelkum ruhen in einem Massengrab über 90 Opfern des Einmarsches. Die meisten Toten werden einfach verscharrt. Die Gesamtzahl der Erschossenen ist unbekannt. Sie wird auf über 1.000 geschätzt.

Verkehrspatrouillen der Roten Armee in den Straßen Dortmunds

Die Gründe für den Terror

Wie ist diese beispiellose Brutalität zu erklären? Mehrere Gründe mögen hierfür ausschlaggebend sein. Zum einen erinnert das Vorgehen der Soldaten an den Einmarsch der Kaisertruppen in Belgien 1914, als sie auf unerwarteten Widerstand stoßen, der teilweise auch von Zivilisten geleistet wird. Dadurch entsteht der Mythos des "Franktireurkrieges". In den Augen der kaiserlichen Truppen ist dieser Widerstand illegitim und nicht durch die Bestimmungen der Hager Landkriegsordnung gedeckt. "Freischärler" werden rücksichtslos und gnadenlos niedergekämpft. Viele Soldaten mögen in den Rotarmisten solche Freischärler gesehen haben. Auch die bevorzugte Kampfweise der Rotarmisten - der Straßen- und Häuserkampf - spricht dafür. Ein noch wichtigerer Grund scheint aber woanders zu liegen.

Reichswehr, Freikorps und Sipo sehen sich selbst als Garanten der "Ordnung", die sie durch das rebellische Proletariat in Gefahr sehen. Der Kapp-Putsch ist in ihren Augen keine Bedrohung dieser Ordnung, im Gegenteil: er will vielmehr diejenigen Zustände wieder herstellen, denen die überwiegend kaisertreuen Militärs seit der Novemberrevolution nachtrauern. Sie lieben die Republik nicht, die sie bisher nur verteidigt haben, weil sie die "bolschewistische Revolution" fürchten. Umgekehrt ist die Republik in den Augen der Arbeiterschaft ein kostbares Gut, auch wenn einige in ihr nur den ersten Schritt auf dem Weg zur Revolution sehen. Der Ausbruch des Putsches stellt die Republik in Frage und mobilisiert deshalb die *gesamte* Arbeiterschaft - die einen wollen nur die Republik gegen das verhasste Militär verteidigen, die anderen sehen den Augenblick gekommen, nunmehr mit den alten Mächten gründlich aufzuräumen, das heißt, das nachzuholen, was in ihren Augen während der Novemberrevolution versäumt wurde. Der Märzaufstand im Ruhrgebiet hat also einen Januskopf. Er beginnt mit einer Abwehr gegen die Reaktionäre - und wird, angespornt durch die militärischen Erfolge, eine veritable revolutionäre Bewegung. Genau in diesem Moment werden für die in Berlin regierenden Sozialdemokraten aus den Putschisten und deren Sympathisanten von gestern *Verbündete*, die sie rufen, um die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen - die aus dem von ihnen selbst ausgerufenen Generalstreik hervorgegangen war. Die "alten Mächte" verstehen dies instinktiv, müssen aber vor der geballten Übermacht des Proletariats weichen. Niemals vorher ist ihre Macht so gründlich in Frage gestellt worden wie in diesem März 1920. Für diese unerwartete Demütigung durch das aufmüpfige Proletariat rächen sie sich mit dem beschriebenen Vernichtungsfeldzug.

Ein dritter, bisher kaum beachteter Aspekt erklärt die Verbitterung, mit der die Kämpfe gerade von Seiten der Reichswehr, Sipo und Freikorps geführt werden. Zahlreiche der bewaffneten Arbeiter sind durch die Schule des Weltkrieges gegangen, haben zum Teil vier Jahre Schützengraben und zahlreiche Demütigungen durch die arroganten Vertreter des verhassten, preußischen Militarismus hinter sich. Die Märzkämpfe sind also auch ein gemeinsamer Aufstand der ehemaligen Untergebenen gegen ihren alten Vorgesetzten, beziehungsweise ihre Nachfolger! Diesen wiederum erscheint der Aufstand als eine respektlose, mit allen Mitteln zu bestrafende Unbotmäßigkeit.

Was bleibt...

Es ist in der Folgezeit der Kämpfe häufig darüber spekuliert worden, ob die Märzkämpfe Ausdruck einer spontanen Bewegung waren, hervorgerufen durch den Putsch und den darauffolgenden Generalstreik, oder ob es sich um eine von den "Kommunisten" von langer Hand geplanten Aufstand gehandelt hat, der lediglich - weil der Anlass günstig war - einige Monate früher als geplant ausbrach. Sowohl die Nazis als auch die bürgerliche Geschichtsschreibung haben dies lange behauptet - vor allem deshalb, weil es ihnen unerklärlich erschien, dass in so kurzer Zeit eine so gewaltige, relativ gut organisierte, auf jeden Fall schlagkräftige Armee aus dem Boden gestampft wurde. Dies konnte nach ihrer Meinung nur mittels einer monatelangen Vorbereitung erfolgt sein. Dabei unterschätzten sie jedoch dreierlei: die Organisationsfähigkeit der Arbeiterschaft, ihre Bereitschaft, sich zu bewaffnen sowie ihre Entschlossenheit, diese Waffen auch zu benutzen. Weit angelegte Vorbereitungen haben sich bis heute nicht nachweisen lassen, auch wenn unbestritten ist, dass es im Rhein-Ruhrgebiet ein erhebliches revolutionäres Potential gab, das einen solchen Aufstand herbeisehnte (und das die Gelegenheit ja dann auch beim Schopfe ergriff). Es gab nur ganz wenige in Geheimdepots versteckte Waffen. Die Rote Armee bewaffnete sich spontan mit dem, was sie vom Gegner erbeutete.

Die Geschichte der Märzkämpfe ist, nachdem sie jahrzehntelang Zielscheibe übelster Verleumdungen erst durch die Nazis, dann durch die bürgerliche Geschichtsschreibung gewesen ist, in Vergessenheit geraten. Dabei hat es weder vorher noch nachher eine Epoche in der deutschen Geschichte gegeben, in der Deutschland einer wirklichen Umgestaltung der herrschenden Verhältnisse so nahe gewesen ist. Es war an der Zeit, nochmals daran zu erinnern.

Literaturempfehlung

Erhard Lucas
Märzrevolution im Ruhrgebiet
3 Bände, Frankfurt/M. 1970
(mit zahlreichen weiteren Literaturhinweisen)

Von Johannes Lohmann

"Für unsere Freiheit kämpfen wir"

Unangepasstes Jugendverhalten im Nationalsozialismus

Die "Hitlerjugend" (HJ), die Jugendorganisation der NSDAP, die ab 1936 als staatlicher Jugendverband fungierte, entwickelte sich neben Elternhaus und Schule zur einigen Erziehungsinstitution und damit zu einem "wesentlichen Mittel zur Herrschaftserhaltung" (Arno Klönne) des NS-Regimes. Mit Ausnahme der katholischen Jugendbewegung, die eine stark eingeschränkte Selbstständigkeit bewahren durfte, waren fast alle anderen Jugendorganisationen verboten bzw. in die Hitlerjugend übernommen worden oder hatten sich selbst gleichgeschaltet. Zwar vermochte die HJ einen nicht geringen Teil der deutschen Jugend zu begeistern, doch stumpfsinniges Exerzieren und Marschieren sowie als langweilig empfundene "Bund Deutscher Mädel"-Bastelabende zeigten die Grenzen dieses kollektiven Identifikationsangebotes auf. So versuchten sich Jugendliche der Erfassung durch die NS-Institutionen zu entziehen und ihre Freizeit selbstbestimmt zu gestalten. Gemeinsam war ihnen der Widerwille gegen die Disziplinierung und Entindividualisierung durch die HJ. Die so genannten wilden Gruppen, die vor allem in den Städten an Rhein und Ruhr auftraten, und sich vornehmlich aus Arbeiterjugendlichen rekrutierten, trafen sich auf Plätzen, in Parks und in Wohnungen. An den Wochenenden wurden in Anlehnung an bündische Traditionen gemeinsame Fahrten in die Umgebung unternommen. Attraktiv war dies nicht zuletzt durch die Möglichkeit, mit dem anderen Geschlecht in Kontakt zu kommen - was innerhalb der HJ unterbunden wurde. Mit einem bestimmten Haarschnitt, durch eigene, lässig getragener Kleidung - die Kluft - und mit eigenem Liedgut stellten viele ihr nicht konformes Verhalten nach außen dar. In abgewandelten Volks- oder auch HJ-Liedern wurden jugendliche Sehnsüchte angesprochen, aber auch die gewalttätigen Auseinandersetzung mit der Hitlerjugend und dem HJ-Streifendienst, die bis zu offenen Straßenschlachten reichten, thematisiert: "An Rhein und Ruhr marschieren wir, für unsere Freiheit kämpfen wir, den Streifendienst, schlagt ihn entzwei, Edelweiß marschiert, Achtung die Straße frei", heißt es in einem Lied, das den "Edelweißpiraten" zugeordnet wird. Sowohl bei den kölner "Navajo"-Gruppen, als auch bei anderen "Edelweißpiraten", die erst nach Beginn des Krieges auftauchten, ist die Herkunft des Namens ungeklärt. Teilweise bezeichneten sie sich selbst so, teilweise wurden sie von den Verfolgungsbehörden unter diesen Begriff subsumiert.

"Edelweißpiraten" unter Verfolgungsdruck

Die Strategien der Nationalsozialisten, die Jugendlichen, die sich nicht in eine vorgegebene Rollen zwängen lassen wollten, zu reglementieren, schwankte dabei zwischen Integration und Verfolgung. Entsprechend fielen die Bestrafungen aus, die von einfacher Verwarnung bis hin zu Inhaftierung und Folter reichten. Die Gestapo, neben der Hitlerjugend die wesentliche Verfolgungsinstanz, versuchte einen festen organisatorischen Hintergrund der eher losen Gruppen zu konstruieren und die angebliche "Organisation" durch Razzien und zahlreiche Festnahmen aufzulösen. Im Herbst 1944 wurde die so genannte Steinbrück-Gruppe, zu der einige Jugendliche Kontakt gehabt hatten, zerschlagen und ihre Mitglieder zusammen mit mehreren "Edelweißpiraten" hingerichtet. Eine Anerkennung wurde ihnen im Nachkriegdeutschland mit der Begründung, dass es sich um ganz gewöhnliche Kriminelle gehandelt habe, verweigert. Abgesehen von der problematischen Anwendung des Kriminalitätsbegriffes, der sich letztendlich auf die Charakterisierung durch die Nazis beruft, wird damit jedoch das gesamte Verhalten der dissidenten Jugendlichen diffamiert. Manche Gruppe entwickelten - nicht zuletzt unter steigendem Verfolgungsdruck - eine dezidiert politische Haltung und führten entsprechende Aktionen durch. Doch eine Stilisierung zu Widerstandsikonen ist genauso fehl am Platz. Ein diffuses Unbehagen gegenüber der HJ bedeutete nicht immer eine prinzipielle Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Etliche "Edelweißpiraten" meldeten sich beispielsweise freiwillig zur SS. Die Ausstellung "Von Navajos und Edelweißpiraten - Unangepasstes Jugendverhalten in Köln, 1933-1945", die bis Februar 2005 in Köln zu sehen ist, versucht hier, ein differenziertes Bild zu zeichnen, ohne sich in der Debatte, ob es sich bei den Edelweißpiraten um "Widerstand" gehandelt habe, oder nicht, eindeutig zu positionieren. Vielmehr geht es darum, am Beispiel Kölns, die gesamte Bandbreite unangepassten Jugendverhaltens aufzuzeigen und darzulegen, wie aus den unterschiedlichsten Motiven heraus, Jugendliche versuchten, sich dem Alleinvertretungsanspruch der Hitlerjugend zu entziehen und eigene jugendkulturelle Ausdrucksformen zu leben.

Von Navajos und Edelweißpiraten
Unangepasstes Jugendverhalten in Köln, 1933-1945

Ausstellungszeitraum:
23.04.2004 - 22.08.2004 und
17.11.2004 - 20.02.2005

Die Ausstellung ist auch im Internet einsehbar unter: www.nsdok.de

LOTTA empfiehlt

Patrick O'Hara; Daniel Schlüter (Hg.)
Der Mythos stirbt zuletzt

Erschienen Sommer 2002

Bestellungen gegen Vorkasse
(3 Euro plus 1 Euro für Versand) bei:

rat - reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Impressum

V.i.S.d.P.: J. Fürst, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

LOTTA abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

Kontoinhaber: J. Fürst
Postbank Essen
Kontonummer 479250438
Bankleitzahl 36010043

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo, Standard "Stino"	13 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Ente"	18 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Mittelklasse"	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo "S-Klasse"	..... Euro

Archiv-Packs (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben I (Nr. 5 bis 7)	4 Euro
O Ausgaben II (Nr. 8 bis 10)	5 Euro
O Ausgaben III (Nr. 11 bis 15)	10 Euro

Einzelexemplare (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgabe .... (bis Ausgabe Nr. 7)	2 Euro
O Ausgabe .... (Ausgabe Nr. 8 bis Nr. 13)	3 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe 14)	3,50 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis auf Euer Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis in bar beigelegt.

» Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
» Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten bezahlten Ausgabe gekündigt wird.
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren Rabatt. Näheres siehe www.free.de/lotta unter "Abo" oder per E-Mail an lotta@koma.free.de.

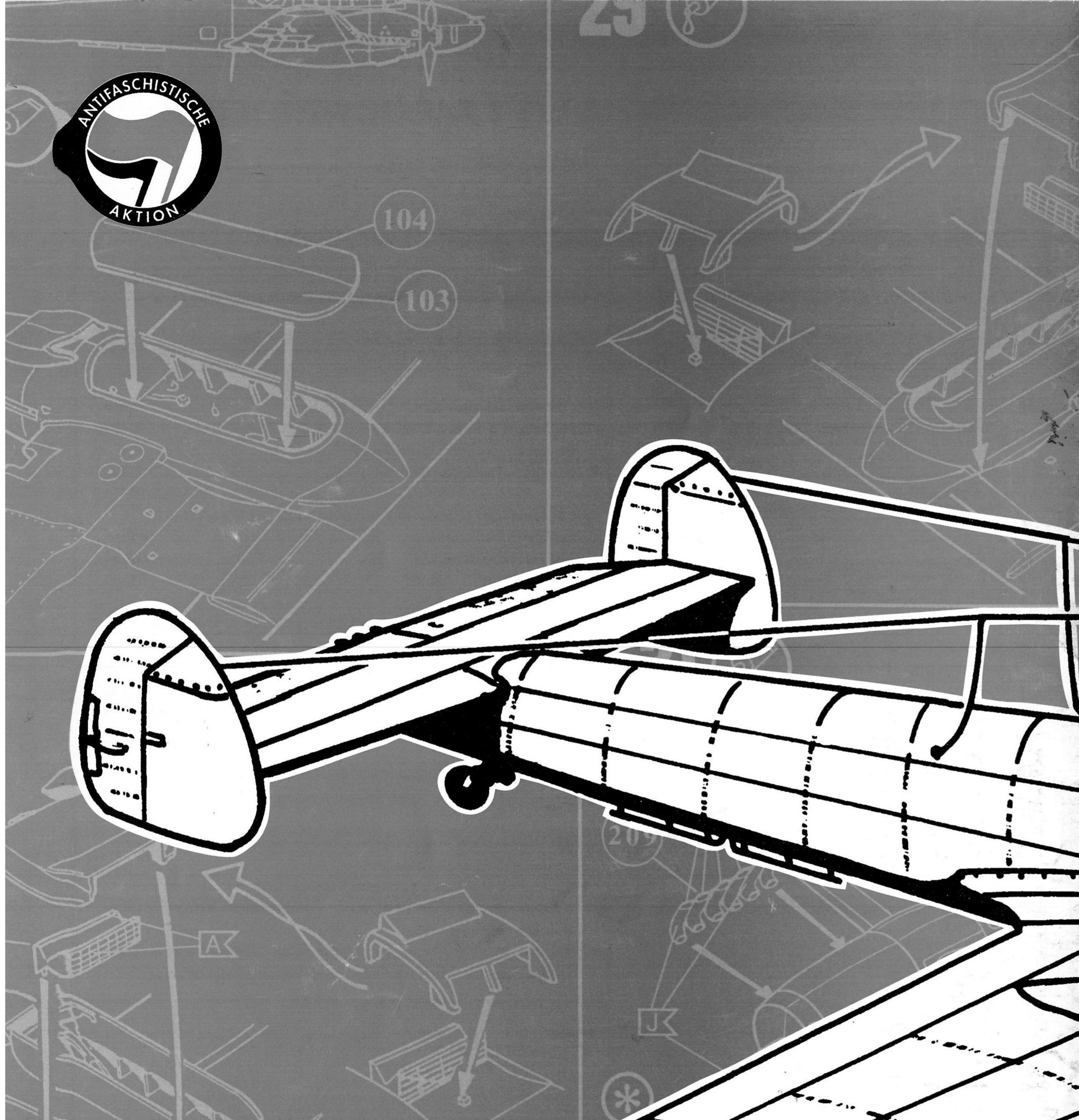
An die
LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift

ANTIFASCHISTISCHE AKTION